KAIS.-WILH.-BIBL. POSEN.
17. MRZ 1910

— Neunzehnter Jahrgang. —

**Nr. 10.**

# Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 4. bis 10. März 1910.

**Posen, den 15. März 1910.**

## Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 10 des Robotnik (Posen) vom 6. März 1910:

### XI. Zusammenkunft der Delegierten des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter der Erzdiözese Gnesen-Posen in Posen.

Die XI. Zusammenkunft der Delegierten unseres Verbandes fand am Montag, den 28. Februar im Saale des Etablissements „Wilhelmshöhe" in Posen-Lazarus statt.

Um 9 Uhr vormittags wurde in der Kirche in St. Lazarus bei zahlreicher Beteiligung der Delegierten eine heilige Messe gelesen, und zwar von dem Verbandsvorsitzenden Prälaten Stychel.

Nach dem Gottesdienste begaben sich die Delegierten nach Wilhelmshöhe, und der geräumige Saal war bald fast vollständig besetzt. Weil uns das neue Versammlungsrecht nicht gestattet, in Posen eine öffentliche Versammlung abzuhalten, mußte die Zusammenkunft in geschlossenem Kreise stattfinden. Beim Saaleingange wurden die Eintretenden streng kontrolliert; man ließ niemanden hinein, der sich nicht durch eine Legitimation oder Einladung ausweisen konnte.

Kurz nach 10 Uhr eröffnete der Verbandsvorsitzende die Versammlung, er begrüßte die Delegierten und die vielen Gäste. Die Delegierten machte er darauf aufmerksam, daß sie die Abgesandten ihrer Vereine seien, daß sie sich deshalb zusammengefunden hätten, um nützliche Arbeit zu leisten; sie sollten daher mit Würde beraten und auch die Meinungen der Gegner ruhig anhören. Ferner gibt Prälat Stychel bekannt, daß der hochwürdigste Weihbischof Likowski, der dem Verbande warm zugetan ist, wegen Krankheit nicht habe erscheinen können, daß er der Versammlung seine Wünsche und seinen Segen übermittele. Auch viele Geistliche seien nicht in der Lage, diesmal an den Beratungen teilzunehmen, weil zu gleicher Zeit die Beerdigung des Geistlichen Michalowski stattfinde.

Der Vorsitzende gab auch bekannt, daß Prälat Laubitz aus Hohensalza wegen Mangel an Zeit aus dem Hauptvorstande ausgetreten sei, der Geistliche Dettloff aus Posen deshalb, weil er sich zwecks weiterer Studien auf die Universität begebe. Der Kanonikus Adamski habe sein Amt als Generalsekretär niedergelegt, weil er ein anderes sehr wichtiges Amt übernehme, das alle seine Kräfte beanspruche. Der Vorsitzende weist auf die Verdienste des Kanonikus Adamski für den Robotnik, die Vereine und den Verband hin und fordert die Delegierten auf, ihm für seine opferwillige Tätigkeit durch Erheben von den Plätzen zu danken, was darauf geschieht. Auch dem Prälaten Laubitz und dem Pfarrer Dettloff dankt der Vorsitzende in herzlichen Worten im Namen der Versammelten. Er teilt ferner mit, daß anstelle des ausgeschiedenen Generalsekretärs die geistlichen Patrone in ihrer letzten Zusammenkunft den Pfarrer Lisiecki aus Ostrowo gewählt hätten, daß auf zwei andere Ämter des Hauptvorstandes berufen worden wären Propst Meyer und Kanonikus Adamski, beide aus Posen. Den Kanonikus Adamski habe man deshalb im Hauptvorstande behalten, damit er dem Verbande weiterhin mit seinem schätzbaren Rate dienen könnte. Der Vorsitzende dankt der geistlichen Behörde für die Versetzung des Pfarrers Lisiecki aus Ostrowo nach Posen, damit dieser das neue Amt übernehmen kann.

Die im Robotnik veröffentlichte Tagesordnung wurde ohne Änderung angenommen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung war die Prüfung der Legitimationen der Delegierten. Die Namen der Delegierten wurden nicht verlesen, weil das Verlesen einiger hundert Namen zu viel Zeit in Anspruch genommen hätte. Dafür aber werden die Namen im Robotnik veröffentlicht. Erschienen waren Vertreter der nachstehenden Verbandsvereine. (Es folgen die Namen der 230 Vereine, dahinter die Namen der Delegierten.)

Aus dem obigen Verzeichnis geht hervor, daß zu der Versammlung erschienen waren 312 Delegierte, 84 geistliche Patrone. Ihre Vertreter hatten entsandt 204 Verbandsvereine, diese Pflicht hatten nicht erfüllt 26 Vereine.

Beim Punkt 3 der Tagesordnung erklärte Herr Michalak aus Rogasen im Namen der Revisionskommission, daß die Verbandskasse und die Kassenbücher eingehend revidiert worden seien, daß sich alles in Ordnung befinde. Die Versammlung erteilt hierauf Entlastung.

In die Revisionskommission wurden für das laufende Jahr gewählt: Dekan Mendlewski aus Parkowo, Michalak aus Rogasen und Palaszek aus Filehne.

Der weitere Punkt der Tagesordnung war: Diskussion über den im Robotnik veröffentlichten Rechenschaftsbericht des Verbandes.

Zunächst sprach hierzu der bisherige Generalsekretär, Kanonikus Adamski, um in kurzen Worten die wichtigsten Punkte des Berichtes zu besprechen, der im Robotnik veröffentlicht worden ist. Er wies insbesondere auf die Entwickelung des Verbandes im verflossenen Jahre hin, in dem die Zahl der Vereine von 205 auf **229** die der Mitglieder von 29 100 auf **31 948** gestiegen ist.

Es entstehen — so führte Redner aus — immer mehr Arbeitervereine, doch gibt es noch viele Parochien,

in denen es keine Arbeitervereine gibt. Es dürfte sich daher empfehlen, daß sich die heutige Versammlung — wie das in den Vorjahren auch geschehen ist — mit einer besonderen Resolution an die Geistlichkeit wendet und sie darin auffordert, da Arbeitervereine zu gründen, wo es bis jetzt noch keine gibt.

Redner verliest die erste Resolution, die wir an anderer Stelle bringen.

Die Ausgaben des Verbandes werden zum großen Teile aus den Einnahmen des Robotnik bestritten; die Verbandsbeiträge würden zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen. Leider abonnieren noch nicht alle Vereine auf den Robotnik; von 32 000 Mitgliedern lesen 29 000 Mitglieder das Verbandsorgan, 3000 Mitglieder kennen es also bis jetzt noch nicht. Diese Mitglieder kennen die Vorteile nicht, welche das Lesen einer Verbandszeitung bietet, sie haben kein Verständnis für die Aufklärung, für die Selbstbildung. Man darf hoffen, daß auch diese noch zu der Überzeugung kommen werden, daß sie fortschreiten müssen. Der Hauptvorstand wird dafür sorgen.

Redner spricht sodann über die Entwickelung der Rechtsschutzbureaus des Verbandes, deren es gegenwärtig 11 gibt, und die 3502 Sachen erledigt haben.

Der Zweck unserer Vereine ist die Hebung des Arbeiterstandes durch die Aufklärung und Moralisierung. Damit das geschehen könnte, müssen wir uns rechtschaffene und fromme Leute erziehen, solche, die Gott nicht nur im Munde, sondern auch im Herzen haben, die ein aufrichtig katholisches Leben führen.

Unser Verband schreitet vorwärts; beklagen muß man nur, daß ihm manche Vereine die Arbeit erschweren, und zwar dadurch, daß sie die Satzungen nicht befolgen. So schreibt z. B. das Verbandsstatut vor, daß der Verbandsbeitrag im Januar an die Verbandskasse abgeführt sein muß. Manche Vereine aber zahlen diese Beiträge nicht einmal bis zum Schlusse des Jahres. Das müßte doch anders werden.

Manche Vereine wiederum handeln dadurch gegen die Verbandssatzungen, daß sie sich bemühen, das allgemein eingeführte Abonnieren des Robotnik aufzugeben. Redner nannte die Vereine, welche so verfahren, nicht, damit sie die Delegiertenversammlung nicht verurteile.

Welches sind nun die Ursachen der rückschrittlichen Bestrebungen dieser Vereine? Das falsche Verständnis für die Vorteile des Vereins. Die Mitglieder meinen, der Verein sei der beste, der ihnen für einen möglichst niedrigen Beitrag die größten materiellen Vorteile biete. Deshalb zahlen sie aus der Kasse Begräbnisgelder für die Mitglieder, für die Ehefrauen, ja sogar für die Kinder, häufig sogar noch außergewöhnliche Unterstützungen in Krankheitsfällen — und das alles für die geringen Monatsbeiträge. Es ist begreiflich, daß so etwas nicht von Dauer sein kann, und nach etlichen Jahren schrumpfen deshalb die Bestände der Kasse zusammen, die Einnahmen reichen nicht aus. Der Vorstand, der sich in Verlegenheit befindet, greift alsdann, anstatt die Sterbekasse von der Monatsbeitragskasse zu trennen, in der Verzweiflung zu dem Mittel der Aufgabe des Abonnements auf den Robotnik. Er achtet für gewöhnlich dabei nicht darauf, daß er gegen die Verbandssatzungen verstößt und den Aufgaben des Vereins hinsichtlich der Aufklärung der Mitglieder Abbruch tut. So darf es nicht sein, ein solches Verfahren richtet sich gegen die Solidarität des Verbandes. Die einzelnen Vereine müssen sich dem Willen des Verbandes fügen. Solches gebietet das Solidaritätsgefühl. Der neue Generalsekretär wird dafür Sorge tragen, daß die betreffenden Vereine ihre Fehler sobald wie möglich abstellen.

Damit sich die Vereine überzeugen können, daß sie sich im Widerspruch mit dem Verbande gestellt haben, sollte die Versammlung dazu Stellung nehmen. Zu diesem Zwecke legt der Redner der Versammlung eine zweite Resolution vor, die an anderer Stelle wiedergegeben ist, und bittet um ihre Annahme.

(Forts. folgt.)

---

Aus Nr. 10 des Robotnik (Posen)
vom 6. März 1910:

## Resolutionen der XI. Zusammenkunft der Delegierten unseres Verbandes.

Bei der diesjährigen Verbandsversammlung sind die nachstehenden Resolutionen angenommen worden:

### I. Resolution,

betreffend die Gründung von Vereinen:

Die XI. Zusammenkunft der Delegierten des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter, durchdrungen von der tiefen Überzeugung von der unermeßlichen Wichtigkeit der katholischen Arbeitervereine für den Arbeiterstand, wendet sich an die ehrwürdigen Seelsorger der Parochien, in denen bis jetzt ein katholischer Verein polnischer Arbeiter noch nicht besteht, mit der dringenden Bitte, einen solchen ins Leben zu rufen.

### II. Resolution,

betreffend die Solidarität des Verbandes:

Die XI. Zusammenkunft der Delegierten stellt fest, daß eine gesunde Entwickelung des Verbandes die genaue Befolgung der Satzungen und der Verbandsbeschlüsse durch die Verbandsvereine erfordert. Jedem, dem die allgemeine Sache des Verbandes und das allgemeine Wohl des Arbeiterstandes über den augenblicklichen Vorteil der einzelnen Vereine gestellt wird, fordert die Zusammenkunft der Delegierten die Verbandsvereine auf, aus ihren Satzungen und aus ihrer Tätigkeit alles das zu entfernen, was der soliderem Durchführung der Satzungen und Beschlüsse des Verbandes zuwiderläuft.

### III. Resolution,

betreffend den Arbeiterausschuß.

Die XI. Zusammenkunft der Delegierten des Verbandes der katholischen Vereine polnischer Arbeiter beschließt folgendes:

Für die bisherigen Verhandlungen des Hauptvorstandes mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Arbeitgeber sagen wir unseren besten Dank.

In der Überzeugung, daß weitere Verständigungen zum Nutzen beider Parteien gereichen werden, empfehlen wir dem Vorstande, mangels einer Berufsorganisation der Landarbeiter, die berechtigten Interessen der Arbeiter weiterhin zu vertreten, dem Grundsatze folgend, daß da, wo Rechte bestehen, auch Pflichten sind.

### IV. Resolution,

betreffend die Inserate im Robotnik.

Die an der XI. Zusammenkunft des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter teilnehmenden Delegierten fordern die Mitglieder der Arbeitervereine auf, vor allem die Kaufleute zu unterstützen, die im Robotnik inserieren.

---

Aus Nr. 5 des Sokół (Posen)
vom 1. März 1910:

## Der Rechenschaftsbericht des Verbandsvorstandes über die Tätigkeit im Jahre 1909 bis zum 1. März 1910.

### A. Bericht des Schriftwarts.

Der Verbandsvorstand hielt 15 Sitzungen ab und zwar an folgenden Tagen: Am 12. Januar (anwesend 5 Kameraden,) 8. Februar (9), 22. Februar (5), 14. April (9), 9. Mai (7), 25. Mai (5), 6. Juli (8), 12. August (5), 30. September (6), 28. Oktober (5), 24. November (6), 18. Dezember (6), 16. Januar 1910 (6), 11. Februar 1910 (8) und 23. Februar (7).

Dem Verband wurden bedingungsweise folgende Vereine neu angegliedert:

Recklinghausen, Osterfeld, Bodelschwingh, Westerfield, Bochum-Hamme, Miloslaw, Deutsch-Piekar, Zabrze, Schonnebeck, Erle-Buer, Dopiewo, Tegel, Blumenthal (Hannover) und Borsigwalde.

Die Zahl der dem Verband angehörigen Vereine beträgt gegenwärtig 204.

Für Anschaffung von Geräten usw. hat der Verbandsvorstand folgenden Vereinen Unterstützungen bewilligt: Jarotschin, Herne, Marten, Zabrze, Brambauer, Bottrop, Gleiwitz, Opalenitza und Erle-Buer.

Die Fonds des Verbandes wurden bei der Bank der Gewerbetreibenden in Posen hinterlegt.

Es wurde beschlossen, den Kosciuszko-Fonds gesondert zu führen und alljährlich einen Ausweis über die Einnahmen und die bewilligten Unterstützungen zu veröffentlichen.

Da es häufig vorkommt, daß Vereine gegründet werden, die gar nicht lebensfähig sind und die den Verband unnötig belasten, so wurde beschlossen, vor Aufnahme in den Verband sich mit dem zuständigen Gauvorstand zu verständigen.

Es wurde ein Wanderpreis gestiftet; es erhielt ihn der V. Gau.

Der Druck des Turnhandbuchs für Geräte ist in der Fassung der Kameraden J. Lange und Czeslaus Klos in der Zahl von 2000 Exemplaren beendet worden.

Zwecks Komposition eines Übungsmarsches zum diesjährigen Verbandstag wurde ein Preisausschreiben veranstaltet.

Die Vereine wurden aufgefordert, anläßlich des Slowacki-Jubiläums Abendunterhaltungen zu veranstalten. 67 Verbandsvereine und sämtliche Vereine des XIII. Gaues haben solche Unterhaltungen abgehalten; letztere in Winterswyk.

Im Sekretariat wurde ein Schriftwechselbuch und ein Portobuch eingeführt.

Kamerad Viktor Mackowiak wurde zum Referenten in Sachen der tschechischen Sokolvereine ernannt.

Es wurde beschlossen, ein Sokol-Liederbuch mit Noten herauszugeben.

Das Reglement des turntechnischen Zirkels des Verbandes sowie der diesjährige Verbandstag wurden einer eingehenden Diskussion unterzogen.

Die Wahl der neuen Mitglieder des turntechnischen Zirkels des Verbandes und zwar der Kameraden Bereszynski, Dreyza, Kulczynski, Ratajczak, Ryba und Wysocki wurde bestätigt.

Als aus dem Vorstande ausscheidend wurden ausgelost: die Beiräte Kamerad W. Gladysz, Kamerad Dr. B. Krysiewicz und Kamerad Dr. Zakrzewski.

gez. Cz. Kendzierski, Schriftwart.

### B. Bericht des Verwalters des Sokol für die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 31. Dezember 1909.*)

Die Zahl der Abonnenten schwankte im Jahre 1909 zwischen 4690 und 5815 (einschl. der in Paketen und unter Kreuzband versandten Exemplare und der Freiexemplare). Am günstigsten war das II. und am ungünstigsten das IV. Vierteljahr.

Einnahmen aus dem Postabonnement:

| | | | |
|---|---|---|---|
| I. | Vierteljahr | 1909 | 1 229,93 ℳ |
| II. | „ | 1909 | 1 298,83 „ |
| III. | „ | 1909 | 1 144,93 „ |
| IV. | „ | 1909 | 1 084,80 „ |
| | | zusammen | 4 758,49 ℳ |

Die Einnahme aus Inseraten (bar) betrug 442,32 ℳ.

Die Hauptausgaben bestanden in:

| | |
|---|---|
| An die Druckerei der Praca | 3 438,00 ℳ |
| Für Klischee, Drucksachen, Bücher und Zeitschriften für die Redaktion | 151,60 „ |
| Honorar des Verwalters | 300,00 „ |
| Honorar des Korrespondenten N. N. | 479,00 „ |
| An Rückständen aus Inseraten haben wir noch gut | 269,06 „ |
| Zu dem bei der Bank der Gewerbetreibenden in Posen hinterlegten Kapital im Betrage von 2000 ℳ kommen 850 ℳ hinzu; somit sind bei der Bank hinterlegt | 2 850,00 „ |
| In der Kasse der Zeitschrift sind in bar vorhanden | 489,57 „ |
| Somit waren am 1. Januar 1910 in bar | 3 339,57 ℳ |

Schulden hat die Zeitschrift keine.

gez. Cz. Kendzierski, Verwalter.

Nach Vergleichung der Einnahme- und Ausgabepositionen mit den betreffenden Belegen und Quittungen wird die Richtigkeit der obigen Rechnungen bescheinigt.

gez. Joseph Tucholski. Dr. Xaver Zakrzewski.
Stanislaus Bauté.

Posen, den 27. Februar 1910.

### C. Bericht des Kassenwarts für die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 31. Dezember 1909.

Einnahmen:

| | |
|---|---|
| Barbestand am 1. Januar 1909 | 832,07 ℳ |
| Aufnahmegebühr von 13 neuen Vereinen | 65,00 „ |
| Aus Beiträgen | 3 100,80 „ |
| Aus dem Verkauf für Geräte | 10,00 „ |
| Zum Kosciuszko-Fonds | 120,86 „ |
| Aus dem Verkauf von Binden | 221,75 „ |
| Aus dem Verkauf von Legitimationskarten | 101,65 „ |
| Für Diplome und Belobigungsschreiben | 108,00 „ |
| Für Bücher | 15,00 „ |
| Zinsen von dem in der Bank hinterlegten Kapital | 25,55 „ |
| zusammen | 4 582,68 ℳ |

In bar sind vorhanden:

| | |
|---|---|
| In der Bank der Gewerbetreibenden | 700,00 ℳ |
| Beim Kassenwart | 70,86 „ |
| zusammen | 770,86 ℳ |

Posen, den 5. Februar 1910.

gez. Johann Zablocki, Kassenwart.

*) Die Bilanz werde ich in der nächsten Nummer bringen.

Ausgaben:

| | | |
|---|---|---|
| Reisen des Vorstandes zu den Sitzungen | 461,00 | ℳ |
| Reisen des technischen Zirkels zu den Sitzungen | 510,10 | „ |
| Reisen der Vorturner und der Gauturnwarte zu den Kursen | 321,00 | „ |
| Subvention für Geräte | 511,28 | „ |
| Honorar des Schriftwarts | 275,00 | „ |
| Für Binden und Bänder | 182,15 | „ |
| Für Bücher | 57,45 | „ |
| Wettturnen in Berlin | 108,50 | „ |
| Drucksachen, Porto und Zeitungen | 525,69 | „ |
| Ausgaben für das Turnhandbuch einschl. des Honorars für die schriftliche Bearbeitung und für die Klischees | 591,80 | „ |
| Verschiedene Ausgaben | 268,30 | „ |
| Barbestand | 770,86 | „ |
| zusammen | 4 582,68 | ℳ |

Die Richtigkeit des obigen Berichts bescheinigt:

Posen, den 20. Februar 1910.

Die Revisionskommission.

gez. St. Bauté. Joseph Tucholski.
Xaver Zakrzewski.

Bericht über den Kosciuszko-Fonds 1907—1910.

Einnahmen:

| | | |
|---|---|---|
| Im Jahre 1907 sind an Beiträgen eingegangen | 233,70 | ℳ |
| Desgl. 1908 | 299,27 | „ |
| Desgl. 1909 | 102,86 | „ |
| zusammen | 635,83 | ℳ |

Obige Summe ist in bar in der Bank der Gewerbetreibenden hinterlegt.

Posen, den 5. Februar 1910.

Johann Zablocki, Kassenwart.

Ausgaben:

| | | |
|---|---|---|
| Im Jahre 1907 wurden für Bibliotheksbücher für die neuen Vereine verausgabt | 88,24 | ℳ |
| Im Jahre 1908 wurden für Bücher verausgabt | 156,99 | „ |
| Im Jahre 1909 wurden für Bücher verausgabt | 57,45 | „ |
| An Barbestand gingen auf das Jahr 1910 über | 333,15 | „ |
| zusammen | 635,85 | ℳ |

Die Richtigkeit des obigen Berichts bescheinigt:

Posen, den 20. Februar 1910.

Die Revisionskommission.

gez. Joseph Tucholski. Xaver Zakrzewski.
St. Bauté.

---

Aus Nr. 53 des Kurjer Poznański (Posen) vom 6. März 1910:

## Aus dem Verein der polnischen Verleger im Deutschen Reich.

In der letzten Jahresversammlung des Vereins wurde außer den mehr internen Fragen in erster Linie die Angelegenheit des gemeinschaftlichen Papiereinkaufs berührt. Der Vorsitzende, welcher die Aktion leitet, ist bereits mit den einzelnen Papierlieferanten in Unterhandlungen getreten. Nach Durchführung der Vorverhandlungen hat es sich herausgestellt, daß für den Verein eigentlich nur zwei Lieferanten in Betracht kommen können, nämlich der Verband Deutscher Druckpapier-Fabriken, zu dem etwa 75 Prozent sämtlicher Papierlieferanten gehören, sowie die Firma Salinger & Leppmann, die nicht zum Verband gehört. Diese beiden Firmen haben bereits ihre Bedingungen gestellt, unter denen sie bereit wären, an die Vereinsmitglieder Papier zu liefern.

Die Antworten dieser zwei Lieferanten brachte der Vorsitzende mittelst Rundschreibens zur Kenntnis der Vereinsmitglieder und zwar mit der Aufforderung, sich zu den gestellten Bedingungen zu äußern. Allein die meisten Mitglieder haben, was mit Bedauern hervorgehoben werden muß, das Rundschreiben unbeantwortet gelassen, wodurch die Durchführung einer günstigen Lösung der Frage, die im Interesse aller Mitglieder liegt, erschwert wird.

Um jedoch diese so wichtige Frage nicht außer acht zu lassen und um den Mitgliedern Gelegenheit zu bieten, an den Unterhandlungen persönlich teilzunehmen, wird der Vorstand den Vertreter desjenigen Lieferanten, dessen Bedingungen günstiger sind, auffordern, in der nächsten am 13. d. M. stattfindenden Vierteljahrsversammlung des Vereins zu erscheinen. Die Mitglieder werden jetzt schon darauf aufmerksam gemacht, und sie werden inständig gebeten, in der Versammlung möglichst zahlreich zu erscheinen. Die Angelegenheit ist doch überaus wichtig, und es kommt daher darauf an, daß jeder gesondert seine Wünsche ausdrücken und seine Forderungen zu den von dem Papierlieferanten gestellten Bedingungen darlegen kann.

Von den in der letzten Versammlung berührten Angelegenheiten muß noch die Frage betreffend die Aufnahme von Bekanntmachungen privater Natur in deutscher Sprache erwähnt werden. Bekanntlich hat man seinerzeit im Verein den Grundsatz aufgestellt, daß private Bekanntmachungen in deutscher bzw. in deutscher und polnischer Sprache nicht aufgenommen werden sollten. Man ging damals von der Voraussetzung aus, daß die polnischen Blätter dies umsoweniger tun dürften, als sich gegenwärtig die deutschen Blätter, insbesondere die Kreisblätter, grundsätzlich weigern, Inserate in polnischer Sprache anzunehmen. Dem seinerzeit hinsichtlich der deutschen Inserate gefaßten Beschluß haben sich bisher noch nicht alle Mitglieder angepaßt; es gibt immer noch einige Ausnahmen. In der letzten Versammlung haben jedoch die Vertreter der in Betracht kommenden Zeitungen erklärt, die Aufnahme der deutschen Privatinserate erfolge auf Grund von bindenden Verträgen, die mit den einschlägigen deutschen Firmen vor der fraglichen Beschlußfassung des Vereins abgeschlossen worden seien. Ferner versicherten die Vertreter der betreffenden Zeitungen, das Erscheinen der deutschen Privatinserate werde in jenen Blättern sofort nach Ablauf der erwähnten Verträge (d. i. am 1. Mai d. J.) aufhören.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde festgestellt, einige derjenigen Blätter, welche ihre Abonnenten versichern, hätten die Versicherungssumme erhöht, was in direktem Gegensatze zu dem diese Angelegenheit betreffenden Beschluß der Vereines stehe.

Herr Brejski bemerkte in der Diskussion, einige polnische Blätter, besonders die in den Gegenden mit bergbaulichen und industriellen Betrieben, müßten die Versicherung von Abonnenten beibehalten, weil die deutschen Konkurrenzblätter ebenfalls solche Versicherung eingeführt hätten. Aus diesem Grunde hat Herr Brejski den Antrag gestellt, den vorerwähnten, die Abonnentenversicherung betreffenden Beschluß des Vereins aufzuheben und den Herausgebern in dieser Beziehung freie Hand zu lassen. Die Versammelten einigten sich

dahin, die ganze Angelegenheit in der nächsten Vereinsversammlung vorzulegen.

Ferner referierte der Schriftführer des Vereins der Journalisten und Schriftsteller im Deutschen Reich, Herr Dr. Thaddäus Jaworski, über den Antrag dieses Vereins betreffend Unterstützung der Pensionskasse des Vereins der Journalisten seitens der Verleger. Nach den Worten des Referenten stellt der Verein der Journalisten nicht den Antrag, daß der Verein der Verleger als solcher aus eigenen Mitteln den Pensionsfonds des Vereins der Journalisten unterstützen soll. Letzterer Verein möchte nur durch Vermittlung des Vereins der Verleger die Besitzer jener Blätter, an denen Mitglieder des Vereins der Journalisten arbeiten, auffordern, zum Pensionsfonds eine jährliche Subvention zu bewilligen. Zu diesem Antrag wurde bemerkt, die Kasse des Vereins der Verleger sei, fürs erste wenigstens, nicht in der Lage, Subventionen zu erteilen. Alle versammelten Verleger nahmen jedoch dem Antrag gegenüber eine wohlwollende und geneigte Stellung ein. Der Vorstand fordert daher hiermit die Mitglieder des Vereins der Verleger auf, dem Verein der Journalisten die Subventionen nicht zu versagen, sobald sich letzter Verein in dieser Angelegenheit an sie wenden wird.

Herr Gustowski beantragte die Einführung eines Verzeichnisses der nichtzahlenden Inserenten. Die Versammlung nimmt diesen Antrag an, und der Vorstand fordert hiermit sämtliche Verleger auf, einschlägiges Material an die Adresse des Vereinsschriftführers (Posen, Redaktion des Kurjer Poznanski) zu übersenden. Diese Angelegenheit, die im Interesse sämtlicher Verleger liegt, verfolgt den Zweck, Verlusten, denen die Verleger durch gewissenlose Inserenten ausgesetzt werden, vorzubeugen.

In den Vereinsvorstand wurden von neuem gewählt: Prälat Wawrzyniak, Vorsitzender; Herr Roman Leitgeber, Schriftführer; Bernhard Milski, Schatzmeister; Ladislaus Jerzykiewicz und Adam Napieralski.

Dem Verein sind beigetreten: die Herren M. Kwiatkowski & J. Pankowski (Herausgeber des Narodowiec in Herne, Westfalen), die Verlagsanstalt von K. Miarka in Nikolai O.-Schl. und die Genossenschaftsdruckerei in Kosten.

**Der Vorstand des Vereins der polnischen Verleger.**

---

Aus Nr. 50 des Orędownik (Posen)
vom 3. März 1910:

## In Sachen der Kandidatur Nowicki für den Reichstagswahlkreis Posen

schreibt der Orendownik nach nochmaliger Empfehlung dieser Kandidatur:

. . . Es sollte scheinen, daß eine solche Kandidatur allgemeine sympathische Aufnahme finden werde. So sollte es scheinen; aber so ist es leider nicht, und es unterliegt heute schon keinem Zweifel, daß unser im Wahlkreise Posen schwere Zeiten warten. Die maßgebenden Faktoren in den Wahlkomitees der beiden Landkreise wollen von einer Kandidatur aus den Arbeiter- und Handwerkerschichten nichts wissen, und sie forcieren, um sie niederzuschlagen, die Kandidatur des befähigten Rechtsanwalts und hiesigen Stadtverordneten Herrn v. Trompczynski.

Die demokratisch-volksparteilichen Elemente haben neuerdings bei der Ergänzungswahl im Wahlkreise Schroda-Schrimm das Mandat Herrn v. Trompczynski anvertrauen wollen, und sie sind bereit, bei jeder anderen Gelegenheit die Kandidatur dieses Herrn wieder vorzuschicken, der zwar kein Demokrat ist, aber sich durch Verstand und Unparteilichkeit auszeichnet. In diesem Falle jedoch, wo im Wahlkreise Posen die demokratisch-volksparteilichen Elemente sich im Prinzip für eine Kandidatur aus den breiten Volksschichten erklären, werden sich diese Elemente durch die Kandidatur des Herrn v. Trompczynski von ihrem Beschluß nicht abbringen lassen und bei der Kandidatur des Herrn Nowicki fest verharren. Herr v. Trompczynski kann in jedem Augenblick leicht zu einem Mandat gelangen; Herr Nowicki aber wird, wenn er ein solches im Wahlkreise Posen nicht erringt, mit den breiten Massen des Arbeitervolkes bis zum jüngsten Tage warten können, ehe sich irgend ein anderer Wahlkreis einer Kandidatur aus den Arbeiter- und Handwerkerschichten erbarmen wird.

Wir wissen wohl, daß sich Herr v. Trompczynski nicht um das Mandat reißt, aber andere nützen seinen Namen und sein Ansehen aus, um die Kandidatur des Herrn Nowicki zu untergraben.

Darum wird um dessen Kandidatur zweifellos ein scharfer Kampf entbrennen. In der Stadt Posen selbst werden die redlichen und aufrichtig demokratischen Elemente das politische Stänkertum, welches im Trüben zu fischen suchen wird, verhältnismäßig leicht überwinden. Dagegen wird es in den Landkreisen nicht heiter aussehen. Der Kampf wird um so schärfer sein, als er sich im Laufe von zehn und einigen Tagen, etwa bis zur Mitte des Monats abspielen muß.

Angesichts dessen fordern wir die ehrlicheren Volksparteiler und Demokraten zur Wachsamkeit auf. Wer sich für einen bewußten Bürger von demokratischen Grundsätze hält, der möge sich für verpflichtet fühlen, für die Volkskandidatur des Herrn Nowicki persönlich zu agitieren. Man darf sich nicht auf die amtlichen Vertrauensmänner verlassen und denken, daß sie alles allein machen würden. Nein! Jeder gebildete Volksparteiler müßte sich selbst für einen geborenen Vertrauensmann der volksparteilichen, demokratischen Richtung halten, beizeiten die Hemdsärmel aufkrempeln und zu Gunsten der Kandidatur des Herrn Nowicki agitieren.

Nehmt eine die Volkskandidatur unterstützende Zeitung in die Hand, geht in die Wohnungen von Verwandten, Freunden, Nachbarn, näheren und weiteren Bekannten, und überzeugt euch, ob sie, was die Kandidatur des Herrn Nowicki anbetrifft, gehörig aufgeklärt sind. Sprecht zuerst offen über die Kandidatur, dann laßt noch die Zeitung mit dem Artikel über die Wahlen zurück.

Werden die volksparteilichen, demokratischen, organisierten und disziplinierten Elemente auf diese Weise in die Wahlversammlungen gehen, so werden sie die politischen Gegner mit ihren Mützen zudecken können. Aber man darf diese Gegner von vornherein nicht gering schätzen. Wir wissen es, daß sie das Ihrige tun. Gehen also auch wir zusammen — wie ein Mann! Unterdrücken wir und werfen wir von uns die Zänkereien, lassen wir uns nicht durch Eitelkeit und Neid leiten, sondern stehen wir — wie es sich gebildeten und den demokratischen Grundsätzen huldigenden Männern geziemt — und halten wir fest an der Kandidatur des Herrn Nowicki.

Der „Goniec Wielkopolski" schreibt in Nr. 50 vom 3. d. Mts. in bezug auf die Qualifikation des in Aussicht genommenen Kandidaten Nowicki:

. . . „Da in der Beratung der Delegierten bezüglich der sprachlichen Fähigkeiten des Herrn Nowicki Zweifel laut wurden, darum soll dieser Herr als Abgeordneten-Kandidat in spe für Posen Stadt — sich einem Examen unterwerfen. Es kommt unter der Sonne Verschiedenes vor, — aber das ist bei uns wohl noch nicht dagewesen, daß man Abgeordneten-

Kandidaten in bezug auf ihre Kenntnis der deutschen Sprache einer Prüfung unterwarf. Wir wollen sehen, wie das Examen ausfallen wird. Wer jedoch Herrn Nowicki kennt, der weiß, daß er sich deutsch nicht auszudrücken versteht, ja, daß er das Deutsche sogar zu wenig versteht, um sich in verwickelteren parlamentarischen Fragen zurechtzufinden. Es ist wenigstens gut, daß es in den Verbitterungen und Konflikten wegen der Kandidatur nicht an Humor fehlt, sonst könnte man unlustig werden . . .

---

Aus Nr. 50 des Orędownik (Posen) vom 3. März 1910:

### Das Wahlkomitee für die Stadt Posen

hielt gestern in Sachen der bevorstehenden Ergänzungswahlen für den Wahlkreis Posen neuerdings eine Versammlung ab. Bekanntlich beschloß das Komitee bereits in der letzten Versammlung mit 15 Stimmen gegen eine, in der Kandidatenliste an erster Stelle Herrn Stanislaus Nowicki aufzustellen. Daher hat man über diesen Punkt gestern nicht mehr verhandelt. Es handelte sich nur noch um die zweite und dritte Stelle. Am Montag fand eine Konferenz der drei Komiteemitglieder für die Stadt Posen mit den Komiteevertretern der beiden Landkreise (das sogenannte Kreiswahlkomitee) statt. Weil aber in dieser Konferenz in Sachen der Kandidatur eine Einigung nicht erzielt werden konnte, schritt gestern das Komitee für die Stadt Posen zur Vervollständigung der Kandidatenliste, welche den Wählern vorgelegt werden wird. Nach einer umfangreichen Diskussion, in der sich unter anderem herausstellte, daß Herr T. Filipowicz die Kandidatur nicht annehmen kann, wurde beschlossen, den Wählern an zweiter Stelle Herrn Z. Lewandowski (mit 12 gegen 7 Stimmen) und an dritter Stelle Herrn St. Offierski (mit 10 gegen 8 Stimmen) zu empfehlen.

Sodann wurden die Termine der Wahlversammlungen, von denen nach dem neuen Reglement in der Stadt Posen sieben stattfinden werden, festgesetzt. Diese sind:

1. im I. Bezirk der Altstadt (Alter Markt) am Donnerstag, den 10. d. Mts., abends 8 Uhr im Hotel de Saxe;
2. im II. Bezirk der Altstadt (Ritterstraße usw.) am Sonntag, den 13. d. Mts., mittags 11¾ Uhr im katholischen Vereinshause;
3. im III. Bezirk der Altstadt (Naumannstraße usw.) am Sonnabend, den 12. d. Mts., abends 8 Uhr im katholischen Hause;
4. im IV. Bezirk der Altstadt (Wallischei) am Dienstag, den 8. d. Mts., abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Barton, Wasserstraße 27 I;
5. im Wildaer Bezirk am Sonntag, den 6. d. Mts., mittags 12 Uhr im Saale des Herrn Golan;
6. im Lazaruser Bezirk, am Sonntag, den 6. d. Mts., mittags 12 Uhr im Lokale des Herrn Walter;
7. im Jersitzer Bezirk, am Sonntag, den 13. d. Mts., mittags 12 Uhr im Saale des Zoologischen Gartens.

Es wurde erwogen, ob es sich empfiehlt, den Komiteebeschlüssen einen vertraulichen Charakter zu verleihen, man einigte sich jedoch, öffentlich zu beschließen.

Das Komitee kann natürlich in einzelnen Fällen, insbesondere wo es sich um persönliche Angelegenheiten handelt, vertraulich beschließen.

Außerdem wurden die Vorbereitungen für die Wahlaktion besprochen.

---

Aus Nr. 49 des Dziennik Poznański (Posen) vom 2. März 1909:

### Die einzige Rettung.

In seinem letzten, in der Berliner Universität am 5. Februar gehaltenen Vortrage beschäftigte sich Prof. Bernhard mit der Zukunft der „wirtschaftlichen Macht der Polen, oder vielmehr mit der Frage, wie es Mittel und Wege gebe, um diese „Macht" zu vernichten. Er ging die verschiedenen Möglichkeiten durch, und er beantwortete seine Fragen:

Ob man die deutschen Kapitalien aus den Hypotheken des polnischen Besitzes zurückziehen könnte? Ob die preußische Regierung die polnischen Genossenschaften vernichten könnte? — der Reihe nach verneinend. Und wenn man sie nun gewaltsam und gesetzwidrig zu Grunde richtete? — so fragte er nach dem Herzen der Hakatisten.

Herr Bernhard zweifelt daran, daß dies je geschehen werde; außerdem würde sich die „wirtschaftliche Macht der Polen" auch ohne die Genossenschaften steigern. Aber diese ganze Revue war nur ein absichtliches Mittel für den Zweck, der in dem folgenden Schluß der Vorträge zusammengefaßt wurde:

(Rückübersetzung). „Preußen hat kein Mittel um die wirtschaftliche Macht der Polen zu vernichten. Und diese organisierte Macht könnte für Preußen in kritischen Zeiten in den Händen einer fremden Macht gefährlich werden. Darum ist das einzige Mittel, um dem vorzubeugen, die innere Ansiedlung deutscher Bauern, sowie ein aus einem Stück gegossener wirtschaftlicher Verband dieser Bauern. Wenn es gelingt, diese beiden Mittel glücklich zu Ende zu führen, dann wird im Laufe von 50 Jahren in den Ostmarken eine mächtige deutsche Hochburg entstehen, die keine slawische Flut aus dem Wege zu räumen oder zu Grunde zu richten imstande sein wird. Und darum — so schloß Prof. Bernhard — weil ich davon überzeugt bin, daß man die wirtschaftliche Macht der Polen nicht zugrunde zu richten vermag, meine ich, daß die Frage der inneren Ansiedlung über das Geschick und die Zukunft des preußischen Staates entscheiden wird."

Ich bitte, welche merkwürdigen Sprünge! Weil also übereinstimmend mit der wirtschaftlichen Entwickelung auf der ganzen Welt auch die polnischen Genossenschaften nicht fallen, sondern sich heben, so wird der preußische Staat zusammenbrechen, wenn ihn nicht das einzige Mittel rettet: Ansiedlung deutscher Bauern und ein Verband dieser deutschen Bauern mit den deutschen Genossenschaften. Eine solche Logik paßt nicht für einen Universitätsprofessor, dagegen vollständig für einen Propagator der Regierungspolitik! Ob es nicht etwa daran gelegen ist, der Regierung die erforderliche Mehrheit für ein nahes Ausnahmegesetz, z. B. gegen unsere Parzellierungsgenossenschaften zusammenzutreiben? Jedenfalls werden wir nachstehend sehen, wie tief Professor Bernhard in der Regierungspolitik mitfühlt. Einstweilen darf aus dem Vortrage geschlossen werden, daß die Regierung ein Attentat auf die Existenz unserer Parzellierungsgenossenschaften und auf die unserer Genossenschaften überhaupt nicht beabsichtigt.

Wenn sie gegen die Parzellierungsgenossenschaften etwas ausgearbeitet hat, so ist es irgend ein Attentat auf mittelbarem Wege, ebenso, wie das Verbot des Sichausbauens auf Parzellen oder die Novelle vom 1. 8. 1904 mittelbar dahin führen sollte, uns das Parzellieren unmöglich zu machen. Aber ein unmittelbares Attentat auf die Existenz der Genossenschaften wäre gesetzlich unmöglich! Die Genossenschaften stützen sich aufs Reichsgesetz, und nur Reichsgesetz hat für uns

gegen die Genossenschaften Geltung. Preußen hat nur das Recht, die Protokolle der Generalversammlungen zur Kontrolle darüber durchzusehen, ob die Genossenschaften sich nicht mit öffentlichen Angelegenheiten befassen.

§ 47.

Die hierzu angewiesenen Regierungspräsidenten können auch Klage auf Auflösung der Genossenschaft aus § 81 des Gesetzes erheben, d. h. wenn die Genossenschaft etwas tut, wodurch sie das Gemeinwohl gefährdet, oder wenn sie andere Ziele verfolgt, als die des § 1 des Gesetzes, d. i. Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft der Mitglieder. Da nun auch Prof. Bernhard zugibt, daß man den polnischen Genossenschaften nichts vorwerfen könne, da sie gewissenhaft, umsichtig und korrekt geleitet würden, darum ist er entschlossen, in Berlin zu versichern, daß man auf Grund des Genossenschaftsgesetzes (auf anderem Wege ist es überhaupt unmöglich) gegen unsre Genossenschaften nicht auftreten könne.

Eine vielleicht nahe Zukunft wird zeigen, weshalb Prof. Bernhard die bescheidenen polnischen Genossenschaften als eine ungeheure Macht hingestellt hat, die nichts bezwingen werde. Soeben hat die Kreditanstalt in Essen ihre Bilanz veröffentlicht, deren Umsatz im Jahre 1909 6 Milliarden überstieg und welche damit die Gesamtsumme der Umsätze aller polnischen Finanzinstitute im preußischen Anteil um mehrere Male überragt. Und wieviel solcher Institute, wie die Kreditanstalt in Essen befinden sich allein im rheinisch-westfälischen Industriemeere! Aber zur Illustration reicht uns ein Vergleich der polnischen Macht mit der deutschen Macht in den polnischen Landesteilen hin. Die Exposituren der Reichsbank haben bei uns ebenfalls einen nach Milliarden zählenden Umsatz. Im März 1908 bewilligte der Landtag für antipolnische Arbeiten wiederum 275 Millionen Umsatzkapital, hauptsächlich für die Ansiedlungskommission, während das ganze Umsatzkapital aller 234 dem Verbande angehörenden polnischen Institute (jene unbezwingbare Macht des Prof. Bernhard) im Jahre 1908 in den Anteilen 19, in den Depositen 148, in den Reservefonds 9, zusammen also 176 Millionen betrug. Und die rund 1000 weiteren deutschen Institute im Großherzogtum und in Westpreußen?

Neugierig muß man auch sein, welcher Macht unsere Genossenschaften dienen und ihre Kapitalien herauszugeben bereit sein sollen, und zwar in einer kritischen Zeit, d. i. wenn sie selbst nichts haben, und vielleicht in der Zeit eines Krieges, für welche wir bisher für unsere Genossenschaften kein andres Rettungsmittel für den Fall der Aufkündigung der Kapitalien durch die Deponenten ersonnen haben, als ein königlich preußisches gerichtliches Moratorium! Aber der Kampf mit den Regierungsprofessoren pflegt gewöhnlich ein Kampf nicht gegen den Vorstand, sondern gegen ihre Charaktere zu sein, die gewöhnlich allerdings mehr schädlich sind als ihr Vorstand.

Gleichwohl ist mehr als der Weg der Zweck des Vortrags des Prof. Bernhard interessant, d. i. jenes einzige Rezept, um Preußen vor dem Fall zu bewahren. Prof. Bernhard konnte ihn einfacher mit folgenden Worten ausdrücken: Die einzige Rettung für Preußen ist die Ansiedlungskommission (innere Kolonisation!) sowie die Mittelstandskasse und die Bauernbank, in gemeinsamer Arbeit mit den deutschen Genossenschaften. (Die enge Verbindung des deutschen Bauern mit seiner Genossenschaft!)

Und ich werde sogleich nachweisen, daß diese enge Verbindung des deutschen Bauern mit den Genossenschaften ungesetzlich eingerichtet ist, da die ganze Arbeit der deutschen Genossenschaften in Verbindung mit der Mittelstandskasse und der Bauernbank deutlich dem deutschen Gesetz zuwiderläuft. Wir wissen, daß die Mittelstandskasse und die Bauernbank Hilfsinstitute der Ansiedlungskommission sind und daß sie den Zweck haben, die Polen von einer künftigen Erwerbung des Bodens auszuschließen, den die Deutschen gegenwärtig schon besitzen. Wir wissen sodann, daß beide Institute sich zu diesem Zwecke mit den deutschen Kreditgenossenschaften vereinigt haben. Heut werde ich nur die Genauigkeit dieser Verbindung und den Charakter der gemeinsamen Arbeit etwas näher darstellen.

In den Jahren 1902/03, als die Regierung die Gründung der Mittelstandskasse und Bauernbank überlegte, hatte sie eine solche Absicht, wie sie gegenwärtig Prof. Bernhard in geheimnisvoller Weise beschrieben hat. Es scheint, daß die Verbindung des Prof. Bernhard mit der Regierung schon damals erfolgte, und daß die Regierung die Verbindung unserer polnischen Bauern mit den Genossenschaften als die Quelle der polnischen Kraft und Entwickelung ansah. Als die Regierung gleichzeitig begriff, daß sie keine gesetzliche Möglichkeit besitze, diese Quelle zu verschließen, und ein gesetzwidriges Untergraben derselben vor das Forum des Reichs oder Parlaments gehören würde, wo es schon darum eine Niederlage erleiden würde, weil es einen hoffnungslosen Kampf mit der ganzen Genossenschaftswelt hervorriefe, da fing man somit um so dringender eine Vereinigung der deutschen Genossenschaften mit dem deutschen Bauern zu wünschen an. Die Regierung griff nur die Sache nach ihrer Art an. Der wie die Welt alte Unterschied, daß die Polen alles mit Wohlwollen und freier Anziehung machen, die Deutschen dagegen auf Anordnung und Zwang hin, dieser Unterschied machte sich auch hier bemerkbar. Die deutschen Genossenschaften verstanden es nicht, ein Zentrum lebenspendender Bewegung zu sein; die Regierung spannte sie daher vor ihren Wagen und gab ihnen ihre politische antipolnische Richtung. Auf diese Weise vergewaltigte sie und rottete sie die Natur und die gesetzliche Grundlage der Genossenschaften aus.

Die ganze Einrichtung der Mittelstandskasse und der Bauernbank und ihr Verhältnis zu den lokalen Genossenschaften entspricht der Absicht der Regierung, die Geschicke des Bauern gemäß ihren politischen Absichten mit der Genossenschaft zu verknüpfen. Zunächst bilden den Vorstand beider Institute die Direktoren der beiden Provinzialbanken für die Genossenschaften: der Landesgenossenschaftsbank für die Offenbacher und der Provinzialgenossenschaftskasse für die Raiffeisengenossenschaften. Die ganze Regierungspolitik führen also hier die Vorstände der Genossenschafts-Verbandsbanken durch. Sie entsenden Agenten, damit diese die Bauern bereden, sich der „Regulierung" zu unterwerfen; sie betreiben jene ausgedehnte politische Tätigkeit, welche durch ihren Umfang und ihre Hartnäckigkeit in Erstaunen versetzt. Sie führen die Korrespondenz mit den Behörden, vor allem mit den Landräten, sie führen eine Liste der Gemeinden mit gemischter Bevölkerung und eine Statistik des Besitzes in diesen Gemeinden.

Entsprechend der politischen Aufgabe der Mittelstandskasse und der Bauernbank arbeiten die lokalen Genossenschaften. Sie informieren in Posen und Danzig über „bedrohte" Grundstücke in ihrer Gegend und über die Art und Weise des Vorgehens, damit hier ein Pole nicht ankaufe und da vom Polen angekauft werde. Nachdem sie nach dieser Richtung hin die Korrespondenz durchgeführt haben, informieren sie sodann die ihnen zugeschickten Agenten und erteilen ihnen praktische Weisungen. Sie haben Anträge vorrätig, welche fertiggestellt sind zur Unterschriftsleistung seitens der Bauern

für die Mittelstandskasse und Bauernbank und agitieren um diese Unterschrift.

Das ist ihre Aufgabe, und dafür erhalten sie Bezahlung. Und sie wissen doch, daß es sich hier nicht in erster Linie um das Interesse ihrer Mitglieder, sondern um das oft mit dem Interesse des Bauern unverträgliche Interesse des Staates handelt.

Sie taxieren sodann die Grundstücke — und nicht im Interesse des Bauern, d. h. nach dem in der Gegend herrschenden Kaufwert, sondern niedrig nach dem Ertrag, um entsprechend den Absichten der Regierung zum Sinken des Bodenwertes beizutragen. Sehen sie bei der Einsendung der unterzeichneten Vollmacht nach Posen oder Danzig niemals voraus, daß sich jene von ihnen angepriesene „Hilfe" für den verschuldeten Bauern — und hauptsächlich solche unterschreiben — vielleicht als sehr problematisch erweisen wird? Denn was hilft es dem Bauern, daß er nach der Regulierung weniger Zinsen zahlen wird, wenn die Taxe niedrig ist, das damit niedrige Darlehen der Ansiedlungskommission nicht hinreicht zur Bezahlung der Privatschulden, die Möglichkeit des Grundstücksverkaufs verringert wird und letzteres an Wert eingebüßt hat? Die Kaution der Mittelstandskasse schließt ihm die Hypothek; sie wird ihm auch nicht gelöscht, obgleich man keinen Anspruch auf sie hat. Das für die Ansiedlungskommission eingetragene Vorkaufsrecht macht das Verkaufen an einen Polen unmöglich, und ein Deutscher benutzt die Situation und macht mit Recht auf die Erschwerungen aufmerksam, die für die Zukunft auf der Hypothek verbleiben und darauf lasten werden. Als die Mittelstandskasse und die Bauernbank sich die Kaution hypothekarisch eintragen ließen, war die enge Verbindung der Genossenschaft mit dem Bauern schon geknüpft. Nach beendeter „Regulierung" tritt die Mittelstandskasse die Anrechte auf die Kaution an die örtliche Genossenschaft ab, wobei sie ihre Firma in der Hypothek eingetragen stehen läßt, um auf der Wacht zu bleiben, und von jetzt ab ist der Bauer der Gnade der Genossenschaft preisgegeben hinsichtlich dessen, wieviel sie ihm auf Grund der Sicherheit der Kaution Wechselkredit gewähren will. Werden die Mittelstandskasse, die Bauernbank und die deutschen Genossenschaften bestreiten, daß in ihren Lokalen oft unangenehme Szenen stattfinden? Denn die Bauern werfen ihnen vor, daß sie nicht nach ihrem (der Bauern) Interesse, sondern gemäß den politischen Absichten des Staats verfahren sind und ihnen künftige Vorteile gezeigt haben, während sie (die Bauern) jetzt in hohem Grade geschädigt seien.

So stellt sich die „einzige Rettung Preußens" tatsächlich und vom Gesichtspunkt des Interesses des deutschen Bauern aus dar, und jetzt wollen wir schließlich die gesetzliche Bedeutung dieses Zusammenarbeitens der Genossenschaften mit der Mittelstandskasse und mit der Bauernbank uns ansehen!

Wir haben bereits gesagt, daß nach § 81 des Genossenschaftsgesetzes eine Genossenschaft aufgelöst werden kann, wenn sie etwas gegen das Gesetz tut, wodurch das Gemeinwohl gefährdet wird, oder wenn sie andere Ziele hat, als § 1 des Gesetzes andeutet, d. i. Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft der Mitglieder.

Da nun niemand daran zweifelt, daß die antipolnische Absicht der Regierung in hohem Grade politisch ist, so besteht auch kein Zweifel darüber, daß man dem Erwerbszweck der Genossenschaften einen politischen hinzugefügt hat.

Ebenso unterliegt es keinem Zweifel, daß das ungesetzliche, zielbewußte Streben danach, die eine Hälfte der Bürger für die ganze Zukunft von der Möglichkeit des Erwerbs der Hälfte der Wirtschaften auszuschließen, und zwar in einem Lande, in welchem ihre Sprache die herrschende ist, das Wohl dieser Hälfte der Bürger gefährdet. Dieses Streben der Genossenschaften vereinigt sich außerdem zielbewußt mit dem weiteren Streben des Staates, dessen Politik die Genossenschaften sich untertan gemacht haben, mit dem Streben nämlich, auch diese zweite Hälfte der Wirtschaften, welche polnischen Besitz bildet, den Polen zu nehmen, sei es durch die hohen Preise der Ansiedlungskommission oder mit Gewalt durch Enteignung. Kann also ein Zweifel darüber bestehen, daß das Sichverbinden einerseits der Genossenschaften mit dem Bauern und andererseits mit der Ansiedlungskommission, Mittelstandskasse und Bauernbank ein dem Gesetze zuwiderlaufender Zweck ist und daß diese Gesetzwidrigkeit das Wohl der ganzen polnischen Nation unter preußischem Szepter gefährdet?

Wenn bisher die deutschen Kredit- oder Parzellierungs-Genossenschaften ihre Landsleute unterstützten, indem sie ihnen Kredit zum Bodenankauf gewährten oder ihnen Parzellen verkauften, so waren sie dazu gegründet, und zu diesem Zwecke meldeten sich Deutsche bei ihnen als Mitglieder an. Auch bei dem einträchtigsten Zusammenleben zweier Familien und zweier Nationalitäten wird jeder den Seinen mehr unterstützen. Ja, eine gesunde Expansion und Konkurrenz der Genossenschaften läuft zum Guten aus, und es ist dadurch auch niemand abgeschreckt worden. Die Genossenschaften sollen auch nicht in Widerspruch treten zu der natürlichen Entwickelung der Verhältnisse ihrer Mitglieder. Und grade aus diesem Grunde steht die Politik des Verfolgens der einen durch die anderen, das Sichdienstbarmachen für Zwecke der Regierung in schreiendem Widerspruch zu der Natur der Genossenschaften.

Es unterliegt auch nicht dem mindesten Zweifel, daß die Herren Regierungspräsidenten in kürzester Zeit gegen die deutschen Genossenschaften aus § 81 des Gesetzes werden klagbar werden!

Man muß sich vergegenwärtigen, wie argwöhnisch die Genossenschaften über ihren Separatismus und ihre von behördlichem Einfluß freie Ungebundenheit wachen, und wie andererseits die Regierungen, speziell die preußische, in diese Exklusivität Bresche zu legen suchten, indem sie eine Kontrolle und Bürgschaften dafür verlangten, daß die Genossenschaften die Scheidung der Sphäre der Erwerbs-, von denjenigen der öffentlichen Interessen tatsächlich genau beachteten, — mit einem Male bewegt die Regierung hier, nachdem sie hierin ihr politisches Interesse wahrgenommen hatte, die Darlehnsgenossenschaften sogar selbst dazu, sich durch öffentliche Zwecke durchdringen zu lassen, und sie machte aus den Genossenschaften Agenten und Soldaten ihrer antipolnischen Politik, auch gewährt sie ihnen für diesen Dienst einen Sold von $^2/_{10}\,\%$ des von der Ansiedlungskommission gegebenen Darlehns.

§ 149 des Genossenschaftsgesetzes droht dem Vorstand eine Strafe bis zu 600 Mark an, wenn er in seiner Tätigkeit ein anderes Ziel verfolge als § 1 des Gesetzes anzeige, oder wenn er in der Generalversammlung Erörterungen öffentlicher Angelegenheiten gestatte, deren Besprechung unter die Bestimmungen des Vereinsgesetzes fällt. Ein Gegenstand, der am meisten unter den Begriff „Öffentliche Angelegenheiten" fällt, ist die Regierungspolitik, speziell auch die antipolnische Politik. Und die Regierung hat hier die Vorstände selbst veranlaßt, in ihrem Exposé alljährlich der Generalversammlung zu unterbreiten, welchen Gewinn die Genossenschaften von ihrem antipolnischen Dienst hatten, wie sich der Gewinn ($^2/_{10}\,\%$ von den Darlehen der Ansiedelungskommission) im Vergleich zu den Kosten für Agitation und Korrespondenz stelle. Und über das ganze Exposé des Vorstandes muß eine Diskussion stattfinden, damit der Vorstand Entlastung erhalte.

Aber die Regierung hat zweifellos in gewissem Sinne recht, wenn sie ihr Werk auf folgende Weise betrachtet: Wer wird mich überzeugen und mich zu einer Änderung zwingen? Übrigens leisten solche Kenner, wie Prof. Bernhard, Beistand, und sie überzeugen die öffentliche Meinung davon, daß es für Preußen keine andere Rettung gebe als höchstens noch: Innere Bauernansiedelung sowie ein gleichmäßiger Verband dieser Bauern in Genossenschaften.

J. M. Palendzki.

---

Aus Nr. 49 des Kurjer Poznański (Posen) vom 2. März 1910:

## Die Grundbesitzer des Schildberger Kreises und die Umsatzsteuer.

Gegenüber der bei dem Verkauf von Grundstücken zu erhebenden Umsatzsteuer hat die Gesamtheit unserer Besitzer eine korrekte Stellung eingenommen, indem sie, in der Voraussetzung, daß durch diese Steuer in erster Linie unsere Landwirte belastet würden, gegen ein solches Gesetz stimmte. Gegen die Umsatzsteuer erklärte man sich um so mehr, als die Ansiedlungskommission und die Mittelstandskasse sowie die von den genannten Instituten vorgeschobenen Personen von dieser Last befreit sind. In letzter Zeit haben sich betrübende Begebenheiten zugetragen, die auf einen gewissen Teil unserer Besitzer einen Schatten werfen. Bekanntlich haben drei Besitzer aus dem Kempener Kreise, welche die Solidarität gebrochen und mit den Deutschen gestimmt haben, den letzteren zum Siege verholfen. Ein noch betrübenderer Fall ist unlängst im Schildberger Kreise vorgekommen. Hier hat nämlich die Gesamtheit der Besitzer ohne Ausnahme für die Umsatzsteuer gestimmt und sie setzte dadurch den polnischen Landwirt beim Verkauf bedeutenden Kosten aus. Diese Besitzer haben dadurch bewiesen, daß sie auf dem Kreistag nicht das allgemeine, sondern nur ihr eigenes persönliches Interesse vertreten. Charakteristisch ist auch folgendes Moment: Als einer der jüngeren Besitzer einen älteren darauf aufmerksam machte, daß die Polen doch gegen die Umsatzsteuer stimmen sollten, berief sich letzterer auf eine Drohung des Landrats, dieser werde keine Chaussee bauen lassen, wenn die Polen es wagen sollten, gegen die Umsatzsteuer zu stimmen. Angesichts dessen braucht man sich nicht zu wundern, daß der Herr Landrat von der Durchführung des Projekts fest überzeugt war, und daß er gewissermaßen zur Schikane vorschlug, daß jenes Gesetz zwei Polen unterzeichnen sollten. Wer die Verhältnisse des Schildberger Kreises näher kennt, der wird sich ebenfalls nicht wundern, daß zum Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Vereins eine Person gewählt wurde, die im Kempener Kreise in Sachen der Umsatzsteuer die Solidarität mit den Polen gebrochen hat.

---

Aus Nr. 50 des Dziennik Poznański (Posen) vom 3. März 1910:

## In Sachen des polnischen Theaters in Posen.

Zu Zwecken der Subventionierung des polnischen Theaters in Posen erhielten wir einen beträchtlichen Teil Erklärungen, deren Deckung in bar bisher nicht erfolgt ist. Die betreffenden Personen werden daher gebeten, die gezeichnete Summe an die Kasse der Bank des Verbandes der Erwerbsgenossenschaften in Posen zu übersenden.

Da sich unter den Erklärungen größere einmalige Summen befinden, die in künftigen Jahren für die Subvention in Wegfall kommen, haben wir mit Rücksicht auf die bedeutenden Unkosten des Theaters die Subvention noch nicht abgeschlossen, und wir werden weitere Erklärungen mit Dank annehmen.

Von der in der Bank des Verbandes der Erwerbsgenossenschaften niedergelegten Summe hat die Theaterkommission, welche sich aus den Herren Bogumil Bieczynski und Professor Dr. Stanislaus Karwowski zusammensetzt, dem Direktor des polnischen Theaters Herrn Andreas Lelewicz bisher 18100 ℳ überwiesen. Diese Summe wurde zur Ergänzung der Künstlergagen und zur Deckung der laufenden Ausgaben verwendet.

Einen genauen Bericht werden wir nach Ablauf der gegenwärtigen Theatersaison der Aktiengesellschaft „Polnisches Theater im Potockischen Garten in Posen" vorlegen.

Die anderen polnischen Blätter bitten wir um Aufnahme dieser Mitteilung.

Bogumil Bieczynski, Ignatz Graf Bninski, Thaddäus Glabisz, Dr. Kasimir Hacia, Kajetan Ignatowicz, Dr. Thaddäus Jackowski, Dr. Thaddäus Jaworski, Professor Dr. Stanislaus Karwowski, Dr. Adam Karwowski, Stephan Graf Kwilecki, Stephan Graf Mycielski, Stephan Plucinski, Kasimir Puffke, Sigismund Rychlowski, Karl Sczaniecki, Dr. Maryan Seyda, Roger Slawski.

---

Aus Nr. 50 des Postęp (Posen) vom 3. März 1910:

## Posen wird immer preußischer

müßte man sagen, wenn man nach den Namen der Straßen und Plätze urteilen wollte. — Erst kürzlich haben wieder zwei Straßen Namen erhalten, die an unsere herzlichen „Freunde" erinnern. — In Solatsch hat man nämlich eine Straße „Fürst-Bülow-Allee" genannt, eine andere Straße erhielt den Namen „Rheinbaben-Allee". Ganz Solatsch müßte man mit dem Namen des sichtbaren Hauptes der preußischen Kultur, des Herrn von Trott zu Solz — sagen wir mit „Solz" — belegen (was an „Solatsch" erinnern würde).

Die vom Posener Tageblatt am 25. Februar d. J. (Nr. 93) gebrachte Notiz über die Verhältnisse, die zwischen deutschen und polnischen Katholiken in Lache bei Fraustadt herrschen, stellt die Gazeta Polska (Kosten) vom 2. März d. J. (Nr. 49) im „Lichte der Wahrheit" richtig.

Die Korrespondenz des Posener Tageblatts lautet:

### Polnischer Terrorismus.

Für die Art, wie die deutschen Katholiken in der Ostmark von ihren polnischen Glaubensgenossen behandelt werden, sind Vorgänge in Lache, Kreis Fraustadt, charakteristisch, über die uns berichtet wird:

Lache war ursprünglich ein rein deutsches Dorf. Es besitzt eine katholische Kirche, die von den Urgroßvätern der heutigen deutschen Besitzer erbaut worden ist. Seit 10 bis 15 Jahren haben sich nach und nach eine Reihe von Polen dort angesiedelt. Obwohl dieselben alle gut deutsch verstehen, wurde ihnen schließlich auf ihre Bitten hin das Zugeständnis gemacht, daß am Sonntag nach dem Ersten eines Monats eine polnische Predigt gehalten werden solle. Wie das vielfach der Fall ist, nahmen sich dann die Polen selbst weitere Rechte. Sie fingen an, polnische Lieder in der Kirche zu singen, hielten eigene Prozessionen ab usw. Als

die Polen immer herausfordernder wurden, fuhren im vorigen Jahre einige Mitglieder des Kirchenvorstandes nach Posen zum Bischof, beschwerten sich darüber und baten um Wahrung ihrer Rechte. Wie die betreffenden Kirchenvorstandsmitglieder behaupten, sagte der Bischof ihnen zu, daß es bei der alten Verfügung bleiben, also nur allmonatlich eine polnische Predigt stattfinden solle. Er habe ihnen ferner gesagt, sie könnten unbesorgt nach Hause fahren, am 1. April 1909 käme ein neuer Vikar nach Lache, den werde er beauftragen, nach seiner ersten Predigt jene Verfügung in Erinnerung zu bringen.

Der Pfarrerwechsel trat auch ein. Der bisherige Pfarrer und sein Nachfolger tauschten mit ihren Stellen, aber die Verlesung der bischöflichen Verfügung, wonach den Polen nur eine polnische Predigt im Monat zusteht, ist bis heute noch nicht erfolgt. Die Polen sind seitdem sogar noch viel anmaßender geworden, indem sie nun sogar den deutschen Gesang stören. Als die Deutschen sich darüber beschwerten, brachte dies der Vikar zu Neujahr auf der Kanzel zur Sprache und bezichtigte die Beschwerdeführer der Unwahrheit, was diese sich keineswegs ruhig gefallen lassen wollten. Eine Reihe deutscher Familienväter richtete darauf ein gemeinschaftliches Schreiben an den Vikar, in dem sie ihm mitteilten, daß sie nach seinem Vorgehen gegen sie auf den üblichen Neujahrsumgang verzichteten, worauf der Geistliche auch dieses Schreiben von der Kanzel herab verlas.

Bei dieser Sachlage ist es nicht verwunderlich, daß der Vikar versetzt wurde. Als der neue Propst seine Sachen voraus nach Lache schickte und diese am 17. d. M. abgeladen werden sollten, suchte eine große Anzahl von Polen, die sich aus der ganzen Parochie eingefunden hatten, und unter denen sich auch der bisherige Geistliche befand, das mit Gewalt zu verhindern. Die Menge nahm eine so drohende Haltung an, daß Polizei requiriert werden mußte.

Das müssen sich deutsche Katholiken in einer bis vor nicht langer Zeit rein deutschen Gemeinde bieten lassen. Die Aufregung unter den deutschen Katholiken in Lache über diese Vorgänge — wir haben die uns darüber zugegangenen Mitteilungen oben in der mildesten Form mitgeteilt — ist natürlich groß.

Dazu schreibt die Gazeta Polska (Kosten):

**Die „Benachteiligung" der „dajczkatholiken" im Lichte der Wahrheit.**

In dem hakatistischen Posener Tageblatt hat man in diesen Tagen eine Korrespondenz aus Lache, Kreis Fraustadt, veröffentlicht, die voll Klagen ist auf die angebliche Benachteiligung der dortigen deutschen Katholiken durch den geistlichen Administrator. Als wir in der Sonntagnummer darüber berichteten, haben wir gleich die Richtigkeit der Korrespondenz bezweifelt, denn diese „Benachteiligungen" sind uns schon zur Genüge bekannt. Die Angelegenheit wird gegenwärtig durch zwei uns zugesandte Briefe aufgeklärt. Diese lauten:

Lache, den 28. Februar 1910.

Geehrte Redaktion!

Auf die lächerlichen und grundlosen Anschuldigungen der angeblichen Bedrückung der Lacher Parochianen, veröffentlicht im Posener Tageblatt, kann ich nur das sagen, daß ich weder in der Kirche noch außerhalb derselben die Gefühle meiner deutschen Parochianen beleidigt habe. Die polnischen Parochianen stören in der Kirche den deutschen Gesang nicht. Die Möbel meines angeblichen Nachfolgers konnte ich ins Haus nicht nehmen, da mir dazu der Auftrag von seiten meiner geistlichen vorgesetzten Behörde fehlte.

Hochachtungsvoll

Geistlicher **Josef Schulz,**
Administrator.

Der zweite Brief lautet:

Lache, den 28. Februar 1910.

Geehrte Redaktion!

Als ich die Sonnabendnummer der Gazeta Polska las, fand ich dort die Erwähnung von der natürlich nach hakatistischer Art gefärbten Korrespondenz aus Lache. Weil ich den geistlichen Administrator nicht mit der Nachricht von neuen Verleumdungen belästigen und kränken wollte, berichte ich, was folgt:

In unserer Parochie wurde Geistlicher S. von der geistlichen Behörde zum Administrator ernannt. Weil nun dieser Geistliche in seiner früheren Stellung seine polnische Nationalität nicht verleugnete, eilten mehrere Deutschkatholiken vom Kirchenvorstande, ohne den Geistlichen S. persönlich zu kennen, zum Bischof und baten um einen anderen Geistlichen, mußten aber unverrichteter Dinge wieder zurückkehren. Obwohl Geistlicher S. mit uns auch außerhalb der Kirche arbeitete, wurde sein freundliches und angenehmes Umgehen mit den Deutschen nicht nur von gerechten Deutschen, sondern sogar auch von fanatischen Protestanten aus der Umgegend gelobt. Doch einige deutsche Katholiken aus der Umgegend von Lache, die in der ganzen Gegend als eifrige Kulturträger und verbissene Feinde des polnischen Volkes bekannt sind, konnten den polnischen Geistlichen nicht verdauen und denunzierten ihn, wo sie nur konnten, natürlich zuerst bei ihrer Behörde, also bei der Regierung, dem Landrat, dem Kommissarius, dem Wachtmeister, ja sie würden in ihrer Verblendung zum Nachtwächter gegangen sein, wenn dieses „hohe" Amt sich nicht in den Händen eines Polen befunden hätte; zuletzt gingen sie, als willige Schäfchen, so fürs Auge, zum Bischof, damit er den Geistlichen entferne, denn sie erführen eine Benachteiligung durch denselben. Dieser verkürze ihre Gottesdienste zugunsten der Polen und verfolge sie.

Natürlich ist das alles unverschämt erlogen; denn wie früher Geistlicher W., so hat auch Geistlicher S. ohne Erlaubnis der geistlichen Behörde nichts neues eingeführt, es sei denn, daß er der Kirche viele Kirchengeräte für das vom polnischen Volke gesammelte Geld kaufte, was den Deutschen nicht gefällt. Obwohl wir bedauern, daß wir in unserer Parochie, in der $^2/_3$ Polen und nur — $^1/_3$ Deutsche sind, nur einmal im Monat Gottesdienst mit polnischem Gesang haben, vor der Messe und der Vesperandacht, worum wir noch beneidet werden, haben wir einzig und allein aus diesem Grunde an unsere wirkliche geistliche Behörde Bittgesuche gerichtet. Besonders einige verbissene und bekannte Hakatisten, welche keinen Geistlichen, sei er Pole oder Deutscher, in Ruhe lassen und ihn brutal bedrohen, machen auch unserem Geistlichen durch Beschimpfung, Denunziation und Klagen das Leben schwer, obwohl dieser sanft mit ihnen umgeht.

Endlich kam Geistlicher B. an, um sich die Propstei anzusehen. Eine Woche später sandte er die Möbel und zwei Damen. Natürlich freuten sich die Deutschen sehr, sie flochten Kränze und erzählten, die Regierung hätte ihnen den Geistlichen gesandt. — Geistlicher S. muß nun raus. Sie schickten gleich die Wagen zum Abholen der Möbel. Als sie nun mit großem Triumph und großer Prozession auf dem Hofe ankamen, um die Möbel abzuladen, kam Geistlicher S. heraus und sagte ihnen in ruhiger Weise, sie sollten die Möbel in der Scheune abladen, denn er hätte noch keine Nachricht vom Konsistorium erhalten. Natürlich fielen Beleidigungen, und einige riefen, der Geistliche hätte ihnen nichts mehr zu befehlen, er müsse morgen fort, denn sie kämen von der hohen Obrigkeit. Wären einige mutige polnische

Parochianen nicht hinzugekommen, so wäre der Geistliche nicht ohne Schaden davon gekommen. Schließlich befahl ihnen der Geistliche, den Hof zu räumen.

Noch in der Nacht wurde der Gendarm geholt, um den Geistlichen mit Gewalt aus der Propstei zu entfernen. Dieser ist jedoch angeblich nicht hineingelassen worden. Am nächsten Tage kam der Gendarm wieder und verlangte, der Geistliche solle die Möbel in seinem Hause aufnehmen. Der Geistliche soll dem Wachtmeister aber geantwortet haben, so lange ihm die geistliche Behörde keine anderen Befehle zuschicken werde, so lange müsse er auf der Propstei ausharren.

Die Möbel standen nun 4 Tage lang auf dem Propsteihofe. Der Kommissarius und der Gendarm kamen ins Dorf, bis zuletzt, da die geistliche Behörde den Geistlichen S. nicht entfernte, der Kantor und Lehrer die Möbel zu sich nahm. Die Damen wohnten beim Kantor 5 Tage lang.

Die Deutschen haben, wie immer, die Katze im Sacke umgedreht und verklagten den Geistlichen, daß er die Polen aufgehetzt habe, sie nicht hereinzulassen. Das eine wie das andere ist ihre böswillige Erfindung. Obwohl sie nun hinter sich große Beschützer haben — einige Mitglieder des Vorstandes wollen hier in diesen Tagen einen „Ostmarkenverein" gründen —, so fürchten die Polen die Termine trotzdem nicht. Im Gegenteil, wir freuen uns, daß endlich einmal verschiedenen in nationalen Sachen gleichgültigen, aber sonst guten Polen die Augen aufgehen und sie sich überzeugen werden, daß es besser in, einem polnisch-katholischen Verein anzugehören als einem Kriegerverein, und daß es ärgerniserregend ist, Feste mit solchen Leuten zu feiern, die auf diese Weise mit ihrem Seelsorger verfahren.

Ein Parochiane.

* * *

So also stellt sich im Lichte der Wahrheit die Angelegenheit der angeblichen „Benachteiligung" der deutschen Katholiken und des „polnischen Aufruhrs" dar. Diese Angelegenheit ist ein neuer Beweis der hakatistischen Schwindeleien, nicht der erste und jedenfalls auch nicht der letzte.

---

Aus Nr. 53 des Kurjer Poznański (Posen) vom 6. März 1910:

## Die Ausstellung in Krotoschin.

Am Sonnabend fand in Krotoschin im Lokale des Herrn Dymland eine Komiteesitzung statt, in welcher der Ausstellungsvorstand darlegte, welche Vorbereitungen in Sachen der Gewerbeausstellung, die in der Zeit vom 19. Juni bis 10. Juli d. J. in Krotoschin abgehalten werden soll, bisher getroffen worden sind. Diese Vorbereitungen sind soweit gediehen, daß das Komitee schon jetzt Anmeldungen von Gewerbetreibenden, welche die Absicht haben, an der Ausstellung teilzunehmen, entgegennimmt.

Auskunft erteilt der Ausstellungsschriftführer Felix Kasprzak in Krotoschin.

---

Aus Nr. 54 des Goniec Wielkopolski (Posen) vom 8. März 1910:

## Miloslaw.

Ich gestatte mir, die geehrte Redaktion zu bitten, zu dem in Nr. 52 des Goniec Wielkopolski unter dem Titel „Gymnasiasten vor Gericht" eingerückten Artikel folgende Berichtigung aufzunehmen:

In diesem Artikel wird mir zum Vorwurf gemacht, als wenn ich, der Unterzeichnete, im Sommer v. J. die Absicht gehabt hätte, in Gemeinschaft von Stefanski und Kunz die Themas für das Abiturientenexamen herauszukriegen und als wenn ich in das Zimmer des Direktors eingedrungen wäre und mir Zeugnisformulare angeeignet hätte, um sie eventuell später auszufüllen. Ich erkläre, daß ich nie eine solche Absicht hatte und daß ich folglich die mir zum Vorwurf gemachten Verfehlungen nicht habe begehen können. Wie sich die Sache eigentlich verhalten hat, darüber werde ich mich nicht auslassen; die Angelegenheit spielte vor Gericht, und dort hat man die Wahrheit erfahren können. Ich bedaure nur, daß die polnischen Zeitungen die Aussage des Stefanski vor Gericht in einer solchen Weise dargestellt haben. Übrigens ist die Unlogik des mich betreffenden Absatzes des erwähnten Artikels sehr leicht zu beweisen. Wenn ich im Sommer v. J. mit Stefanski und Kunz die Formulare entwendet hätte, so hätte mich der Staatsanwalt dafür zur Verantwortung gezogen und er hätte dafür gesorgt, daß ich bestraft worden wäre. Weil aber das nicht erfolgt ist, konnte ich folglich den mir zum Vorwurf gemachten Diebstahl nicht begangen haben.

gez. Johann Drecki.

---

Aus Nr. 53 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 6. März 1910:

## Unsere Bitte.

In diesen Tagen richteten wir an die Geistlichen und Eltern die Bitte, uns zu benachrichtigen, wo die Lehrer den polnischen Religionsunterricht in den untersten Klassen aufhoben. Wir wiederholen diese Bitte nochmals, weil wir bis jetzt nur wenig Material in dieser Angelegenheit erhalten haben.

Man hat uns berichtet, daß in allen nordwestlichen Kreisen des Großherzogtums und in Westpreußen schon längst der polnische Religionsunterricht in den untersten Klassen aufgehoben worden sei, sogar in solchen Schulen, die fast ausschließlich von polnischen kleineren Kindern besucht werden und deutsch nicht verstehen.

Wenn das wirklich so wäre, dann würde das eine Verhöhnung aller der Grundsätze sein, welche die größten Männer als die unantastbaren Schulgrundsätze anerkannt haben. Wir bitten auch in dieser Hinsicht um nähere Einzelheiten, denn es wird uns dieses Material sehr nötig sein.

---

Aus Nr. 54 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 8. März 1910:

In Znin haben die Deutschen einen Turnverein gegründet. Vom Oberpräsidenten erhielten sie 150 Mark Unterstützung. Wir sehen also, wie die Deutschen die kulturelle Aufgabe der Turnvereine besser als wir begreifen. Was sagen die Polen in Znin dazu? Wird es ihnen jetzt nicht an Mut fehlen, sich um die Gründung eines Sokolvereins zu bemühen? Sie werden als preußische Bürger II. Klasse bestimmt keine behördliche Unterstützung erhalten, das ist wahr; aber müssen wir es in unserer politischen Lage nicht verstehen, daß wir die leibliche und geistige Gesundheit unserer Nationalität einzig und allein durch Hingebung und Opferwilligkeit erhalten können? Solche Eigenschaften fehlen uns noch leider in den kleinen Städten, es fehlt unserer Mittelklasse an den bürgerlichen Tugenden. Die Feigheit, der Mangel an Hingebung und Opferwilligkeit sind da so sichtbar, daß man an unserer Zukunft zweifeln muß.

Wir hoffen, daß die Zniner Bürgerschaft dem Beispiele der Deutschen folgen und jetzt einen „Sokolverein" gründen wird.

Wir warten darauf.

Aus Nr. 5 des Ziemianin (Posen)

**Zweiter Versuch, den Zug der Saisonarbeiter aus**

Geistlicher Dr. Stanislaus

(Fortsetzung

| Lfde. Nr. | Gut? In welchem Jahre? | Wieviel Arbeiter? | 1<br>Wie war die Arbeit namentlich bei den Zuckerrüben? Streiks? Kontraktbruch? | 2<br>Wie war die moralische Führung? | 3<br>Wie ist das Verhältnis der Produktivität der Arbeit des Arbeiters aus Westpreußen zum ausländischen Arbeiter? |
|---|---|---|---|---|---|
| 19 | Sady, Kr. Posen. Besitzer: Leo Plucinski.<br><br>1907<br>1908<br>1909 | <br><br><br><br>30<br>30<br>30 | Beim Behacken der Saat, der Bearbeitung von 150 Morgen Rüben, bei der Kartoffelernte überwiegend Akkordarbeit — Mähen und Dreschen auf Tagelohn.<br>Im den Jahren 1907 und 1909 gab es keinen Streik, im Jahre 1908 streikten die Leute zweimal. Kontraktbrüche kamen in den drei Jahren nicht vor. | Sehr gut. | Die Mädchen aus Westpreußen kennen die genannten Arbeiten besser, haben auch für unsere Wirtschaft mehr Verständnis und brauchen weniger Aufsicht. |
| 20 | Drenzno bei Mrotschen. Besitzer: Czeszewski.<br><br>1909 | <br><br><br>8 | Die Arbeit der bei mir arbeitenden Mädchen hat mich qualitativ und quantitativ in jeder Beziehung befriedigt. Besonders zeigten die Mädchen beim Behacken der Zuckerrüben eine große Geschicklichkeit und Genauigkeit. Streiks und Streitigkeiten kamen niemals vor. Der Kontrakt wurde innegehalten. | Die moralische Führung der Mädchen war ohne Frage tadellos, ja bewunderungswürdig. Eines Tages kamen sie sogar zu mir mit einer Beschwerde, daß die Burschen sie nicht in Ruhe ließen. Die Mädchen waren immer sehr gehorsam und artig. | Im Gegensatz zu diesen eingestehen, daß die Mädchen ausländischen Arbeiterinnen, der letzteren. In der Genauigkeit der Arbeit jedoch entschieden den aus beiter. |
| 21 | Sowiny (cfr. Nr. 12) Dr. Skrzydlewski, Propst in Punitz. | <br><br><br><br>43 | Es gab weder Streiks, noch brach man die Kontrakte. Der Arbeitgeber hat dem Unterzeichneten seine Zufriedenheit in betreff der Arbeit und des Verhaltens der Leute ausgedrückt. | Ohne Tadel. | Im Verhältnis zu den Ortsarbeitern dasselbe, im Verhältnis zu den Galiziern entschieden besser. |
| 22 | Sady und Lusowko bei Posen.<br><br>Sady 1907<br>„ 1908<br>„ 1909<br>Lusowko<br>1909 | <br><br><br>30<br>30<br>30<br><br>30 | Es wurde mehrere Male gestreikt. In Sady ist der Streik beigelegt worden. Aus Lusowko sind die Leute weggelaufen. Nach Aussage des Herrn Plucinski haben die Leute den Kontrakt nicht innegehalten. | Die ersten beiden Jahre weniger gut. Das letzte Jahr ziemlich gut. | |

vom 30. Januar 1910:

**Westpreußen nach dem Großherzogtum zu lenken.**

Sychowski aus Schliewitz.

und Schluß.)

| 4 | 5 | 6 | 7 |
|---|---|---|---|
| Ist der Arbeiter aus Westpreußen teurer als der ausländische Arbeiter? (Bitte dabei die Kosten des Imports der ausländischen Arbeiter zu berücksichtigen.) | Welche Mittel halten Sie für geeignet, den Arbeiter an sich zu fesseln? (Wohnung, Akkordarbeit, Vergnügen, Ausflüge, Bewirtungen.) | Bemerkungen und andere Beobachtungen. | Urteil über die ausländischen Arbeiter. |
| Der Arbeiter aus Westpreußen ist nicht teurer als der ausländische Arbeiter. — Dabei braucht man nicht von der Polizei abzuhängen; man kann die Leute jederzeit zurückbehalten. Es ist in einigen Fällen vorgekommen, daß diese Leute hier seßhaft wurden. | Eine wenn auch einfache, aber gut erhaltene Wohnung; pünktliche Akkordarbeit; Angehörigkeit zu den Ortsvereinen (Gesangverein), Zerstreuungen, Spaziergänge und eine gewissenhafte Behandlung. | Ich habe bemerkt, daß der Arbeiter aus Westpreußen physisch gut entwickelt ist und sich moralisch gut führt. Dieses hat er dem Schutze seines Parochialpfarrers Dr. Sychowski zu verdanken, der die auf den Gütern arbeitenden Parochianen mit seinem Schutze umgibt und Streitigkeiten persönlich oder schriftlich schlichtet.<br>Swadzim, den 11. 11. 09.<br>L. Plucinski. | |
| Tugenden muß man teurer sind als die trotz der Importkosten keit und Gewissenübertreffen sie ländischen Ar= | Die Arbeiterinnen aus Westpreußen achten sehr auf eine reine und bequeme Wohnung, sind gierig auf Akkordarbeiten, im übrigen gutmütig und gehorsam, wenn man sie richtig behandelt. Man kann nämlich einen Arbeiter durch nichts so an sich fesseln, als durch eine gute Behandlung. Der Arbeiter muß fühlen, daß er nicht nur der Mietling, die Maschine ist, sondern ein Mitglied sozusagen einer großen Familie, dem das Wohl der ganzen Familie am Herzen liegt. An diese Familie wird er fester gefesselt durch gute Behandlung und Akkordarbeit.<br>Drenzno, den 10. 11. 09.<br>Kasimir Czeszewski. | | |
| In Anbetracht der Tatsache, daß die Produktivität der Arbeit des heimischen Arbeiters aus Westpreußen entschieden größer ist, sind die ausländischen Arbeiter teurer, weil man zur Bewältigung derselben Arbeit ihrer mehr bedarf. | Aufklärung und eine genaue Kalkulation der Arbeitgeber können einzig von dem Wert des westpreußischen Arbeiters überzeugen. Die Arbeiter dagegen werden, wenn sie Zuneigung und gerechte Behandlung erfahren und namentlich, wenn ihnen Gelegenheit geboten wird, an den Sitzungen und Vergnügungen der Ortsvereine teilzunehmen, mit Freuden an den Ort ihrer Arbeit zurückkehren. Dies war in Sowiny der Fall. Die Leute nahmen als Gäste teil an dem Sommervergnügen des Arbeitervereins und am Gottesdienst der Rosenkranzbrüderschaft.<br>Es wäre wünschenswert, daß dieselben Arbeiter immer an denselben Ort zurückkehrten. Dadurch würden viele Streitigkeiten zwischen den Arbeitern selbst — dem Vorarbeiter — dem Arbeitgeber und dessen Vertretern vermieden werden.<br>Punitz, den 1. 11. 09.<br>Geistlicher Dr. Skrzydlewski. | | |
| | Die Wohnungen in Sady sind gut. Zerstreuungen haben die Leute übergenug; es gab hier 3 Feste und 2 Liebhabertheatervorstellungen. Die Leute gehören ebenfalls zum Gesangverein.<br>Lusowko, den 3. 11. 09.<br>Geistlicher Serdecki. | | |

| | | | 1 | 2 | 3 |
|---|---|---|---|---|---|
| 23 | Tarnowko. Besitzer: Koczorowski (cfr. Nr. 13). | 11 | | Ich hörte nur von der guten Führung der Mädchen aus der Parochie Schliewitz auf dem Vorwerk Marienhöhe.<br>Krojanke, den 29. 10. 09.<br>Geistlicher Schönke. | |
| 24 | Dzialin (cfr. Nr. 8). | | | Sehr gut.<br>Dzwierzno, den 1. 11. 09.<br>Geistlicher Zientek. | |
| 25 | Kleszczewko (cfr. Nr. 10). | | | Die moralische Führung der Mädchen war sehr gut. Sie besuchten fleißig die Kirche und empfingen oft die hl. Sakramente.<br>Klodawa, den 2. 11. 09.<br>Geistlicher Paszota. | |
| 26 | Rusiborz (cfr. Nr. 4). | | | Zu meiner Zufriedenheit kann ich Euer Hochehrwürden mitteilen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Schliewitzer Parochie, die hier in Rusiborz arbeiteten, sich in religiöser Beziehung tadellos führten. In der Angelegenheit des mir übersandten Fragebogens kann ich nur sagen, daß jeder Volksfreund verpflichtet ist, die durch Euer Hochehrwürden veranlaßte Bewegung zu unterstützen.<br>Muszynowo koscielne, den 7. 11. 09.<br>Geistlicher Johann Donat. | |
| 27 | Komorowo bei Wollstein. Besitzer: Graf Mycielski.<br>1909 | 25 | Die Arbeit war völlig zufriedenstellend. Streiks und Kontraktbrüche sind nicht vorgekommen. | Allgemein gut. | Um 1/4 besser. |
| 28 | Winagora bei Miloslaw. Besitzer: Graf Mankowski. | | | | |
| 29 | Emchen 1908. Besitzer: Graf Mielzynski. | | | | |

| 4 | 5 | 6 | 7 |
|---|---|---|---|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| Unser heimischer Arbeiter ist nicht teurer als der ausländische Arbeiter, wenn man dessen Produktivität in Anbetracht zieht. | Hauptsächlich Akkordarbeit.<br>Wollstein,<br>den 25. 11. 09.<br>Die Administration<br>von Komorowo. | Euer Hochehrwürden erlaube ich mir mitzuteilen, daß ich mit den Leuten aus Schliewitz sehr zufrieden war. Nächstes Jahr, wenn Gott will, will ich sie wieder nehmen. Es sind fleißige, fromme Leute; sie betragen sich anständig und ruhig.<br>Dominium Wollstein, den 28. 7. 09.<br>Stefan Graf Mycielski. | |
| | | Die Leute machen auf mich den besten Eindruck. Wird das so weiter gehen, so werde ich ihnen noch bessere Wohnungen herrichten lassen und niemals mehr andere Arbeiter nehmen. Die Leute sind zwar teuer, aber ich hoffe, daß sie sich bezahlt machen. Die Galizier, die ich früher hatte, waren schwach, faul, dumm, unmoralisch und verdorben.<br>Winagora, den 6. 3. 09.<br>Graf Mankowski. | |
| | | Deine Parochianen betragen sich hier sehr gut und besuchen regelmäßig die Kirche. Von Streitigkeiten und Unfrieden unter ihnen hört man nicht. In der Parochie habe ich auch Galizier — gegen 40 —, wovon die Hälfte der russischen Kirche angehört. Aber weder die Griechisch-katholischen noch die Römisch-katholischen waren jemals in der Kirche. Es ist ein häßlicher Menschenschlag, unreinlich, versoffen und unehrlich. Deine Leute sind ganz anders.<br>Emchen, den 12. 5. 08.<br>Geistlicher Wisniewski. | |

Aus den Antworten über unseren heimischen Arbeiter ziehe ich folgende Schlüsse:

1. Das Urteil ist allgemein, daß der ausländische Arbeiter schlecht ist u. z.
   a) was den physischen,
   b) was den moralischen Wert anbetrifft.
2. Das Urteil ist allgemein, daß unser heimischer Arbeiter
   a) was den physischen Wert anbetrifft gut genährt, zu jeder Art Arbeit sehr geschickt, intelligent und weit besser als der ausländische Arbeiter ist;
   b) was den moralischen Wert anbetrifft, so ist zu bemerken, daß er sich mit wenigen Ausnahmen sehr gut führt.
3. Allgemein ist das Urteil, daß unser Arbeiter weniger geneigt ist, Streiks zu veranstalten und Kontrakte zu brechen als der ausländische Arbeiter.
4. Geteilt ist das Urteil, was den Preis anbetrifft. Einige halten unsern Arbeiter für teurer; der größte Teil der Gutsbesitzer jedoch ist der Ansicht, daß er nicht teurer als der ausländische Arbeiter sei; einige sind der Meinung, daß er, da die Produktivität seiner Arbeit größer ist, billiger ist. Ich bitte, sich aus den angeführten Kontrakten zu überzeugen, daß einige Herren, die unseren Arbeiter für teurer hielten, mehr zahlten, als der von mir vorgeschlagene Kontrakt besagt.
5. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß unser gutes Volk in der Fremde infolge Fehlens jeglichen Schutzes verkommt und sehr verdirbt, so daß ein großer Teil desselben für die Kirche und die Gesamtheit unwiederbringlich verloren geht.
6. Durch die obigen Antworten ist es eine bewiesene Sache, daß unser Volk in der Heimat sehr gut arbeitet und sich gut führt, so daß die auf diese Art gefaßte Saisonarbeit dem Volke materiellen Vorteil und keine moralischen Nachteile bringt.

Also alle Beschützer unseres Volkes, die Geistlichen und die Gutsbesitzer, müßten dafür sorgen, daß unser Volk die Heimat nicht verläßt. Die dazu berufenen Faktoren, wie der „landwirtschaftliche Zentralverein" und seine Sektion für die Arbeiterangelegenheiten und auch die Rustikalvereine müßten sich systematisch mit der Angelegenheit des Zurückhaltens unseres Arbeiters in der Heimat befassen, sie müßten diese Angelegenheit vor allem organisieren. Viele Tausende unseres Volkes aus dem Großherzogtum und aus Westpreußen müssen jahraus, jahrein aus Notwendigkeit ihr Brot in Mecklenburg, Sachsen, Schleswig, ja sogar in Dänemark und Schweden suchen, weil die hiesigen Gutsbesitzer unsern im Westen allgemein gelobten Arbeiter verachten und mit wenigen Ausnahmen dafür nicht sorgen, daß er in der Heimat verbleibe. Es werden so viel schöne Artikel in den Zeitungen über das Thema „Die Fürsorge für unsere Auswanderer" geschrieben, es werden so viele schöne Worte gemacht — und der praktischen Taten gibt es so wenige. In dieser Sache hat die Theorie absolut keinen Wert. Als Kardinalgrundsatz in der praktischen Arbeit an unseren Auswanderern stellte ich den Satz auf: „Es muß mit allen Mitteln dafür gesorgt werden, unsern Arbeiter in der Heimat zu beschäftigen". Das ist keine Gnade, sondern Pflicht sowohl der Geistlichen als auch der Grundbesitzer, von welchen ein großer Teil leider nicht nur gleichgültig, sondern auch direkt mit Abneigung dieser Aktion gegenüber steht, obwohl das Behalten des Arbeiters im Lande hauptsächlich im Interesse des Grundbesitzers liegt. Wir verdammen so oft unser Volk, daß es die Heimat verachtet, daß es in fremde Gegenden zieht; warum soll es aber nicht auswandern, wenn es in der Heimat von keinem begehrt wird? Die erste Bedingung einer Änderung dieser Verhältnisse zum Besseren ist die, daß die Grundbesitzer unsern Arbeiter fordern; und wir Geistlichen, aus deren Parochien alljährlich eine große Anzahl Leute auf Arbeit auswandert, werden systematisch daran arbeiten, daß unser Arbeiter die Arbeit in der Heimat auch annimmt. Eine solche gemeinsame Arbeit der Geistlichen und der Grundbesitzer wird sicherlich eine reiche Ernte zeitigen, eine nach dieser Richtung hin systematische, gemeinsame Arbeit wird gute Erfolge erzielen ebenso zu Nutze des Grundbesitzers wie auch unseres lieben Volkes.

Ich erlaube mir noch, hier den Normalkontrakt für den hiesigen Saisonarbeiter mit allem Deputat anzuführen, der als Grundlage bei Kontraktabschlüssen dienen könnte, und auch verschiedene praktische Fingerzeige, welche dazu dienen könnten, ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Saisonarbeiter herzustellen. Der vorgeschlagene Kontrakt entspricht dem durchschnittlichen Lohn im Westen. Erscheint der vorgeschlagene Kontrakt zu teuer, so müßten die Grundbesitzer ihrerseits einen Normalkontrakt aufstellen und ihn den heimischen Arbeitern vorschlagen.

1. Deputat:
   pro Kopf monatlich 80 Pfund Getreide, für 4 Mark Speck, 125 Pfund Kartoffeln, 10 Pfund Erbsen, täglich $^1/_2$ Liter Voll- und $^1/_2$ Liter Magermilch.
2. Tagelohn:

| | März April | Mai Juni | Juli August | September | die übrige Zeit |
|---|---|---|---|---|---|
| a) Männer: | 1,25 | 1,50 | 2,00 | 1,50 | 1,25 |
| b) Burschen: | 1,00 | 1,25 | 1,50 | 1,25 | 1,00 |
| c) Mädchen: | 0,90 | 1,00 | 1,20 | 1,00 | 0,90 |

3. Akkord:
   Behacken der Saat pro Morgen (180 Quadratruten) 2,00 Mark.
   Zuckerrüben: 1 Haken 2 Mark, 2 Haken 3 Mark, 3 Haken 3 Mark. Durchziehen 4 Mark. Ausmachen der Zuckerrüben 12 Mark.
   Wintergetreide: (Mähen, Zusammenrechen, Binden und Aufstellen) pro Morgen 2,50 bis 2,75 Mark. (Davon bekommen die Mädchen 1 Mark.)
   Sommergetreide: (ebenfalls komplett 2,25 pro Morgen — die Mädchen 1 Mark), auf Schwaden 1,85 Mark pro Morgen (die Mädchen 0,60 Mark). Mähen der Wiese, des Klees, des Grünfutters 1,25 Mark.
   Kartoffelernte: 10 Pfg. für 100 Pfund (unsere Leute tragen die Kartoffeln in Kiepen und nicht in Säcken). Das Verlesen der Kartoffeln im Frühjahr 7 Pfg. für 180 Pfund.
   Auszahlung pünktlich alle 14 Tage, am besten jedem einzelnen direkt durch den Kassierer und nicht durch den Vorarbeiter.

Beide Reisen frei. Die Arbeitszeit dauert von 5 oder $^1/_2$6 Uhr früh bis 8 Uhr abends. 2 Stunden sind frei ($^1/_2$ Stunde Frühstück, 1 Stunde Mittag, $^1/_2$ Stunde Vesper). Überstunden werden bezahlt Männer 20 Pfg., Mädchen 15 Pfg.

Die Leute bekommen eine gemeinsame freie Wohnung, Lampen, Licht, Brennmaterial, Koch- und Waschgeschirr, eine Matratze oder einen Strohsack, ein Kopfkissen und eine Decke und einen Verschlag zum Aufbewahren der Kleider. Ich bemerke, daß unsre Leute sehr für eine reine Wohnung sind, die einen harten, glatten Fußboden (möglichst aus Holz) ohne

Löcher haben muß, die Öfen müssen gut, die Fenster ausreichend sein. Die Wohnung muß ziemlich groß und mit einem Bett oder einer Pritsche versehen sein. Der Küchenbraden muß einen Abzug haben, damit die Sachen nicht ruiniert werden. In jeder Stube muß sich ein Tisch und eine Bank und an der Wand ein Regal zum Aufstellen von Tassen und für das Brot befinden. Es empfiehlt sich, die Wohnung gut vorzubereiten, zu weißen und den Kehricht hinauszuschaffen, damit der erste Eindruck, wenn die Leute ankommen, günstig wirkt. An vielen Orten in lutherischen Gegenden, empfängt man die Leute mit Kaffee und Butterbrot, ebenso gibt man beim Abschied den Leuten einen kleinen Schmaus. — So ist der erste und letzte Eindruck bei den Leuten ein günstiger.

Unsern Leuten geht es darum, möglichst viel Akkordarbeit zu erhalten, namentlich beim Behacken der Saat, der Zuckerrüben, während der Ernte und beim Aushacken. Sehr empfehlenswert ist es, in den Kontrakt aufzunehmen, wieviel Morgen Roggen und Hackarbeit im Akkord die Leute machen können. Zu empfehlen ist auch, den Leuten nach ihrer Ankunft den Kontrakt vorzulesen und genau zu erklären und namentlich von vornherein anzusagen, welche Arbeiten sie in Akkord bekommen werden. Die Leute sind oft mißtrauisch und denken, daß, obwohl der Kontrakt ihnen viel verspricht, sie doch die Arbeit im Tagelohn werden verrichten müssen. Was die Leute aus dem Deputat erübrigen, bleibt ihr Eigentum. Der Vorarbeiter (Unternehmer) bekommt bei einer kleineren Anzahl Arbeiter (10—20) täglich 50 Pf. mehr als die Männer — bei einer größeren Partie Arbeiter 2,50 bis 3,00 Mk. täglich und volles Deputat wie die Arbeiter. Außerdem erhält er pro Kopf 3 Mk. Werbegeld. Es ist dem Vorarbeiter erlaubt, mit den Küchenabfällen ein Schwein zu füttern, wozu er einen Schweinestall erhalten muß. Der Vorarbeiter versieht gewöhnlich das Amt eines Vogtes und beaufsichtigt seine Leute, die am liebsten unter ihrem eigenen Führer arbeiten, woran sie vom Westen her gewöhnt sind. Bei einer kleineren Anzahl von Mädchen ohne Vorarbeiter (bis 15) ernennt man eine Vorarbeiterin, mit der man den Kontrakt abschließt. Diese erhält vom Herrn ebenfalls 3 Mk. pro Kopf.

Die Köchin (auf 20 bis 25 Leute immer eine) erhält 1 Mk. pro Tag (auch an den Sonn- und Feiertagen, und dasselbe Deputat wie die Leute. Der Vorarbeiter stellt 100—300 Mk. Kaution, welche mit 4% verzinst werden. Die Vorarbeiterinnen stellen keine Kaution. Den Leuten werden 20 Mk. Kaution abgezogen (2 Mk. wöchentlich). Es empfiehlt sich, sich mit dem Ortspfarrer zu vertragen und ihm die Sorge über die Leute zu übertragen. — Es empfiehlt sich, den Gutsverwaltern und Vögten streng zu verbieten, die Leute auszuschimpfen und zu verfluchen. Das fortwährende Ausschimpfen der Mädchen kann leicht alle übrigen Leute veranlassen, die Arbeit niederzulegen. Mit Fluchworten kann man diesen Leuten absolut nicht imponieren, am weitesten kommt man mit ihnen durch gute Behandlung.

Es empfiehlt sich, jedem Arbeiter ein Büchlein auszustellen, welches einen Ausweis des ganzen Saisonverdienstes enthält. Der regelmäßig ausgezahlte Verdienst ist einzuschreiben und am Schlusse der Saison zusammenzuzählen. Solche fertigen Büchlein erhält man für den Preis von 10 Pf. pro Stück in der Druckerei Feller, Nachfolger Czyzewski, Danzig, Hundegasse. Es empfiehlt sich, soweit es die Ordnung der Wirtschaft erlaubt, die Leute zeitig zu nehmen (Anfang oder Mitte März) und sie bis Ende November zu beschäftigen, damit die Leute möglichst viel verdienen können, denn die Leute zählen nicht, wie lange sie gearbeitet haben, sondern wie **viel** sie in der ganzen Zeit verdient haben.

Es empfiehlt sich, von unseren Mädchen keine Männerarbeit (wie Tragen der schweren Getreidesäcke und des Kunstdüngers auf den Speicher) zu verlangen. Nirgends, nicht in Mecklenburg, nicht in Sachsen, nicht in Pommern, nicht in Westpreußen, verlangt man dieses von den Mädchen. Zu dieser Arbeit werden ausschließlich nur Männer herangezogen.

Es empfiehlt sich für diejenigen, die ohne Streik die ganze Zeit hindurch fleißig gearbeitet haben, kleine Prämien auszusetzen.

Es empfiehlt sich, den Leuten den Aufenthalt in der Heimat durch Gründung einer Bibliothek, Halten von Zeitungen, Heranziehung zu den Ortsvereinen, ihren Sitzungen und Vergnügungen zu verschönen.

Das Befolgen obiger Bemerkungen und Fingerzeige kann sehr viel zu einem guten Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter beitragen.

---

Aus Nr. 52 des Postęp (Posen)
vom 5. März 1910:

## Der Bürgermeister von Schwersenz.

Aus den Arbeiterkreisen Oberschlesiens wird uns geschrieben:.

Die Stadt Schwersenz bei Posen, welche früher eine semitische Stadt war, denn die Mehrzahl der Bewohner waren Juden, hat sich soweit von diesem Knoblauchgeruch gereinigt, daß auf den Straßen unsere melodische, schöne Sprache klingt, denn der Jargon ist verschwunden und Schwabenlaute hört man wenig. Dies scheint ersichtlich dem Deutschtum und vor allen Dingen dem Hakatismus und dem Schwersenzer Bürgermeister nicht zu passen. Um eine rein polnische Stadt in eine deutsche zu verwandeln, und damit den Ring um das polnische Posen fester zu schließen und die polnische Luft mit schwäbischer zu durchsetzen, bildet man rings um Posen kleine Ansiedlungen für deutsche Arbeiter und Handwerker, die den Zweck haben, den polnischen Handwerker und Arbeiter herauszudrängen. Diesem System opferte man Krzyzowniki, Zabikowo, Luban von einer Seite, und Golentschin, Solatsch, Glowno, Starolenka und zum Teil Naramowice von der anderen Seite. Zu diesen letzteren zählt auch Schwersenz. Dieses liegt auf der anderen Linie, die hinter der ersten den zweiten Posen einschließenden Ring bilden und die polnischen Handwerker und Arbeiter vertreiben soll.

Dieses Projekt ist gut organisiert, denn es stammt von einem früheren Pastor aus Lodz, der jetzt in Ostrowo amtiert. Diese Person wurde noch sehr wenig, namentlich von den Berufsverbänden beachtet. Dort in Ostrowo existiert ein Arbeitsnachweisbureau, das die aus Russisch-Polen importierten deutschen Arbeiter zum größten Teil dorthin sendet, wo die Berufsverbände den Lohnkampf führen. Solche Streikbrecher wurden durch die Vermittelung des genannten Bureaus und des Lodzer Pastors im Jahre 1906 den Bauunternehmern in Kosten gesandt; auch nach Posen sind sie gekommen. Diese Leute werden auch in jenen durch die Ringe umfaßten Niederlassungen angesiedelt. Sie dienen also einem doppelten Zweck: der Germanisation und der Verdrängung der polnischen Einheimischen aus ihren väterlichen Stätten. Die polnischen Arbeiter und Handwerker werden dadurch zur Wanderschaft, zum Hunger und Elend verurteilt. Außerdem stehen die deutschen importierten Arbeiter den Berufsverbänden sehr im Wege, indem sie ihnen die Arbeit um die Lohnerhöhung und um die Ver-

kürzung der Arbeitszeit sehr erschweren. Deswegen müßten die Berufsverbände ein sehr wachsames Auge auf Ostrowo haben.

Bei den germanisatorischen Bemühungen eines schnelleren Einschließens der Stadt Posen und in der Erteilung von Fingerzeigen, die die neuen Projekte betreffen, dient den Hakatisten sehr positiv der in Posen existierende evangelische Verein unter dem Namen „Volksverein". Schon im Jahre 1906 hat jener Verein Unterschriften unter die Petitionen gesammelt, die solche kleine Niederlassungen in Glowno forderten. Damals hat so mancher dazu seine Unterschrift gegeben, ohne zu wissen, welchem Zwecke jene Niederlassungen dienen sollten. Nach dieser Richtung hin auch veranstaltet dieser Verein Vorträge, die zum größten Teil nur von den Professoren der Posener Akademie gehalten werden.

Solcher Ansiedlungen wurden eine ganze Masse gebaut, doch aus den erwähnten und auch anderen Gründen stehen sie leer, denn der Arbeiter aus dem Innern Deutschlands, der in den Industriezentren einen besseren Verdienst hat, will diese hakatistische Spreu nicht haben. Daher wird auch der Aufruf des Schwersenzer Bürgermeisters, den er in der Druckerei der Neuesten Nachrichten in Posen drucken ließ und nach Oberschlesien versandte, verständlich. In Kattowitz hängte man den Aufruf im Wartesaal des Bahnhofes aus. Dieser Aufruf lautet: „Ein eigenes Heim kann sich jeder deutsche Arbeiter und Handwerker in dem vorwärtsstrebenden Schwersenz durch den Kauf eines Hauses nebst einem halben Morgen Land für den Preis von 4000 ℳ durch Einzahlung eines bestimmten Teils der Kaufsumme und dann durch ratenweise Abzahlung von der hiesigen Deutschen Genossenschaft erwerben.

(Unterschrift.)
Bürgermeister.

Also ein „eigenes Heim" kann der deutsche Arbeiter und Handwerker durch die Vermittlung des Herrn Bürgermeisters in Schwersenz erhalten. Durch die Vermittlung desselben Bürgermeisters soll der polnische Arbeiter und Handwerker sein Brot verlieren, damit zum Bettelstab greifen, Brot und eines anderen Sitz suchen, doch wo?

Jetzt erst habe ich verstanden, warum man polnische Bürgermeister nicht bestätigt. Kann ein in dieser Weise tätiger und auch mit polnischem Gelde bezahlter Bürgermeister auf die Sympathien der Gesamtheit, die er mithilft zu beseitigen, rechnen? Vielleicht wird der Herr Bürgermeister das Geheimnis etwas lüften und uns sagen, woher diese Landsmänner kommen sollen! Verlangt er die halb germanisierten Oberschlesier? Wenn ja, dann würde die Schuld und die Beleidigung des polnischen Volkes kleiner sein; denn auf diese Weise würden die Oberschlesier das Glück haben, Landesteile der polnischen Kultur kennen zu lernen.

Es sei, wie es wolle, die Tat des Herrn Bürgermeisters ist um so mehr herausfordernd, da er — als Kommunalbeamter einer polnischen Stadt — ganz genau weiß, welchem Zwecke solche Genossenschaften dienen. Durch die Unterschrift „Bürgermeister" stellt er sich offen in die Reihen derer, die zur Aushungerung des polnischen Elements mit Hand anlegen. Wenn wir uns solche Herren näher ansehen und die Aufmerksamkeit darauf hinlenken, daß ihre Arbeit auf dem uralten polnischen Boden herausfordernd ist, dann schreibt man in den hakatistischen Blättern von Boykott, von Aufwieglern und auch davon, daß das „Vaterland" in Gefahr sei. Wer aber daran schuld ist, wer das polnische Volk reizt, darüber schweigt sich der Hakatismus aus und leugnet die Tatsachen. — ak. —

---

Aus Nr. 50 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 3. März 1910:

Der Dziennik Bydgoski veröffentlicht die von der Bromberger Staatsanwaltschaft der Mutter der durch Selbstmord geendeten Kasimira Kortylas zugestellten Nachricht von der Einstellung der in dieser Sache geführten Untersuchung und bemerkt dazu folgendes:

Wir zweifeln nicht daran, daß die obige Darstellung der Sache voll und ganz der Wirklichkeit entspricht. Trotzdem aber glauben wir nicht an einen Selbstmord. Die Wunde befand sich am Hinterkopfe (in einer gewissen Entfernung vom Ohr), und es ist doch eine kaum gehörte und geradezu unmögliche Sache, daß sich eine Selbstmörderin, und insbesondere eine so junge, den Revolver an den Hinterkopf hätte anlegen können und dazu noch so, daß die Kugel das Gehirn durchschneidet. Auch hat sie nicht mit der linken Hand geschossen, obgleich der Revolver an der linken Seite der Leiche lag. Es hätte durchaus festgestellt werden müssen, in welcher Richtung die Kugel das Gehirn durchdrungen hat.

Unverständlich ist es übrigens für uns, daß die Staatsanwaltschaft die Leiche nicht gleich mit Beschlag belegt hat, wie das in solchen Fällen für gewöhnlich zu geschehen pflegt, und daß sie erst vom Kirchhof geholt worden ist.

---

Aus Nr. 50 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 3. März 1910:

**Aus Perkowo**

wird uns geschrieben: Einer unserer Mitbewohner will Verkäufer werden. Er steht mit einem gewissen Deutschen aus Lipie wegen des Verkaufs seiner 25 Morgen großen Wirtschaft in Unterhandlung. Wir appellieren an sein Gewissen und fragen ihn, ob er als Pole und Katholik Verräter seines Volkes und unserer heiligen Kirche werden will. Wir haben in unserem rein polnischen Dorfe ohnehin schon einen Deutschen, der durch den Verkauf einer Besitzung hier hergekommen ist. Wollen wir uns selbst enteignen, um deutsche Knechte zu werden? Wer heute den Feinden Land verkauft, der möge doch gleich deutsch werden, denn mit uns hat er nichts mehr zu tun.

---

Aus Nr. 51 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 4. März 1910:

**Die Gefahr der Germanisierung**

— so schreibt das „Pos. Tagebl." — ist nur in der Phantasie des „Dziennik Bydgoski". Die Lügen des „Pos. Tagebl." wohl auch, was? Wie wird es denn mit dem Champagner sein, den Propst Gryglewicz den Redakteuren des „Pos. Tagebl." für die Beibringung von Wahrheitsbeweisen für gewisse Behauptungen versprochen hat? Wie es scheint, können sie ihn nicht verdienen. Augenscheinlich ist es leichter, die Ostmarkenzulage zu verdienen, denn da ist Wahrheitsliebe nicht erforderlich.

---

# Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 27 des Pielgrzym (Pelplin) vom 3. März 1910.

## In Sachen des Rituals für die Culmer Diözese.

In diesen Tagen erschienen in verschiedenen polnischen Zeitungen Artikel, in welchen entschieden gegen das Auslassen der polnischen Heiligen in der Litanei an alle Heiligen, die im Ritual für die Culmer Diözese enthalten ist, aufgetreten wurde. Die Entrüstung ist gerechtfertigt, denn wenn diese Heiligen seit undenklichen Zeiten in der Litanei niemand störten, so brauchte man sie auch nicht in neuerer Zeit daraus zu streichen, denn es sind diese ebensolche Heilige wie andere — und viele sogar sehr große Heilige, die der katholischen Kirche große Dienste erwiesen haben.

In dieser Angelegenheit hat jedoch nichts der gegenwärtige Bischof Dr. Rosentreter verschuldet, denn schon in dem im Jahre 1894 herausgegebenen Ritual finden wir keine polnischen Heiligen mehr. Augenscheinlich geschah dies mit Wissen des vorherigen Bischofs Redner. Gegen das Streichen der polnischen Heiligen hätte schon damals aufgetreten werden müssen und nicht erst jetzt.

---

Aus Nr. 27 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 3. März 1910:

## In Sachen des neuen Culmer Rituals,

über welches sich die Gazeta Gdanska in einem längeren Artikel ausgelassen hatte, schreibt die Gazeta Grudziondzka:

Diese Angelegenheit hat unsere Neugierde ungemein erregt. Daher wandten wir uns an die eigentliche Quelle, und zwar an einen der ehrwürdigen Geistlichen der Culmer Diözese mit der Bitte, in dieser Angelegenheit einige Worte der Aufklärung zu bieten. Man erwiderte uns folgendes:

„Was die Rituale betrifft, bemerke ich, daß in der Culmer Diözese die Rituale überhaupt nicht amtlichen Charakter tragen, weil sie nicht von Rom bestätigt sind. Bindend und amtlich ist eigentlich das alte, durch, wenn ich nicht irre, die Petrikauer Synode und später von Rom bestätigte „Kancyonal" (Gesangbuch). Die in unserer Diözese neu eingeführten Rituale sind eigentlich ungültig, denn sie sind nicht von Rom bestätigt, sondern nur von ihm geduldet. Es ist wahr, daß die Bischöfe hier eine gewisse Gewalt besitzen.

Hinsichtlich des Ausscheidens der polnischen Heiligen aus der Allerheiligenlitanei bin ich der Meinung, daß die Kommission, welcher man die Bearbeitung des neuen Rituals übertragen hat, sich auf das römische Ritual gestützt hat. Ich stelle hier fest, daß nur vier Litaneien amtlich und von Rom bestätigt sind. Diese sind: die Litanei zur Mutter Gottes, die Allerheiligenlitanei, die Litanei zum Herzen Jesu und die zum Namen Jesu. In dem römischen Ritual figurieren zwar unsere Heiligen nicht, die bischöfliche Behörde kann sich jedoch hier den nationalen Gefühlen anpassen und diese Heiligen in die Litanei aufnehmen. So ist man auch früher verfahren. Wenn sie jetzt aus der Litanei wieder entfernt werden, so stützt man sich nur aus politischen Rücksichten auf das römische Ritual."

Auf unsere Frage, ob es gut sei, diese Angelegenheit zu berühren, antwortete man uns: Sehr gut; solche Angelegenheiten müsse und solle die Presse brandmarken.

Indem wir das tun, bemerken wir, daß wir uns dabei nicht von Unwillen oder Bitterkeit gegen die kirchliche Behörde haben leiten lassen, sondern nur von dem Schmerz, dem begreiflichen Schmerz, daß man in einer Weise unsere Gefühle reizt, als wenn wir keine rechtgläubigen Kinder der Kirche wären. Diese sollte sich bei ihren Entscheidungen nur von ihrem und ihrer Schäflein Wohl leiten lassen und nicht von politischen Rücksichten. Und dieser Schmerz wird angefacht durch immer neue Verordnungen und Verfügungen, die unser katholisches und polnisches Herz und Gewissen immer empfindlicher und schmerzlicher treffen.

Wir teilen die Ansicht des Berichterstatters der Gazeta Gdanska voll und ganz, daß es sich empfehlen dürfte, den heiligen Vater mittelst einer mit mehreren Tausend Unterschriften versehenen Eingabe um Abstellung dieses Übels zu bitten.

Wir wissen aber, daß in Pelplin die Petitionen der polnischen Diözesanen leider gewöhnlich anderen Zwecken dienen, als um gelesen, erwogen und gewissenhaft erledigt zu werden.

Beten wir jedenfalls um so eifriger zu diesen jetzt aus der Litanei gestrichenen, unserem Herzen aber dadurch noch teurer gewordenen heiligen Landsmännern, damit sie durch ihre einflußreiche Fürsprache beim Throne Gottes uns ein besseres Los erbitten. Wenn uns schon die weltlichen Mächte entgegen den christlichen Grundsätzen verfolgen und quälen, so möge hier wenigstens die christliche Kirche im Sinne ihres göttlichen Meisters um so väterlicher das so gequälte, dem heiligen Glauben und der katholischen Kirche aber immer treue polnische Volk beschirmen.

---

Aus Nr. 27 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 3. März 1910:

Aus Schliewitz wird uns unterm 26. 2. 1910 folgendes berichtet:

## Der Schacher in der Tucheler Heide.

In diesen Tagen verkaufte hier Herr Maximilian Müller sein Haus an den Tucheler Kreis. Am Dienstag besichtigten dieses Haus der Herr Landrat aus Tuchel, der Amtsvorsteher, der Oberförster Herr Gromadzinski aus Lippowo, der Gendarm und der Schulze. Sie einigten sich auf den Preis von 15 000 *M*. Dieses Haus soll als Wohnung für einen Gendarmen und für zwei Diakonissen, von denen eine sich schon ungefähr acht Jahre hier aufhält, verwendet werden. Ferner soll auch das Standesamt darin untergebracht werden. Die Empörung über Herrn Müller ist groß. Er hat sich immer für einen eifrigen Polen ausgegeben, er spielt häufig in Liebhabertheatern mit und ist Mitglied der Liedertafel. Sein Vater, ein allgemein geschätzter Schliewitzer Bürger, ist Mitglied des Kirchenrats und des Aufsichtsrats unserer Bank.

Der Name Müller hat jetzt einen sehr bedenklichen Schaden erlitten. Herr Müller lebt als Uhrmacher vom polnischen Volke; dieses Volk wird sich Herrn Müller gewiß dankbar erweisen dafür, daß er sein Haus an Diakonissen verkauft hat, die in der hiesigen, häufig katholisch und polnischen Umgegend so nötig sind, wie ein fünftes Rad am Wagen.

---

Aus Nr. 26 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 1. März 1910:

Sypniewo, den 12. 2. 1910.

Von überall kommen Nachrichten in die Zeitungen, nur von unserem Sypniewo hört man nichts. Ich will also den geehrten Lesern der Gazeta Grudziondzka eine, wenn auch traurige Nachricht mitteilen. Also die Verschacherei breitet sich hier in erschreckender Weise aus. Vor kurzem erst verkauften die Herren Swit und Zdrenka ihre Wirtschaften dem hiesigen deutschen Gutsbesitzer Herrn Wilkens. Vor der Ernte dagegen verkaufte Herr Fr. Malek demselben Deutschen seine 70 Morgen große Wirtschaft, die er von seinem Vater erbte und an dessen Sterbebette er versprechen mußte, die Wirtschaft nicht Herrn Wilkens zu verkaufen. Es muß bemerkt werden, daß der Vater des Herrn Malek erst vor 2 Jahren gestorben ist. In kurzer Zeit also sind 3 Wirtschaften in die Hände des Herrn W. übergegangen, der sie seinen großen Besitzungen angliederte. Durch diese Angliederung ist unserer Parochie ein großes Unrecht zugefügt worden. Auch der Landwirt Johann Cieploch hat erst kürzlich seine 56 Morgen große Wirtschaft dem Deutschen Herrn Kroppe verkauft. Wie ich gehört habe, bemühen sich Herr M. und der Organist um den Kauf anderer Wirtschaften, um dieselben gegebenenfalls an Deutsche weiter zu verkaufen. Wird das so weiter gehen, so wird bald unsere Kirche leer stehen, das hiesige „Bethaus" dafür überfüllt sein. Es wird so weit kommen, daß unser Dörfchen anstelle seines schönen Namens Sypniewo irgend einen „kulturellen" Namen wie „Schwarzenau" oder „Smirdenau" erhält. Nicht unerwähnt will ich lassen, daß hier im Laufe von mehreren Jahren 7 polnische Besitzungen in deutsche Hände übergegangen sind. Am Kaisersgeburtstag zeigte sich Herr Z. als großer Patriot, denn vor dem Hause, welches jetzt Herrn Wilkens gehört und früher sein Eigentum war, und welches er jetzt als Pächter für jährlich 150 ℳ Pacht bewohnt, wehte eine deutsche Fahne.

Es ist die höchste Zeit, daß sich die Verhältnisse in dem dortigen Dorf zum besseren wenden, denn die Verkleinerer unserer Erde schaden dadurch nicht nur unserer Gesamtheit, unserem Vaterlande, sondern sie fügen auch unserer katholischen Kirche einen furchtbaren Schaden zu! (D. Red.)

---

Aus Nr. 26 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 1. März 1910:

Kamionka, Parochie Neuenburg, den 14. 2. 1910.

Der geehrten Redaktion teile ich mit, daß unter den Landsleuten in unserem Dörfchen noch eine schreckliche Nachlässigkeit in der Erfüllung der Pflichten gegenüber unserer Gesamtheit herrscht. Trotz der Rufe der polnischen Zeitungen sind einige unseren Busenfreunden sehr zugetan und führen dem Deutschtum sogar ihre Kinder zu. Zum zweiten Male schon ist die 14jährige Tochter eines gewissen Herrn im Liebhabertheater während eines Vergnügens des „Kriegervereins" aufgetreten und amüsierte sich dort bis tief in die Nacht hinein. Bei polnischen Vergnügungen dagegen findet man diesen Herrn und dessen Kinder nicht — denn dort werden angeblich doch nur Dummheiten geschwatzt. Es ist nur eigentümlich, daß dieser Herr nicht Mitglied des „Kriegervereins" ist. Er ist zwar kein Krieger gewesen, opfert aber dagegen dem Deutschtum seine Tochter. Er hofft vielleicht als Lohn dafür irgend eine fette Stelle zu bekommen, denn anders läßt sich diese Sache sonst nicht erklären.

---

Aus Nr. 1 des Filut (humoristisch-satirische Beilage des Pielgrzym) (Pelplin) vom Februar 1910:

## Der Deutsche und der Bauer.

Ein Deutscher betrat unterwegs einen Gasthof. Dort traf er einen anständig gekleideten polnischen Bauer an. Der Bauer mußte niesen. Der Deutsche sagte gewohnheitsmäßig zu ihm: „Helf Gott!"

Der Bauer, welcher das nicht verstand, entrüstete sich darüber und sagte: „Wer ist Helf**kot?** (Kot gleich Kater.) Du bist selbst ein Helf**kot,** dein Weib ist eine Helf**kocica** (Kocica gleich Katze), und deine Kinder sind Helf**kocienta** (Kocienta gleich Kätzchen)!"

---

Aus Nr. 82 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 5. März 1910:

## Warum?

Der Pielgrzym schreibt:

„In verschiedenen polnischen Blättern sind in diesen Tagen Artikel erschienen, die entschieden gegen das Weglassen der polnischen Heiligen aus der Litanei zu Allen Heiligen im Ritual für die Kulmer Diözese auftreten. Die Entrüstung ist berechtigt, denn wenn diese Heiligen seit undenklichen Zeiten in der Litanei niemandem Veranlassung zum Anstoß gegeben haben, dann sollte man sie auch in den neueren Zeiten nicht streichen, denn das sind mindestens ebensolche Heilige, wie die anderen — und manche sind sogar große Heilige, die der katholischen Kirche große Dienste erwiesen haben.

Diese Sache hat aber nicht der gegenwärtige Herr Bischof Dr. Rosentreter verschuldet, denn diese polnischen Heiligen sind auch schon in dem im Jahre 1894 herausgegebenen Ritual nicht enthalten. Offenbar ist das mit Wissen des damaligen Herrn Bischofs Redner geschehen. Gegen das Streichen der polnischen Heiligen hätte man schon damals auftreten sollen, und nicht erst heute."

Soviel der Pielgrzym.

Diese Zuschrift entstammt zweifellos der Feder eines Geistlichen — vielleicht sogar aus der näheren oder weiteren Umgebung des Herrn Bischofs —, dem es offenbar daran liegt, den Eindruck, den die Mitteilung über die Beseitigung unserer großen Heiligen aus dem Diözesanritual hervorgerufen hat, abzuschwächen. Warum? Nur deshalb, weil diese Heiligen schon im Jahre 1894, also vor 15 Jahren gestrichen sind, darf heute darüber nicht mehr geschrieben werden?!

Soll denn etwa die ganze Angelegenheit als begraben angesehen werden, soll man sich darüber nicht mehr entrüsten können, weil es angeblich zu spät ist? Soll etwa die Angelegenheit der Verdrängung dieser polnischen Heiligen vielleicht schon für immer erledigt sein, angeblich unter dem Vorwand, weil sie etwas zu spät zur Sprache gebracht worden ist?

Na, vorläufig wird diese Angelegenheit noch nicht zu den Akten kommen. Die Angelegenheit der Heiligen ist keine weltliche Angelegenheit. Sie können hier in der Kulmer Diözese nicht veralten, denn sonst müßte hier ja auch im Laufe der Jahrzehnte die katholische Kirche vollständig veralten.

---

Aus Nr. 27 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 3. März 1910:

Zoppot.

Herr Werminghoff feierte am 1. März das silberne Jubiläum seiner kaufmännischen Tätigkeit in Zoppot. Es verlohnt sich, dieses mit Anerkennung in der Zeitung zu erwähnen, denn der Jubilar erwarb sich um die Entwickelung des Zoppoter Bades durch seine der Neuzeit entsprechenden Restaurationseinrichtungen hohe Verdienste, die für das Bad eine große Reklame bilden. Es wären jährlich nicht so viele Tausende von Gästen in Zoppot, wenn die vornehmen Restaurationslokale des Herrn Werminghoff, sowie die in der Vorstadt gelegene reizende Villa „Stolzenfels" ihnen den Aufenthalt nicht angenehm machen würden. Daher ist der Name des Herrn Werminghoff mit Zoppot verwachsen. In diesem Jahre übernimmt er in zehnjähriger Pacht ein neues großes Badehotel. Unzweifelhaft wird er auch hier seine Fähigkeiten als Restaurateur zeigen, von denen nicht nur er, sondern auch die Gemeinde Nutzen ziehen wird. In diesem Jahre kann man auf großen Zuwachs von Gästen rechnen. Mögen auch die polnischen Unternehmer daraus Nutzen ziehen. Von Polen gepachtete Pensionate gibt es unbedingt zu wenig.

Bemerkenswert ist, daß Herr Werminghoff, namentlich in letzter Zeit, gegen seine polnischen Gäste sich sehr unparteiisch zeigte.

Wenn trotzdem Klagen über die Unterdrückung der Polen nicht aufhören, so ist die Schuld auf seiten der politischen Behörden und der Deutschen, welche in jeder unabhängigen Erscheinung des Polentums eine Gefahr für das Deutschtum zu erblicken suchen. Vielleicht wird es in Zukunft anders. Annehmlichkeit bereitet es keinem der Gäste, wenn sich ihnen die Polizei unaufhörlich an die Fersen heftet und die unabhängigen Vergnügungen und Zerstreuungen hemmt.

---

Aus Nr. 28 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 5. März 1910:

## Aus Anlaß der diesjährigen Kolendenbesuche *)

Wir haben uns mit einigen aufgeklärten und schätzenswerten Geistlichen unserer Diözese über die Eindrücke und Erfahrungen unterhalten, die sie gelegentlich der letzten Kolendenbesuche gewonnen haben.

Im allgemeinen bin ich — sagte ein Geistlicher — mit dem, was ich gesehen und gehört habe, zufrieden. Besonders in denjenigen Häusern, wo ich polnische Zeitungen gesehen habe, sind die Leute mehr belesen, sauberer, in der Wohnung herrscht Reinlichkeit und Ordnung, die Kinder sehen gesund aus, rein gewaschen, ordentlich gekleidet, und sie haben uns mit geeigneten Kolendengedichten empfangen.

Und wie steht es mit dem Polentum, mit der nationalen Überzeugung, Herr Pfarrer? fragten wir. — Nicht schlecht, es erwacht der Glaube an die Kraft der Nation, an die **Zukunft**, an unsere Unbesiegbarkeit, aber . . . — Aber was, Herr Pfarrer? — Aber trotzdem fletscht der Einfluß der Germanisierung auf uns seine Zähne. Ich frage ein Kind: wie heißt Du? Berta Schymanski. — Kannst Du Deinen Namen schreiben? — Ja, antwortete das 12jährige Mädchen. — Dann bitte, schreibe ihn auf! — Ich sehe und staune: „Berta Schymanski". Wie, haben wir denn in der polnischen Sprache ein „Sch", bist Du denn ein Knabe, daß Du Szymanski heißt, und nicht Szymanska? — Das wird, bitte Herr Pfarrer, antwortete mir die Mutter, so ausgesprochen, wie es in der Schule gelehrt wird. — Nun gut, möge sie der Lehrer so nennen, aber Sie mußten doch das Kind belehren, daß es Szymanska heißt, daß der Name sich mit „Sz" schreibt und über dem „n" ein Strich kommt. — Ich habe dazu, Herr Pfarrer, keine Zeit, erhalte ich zur Antwort. — Das hat mich interessiert, ich begann aufmerksamer mein Augenmerk darauf zu richten und machte folgende Wahrnehmung: Unsere polnischen Vornamen schwinden immer mehr, es schwinden unsere schönen „Marynie", unsere fröhlichen „Zosie", unsere gefühlvollen „Jozie", die etwas flatterhaften „Wladzie", es schwinden die „Miecie", „Bronie", „Czesie", „Kazie" usw. usw., und an ihrer Stelle schleichen sich immer mehr irgendwelche seltsamen „Berty", „Liny", „Marty", „Friedy", „Huldy" ein, und zwar hauptsächlich in den Städten. Mit den männlichen Vornamen ist es nicht anders. Und dann, meine Herren, diese Zunamen, diese ungeheuerliche Verstümmelung der Zunamen. Die Minister versichern, daß unsere weiblichen Endungen „ska" bei Zunamen berücksichtigt werden sollen, aber es geschieht anders. Ein junges Paar geht zur Ziviltrauung. Es gibt die Zunamen ihrer Mütter mit der Endung „ski" an, die einen tuen es aus Leichtsinn, die anderen aus falscher Scham. Aber auch vor mir, vor dem Geistlichen, von dem sie wissen, daß er Pole ist, handeln sie öfter ebenso. Die Beamten bedienen sich außerdem auch noch anderer Mittel. Kommt ein Brautpaar zu ihnen, und gibt die Braut ihren Namen und den der Mutter mit der Endung „ska" an, dann schreibt der Beamte ruhig das Protokoll, gibt es aber dem Brautpaar nicht zum Durchlesen, sondern nur zur Unterzeichnung. Sie unterschreiben, ohne zu wissen, daß „Wadzynska" in „Wadzynski" abgeändert worden ist. Das Herz schmerzt einem, wenn man sieht, wie das nationale Selbstbewußtsein anscheinend erwacht, wie sich das polnische Empfinden verbreitet, und wir trotzdem selbst Hand anlegen an der Germanisierung unserer Familien durch unsere Gleichgültigkeit, Ratlosigkeit, Bequemlichkeit und durch unseren Leichtsinn.

Die Ansicht dieses Geistlichen bestätigt der Brief eines anderen Geistlichen. Er schreibt uns:

Geehrte Redaktion!

Ich weiß, daß die geehrte Redaktion Wahrnehmungen und Erfahrungen, die von den Geistlichen bei den alljährlichen Kolendenbesuchen gemacht werden, gern entgegennimmt, und deshalb habe ich mich entschlossen, einige Zeilen an die geehrte Redaktion zu richten.

Vor allen Dingen muß anerkennend hervorgehoben werden, daß während der Kolendenzeit im Przyjaciel Dziatwy *) Gedichte veröffentlicht werden, mit denen die Kinder die Geistlichen begrüßen sollen. In den heutigen Zeiten, wo die Achtung vor der Geistlichkeit im Volke immer mehr schwindet, muß ihre Verbreitung auf diese Art mit Freuden begrüßt werden. Außerdem werden die Kinder, wenn sie polnische Gedichte lernen, ihre Muttersprache mehr achten lernen, zu der die Anhänglichkeit auch immer mehr schwindet. Hierfür als Beweis:

*) Das sind Besuche, welche von den Geistlichen um die Weihnachtszeit bei den Parochianen zur Einsegnung der Wohnung gemacht werden. — Die Red. d. Ges.-Üb.

*) Wochenbeilage der Gazeta Grudziondzka. — Die Red. d. Ges.-Üb.

Ich komme zu einer Familie, wo ich sehr herzlich begrüßt werde. Mit dem Finger im Munde steht in der Ecke ein 10jähriges Mädchen. Kannst Du beten, frage ich? — Ich kann! — Na, dann bete! „Im Namen des Vaters und des Sohnes . . .“ beginnt sie. — Was? Kannst Du nicht polnisch beten, frage ich? — Ich kann, bitte Herr Pfarrer, wir erlauben ihr jetzt nur deutsch zu beten (sagen die Eltern), damit es ihr in der Schule leichter sei. — O sündige Unvernunft, o unverzeihlicher Leichtsinn! Jetzt begreife ich erst, weshalb sich bei uns die Jugend in diesem Maße verdeutscht. Nicht wahr ist es, daß uns die Schule so empfindliche Schäden zufügt, nicht wahr ist es, daß die Schule verdeutscht, nein, die polnischen Eltern selbst verdeutschen ihre Kinder, indem sie nicht darauf achten, daß die Kinder zu ihnen nur polnisch sprechen und mit dem Deutschtum nicht in Berührung kommen, und daß sie sich durch den Leichtsinn der Eltern nicht beizeiten an das Deutschtum gewöhnen.

Ein derartiger Leichtsinn der Eltern, eine solche Nachsicht einem deutsch sprechenden Kinde gegenüber zieht dann diese schrecklichen Folgen nach sich. Manche Kinder können nur noch polnisch beten, andere sprechen noch polnisch, aber sie schämen sich die polnische Sprache öffentlich zu gebrauchen, und manche Kinder haben ihre Muttersprache überhaupt schon vergessen, und später — später erfolgt die eheliche Verbindung mit Andersgläubigen, der Abfall vom katholischen Glauben und Vergrößerung der Reihen unserer Feinde.

Ich kenne Eltern, die diese ihre Nachgiebigkeit verfluchen, denn ihre Kinder können sich weder mit ihnen unterhalten, noch schriftlich mit ihnen verständigen, denn polnisch sprechen haben sie vergessen, und polnisch schreiben hat sie niemand gelehrt.

Also solche traurigen Erfahrungen habe ich gelegentlich der diesjährigen Kolendenbesuche gemacht, und ich habe die feste Überzeugung gewonnen, daß nicht die Schule, nicht die Regierung, und nicht die Behörden, sondern wir uns selbst verdeutschen, weil wir unseren Kindern und unserer Jugend gestatten, sich zu verdeutschen.

Vielleicht macht die geehrte Redaktion von diesen losen Betrachtungen Gebrauch und bespricht sie eingehend in ihrem geschätzten Blatte usw.

Solcher Briefe haben wir mehr erhalten. Indem wir uns aber nur auf unsere Fehler stützen, die oben angeführt sind, rufen wir:

Eltern, sorget für eine polnische Erziehung eurer Kinder! Eltern, flößet euren Kindern das Polentum ein!

Eltern, verdeutscht nicht selbst eure Familien durch Nachsicht, Leichtsinn und Bequemlichkeit, durch die Erziehung eurer Kinder!

---

Aus Nr. 29 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein) vom 8. März 1910:

## Die Fabrizierung von Statistiken zum Zwecke der Germanisierung durch die Kirche.

Die Verdeutschung des polnischen Volkes in Ermland ist, wie bekannt, eines der Hauptziele der ermländischen Zentrumsmänner. Dieses Ziel hatten sie sich schon damals gesteckt, als hier zum ersten Male ein schärferer polnischer Wind geweht hatte, also von der Gründung der Gazeta Olsztynska an, und zu diesem gesteckten Ziel strebten sie während der ganzen Jahre unaufhaltsam. Einmal laut und offen, das andere Mal wiederum ruhig und verborgen ersäufen sie durch verschiedene Mittel und Einflüsse, die sie auf das Volk haben, den Rest des polnischen Geistes und der Anhänglichkeit zur polnischen Nationalität im polnischen ermländischen Volke. Die Mittel, deren sie sich dazu bedienen, sind verschiedener Art, und zu den hauptsächlichsten gehören die verschiedenartigsten „ferainy“, in welche das Volk und besonders die polnischen Arbeiter unter den verschiedensten Vorwänden und Versprechungen hineingezogen werden. In diesen Vereinen werden die Polen nämlich gar nicht berücksichtigt. Alle Vorträge und Verhandlungen finden in deutscher Sprache statt, es werden nur deutsche „lidry“ gesungen, und man kann dreist sagen, daß ein Pole, der längere Zeit diesen Vereinen angehört, gleichgültig wird und schließlich dem Polentum verloren geht — und das ist eins der Hauptziele dieser Vereine. Daß dem so ist, beweist namentlich auch, daß sogar die Regierung diese Vereine hin und wieder mit einer entsprechenden Summe zum Ankauf deutscher Bücher, gewissermaßen zur Belohnung für die Unterstützung des Deutschtums, bedenkt.

Wenn schon diese dem polnischen Volk gestellten Fallstricke gefährlich sind, und man gut aufpassen muß, daß man nicht hinein verfällt, so ist ein viel gefährlicheres und schlimmeres Mittel die Verdeutschung des polnischen Volkes durch die Kirche. Und uns allen ist doch bekannt, daß das Polentum und das polnische Volk gerade in den Kreisen der Zentrumsgeistlichen viele hartnäckige Feinde haben. Es gibt nur wenige Geistliche in Polnisch-Ermland, welche die Kinder gern in polnischer Sprache zu den heiligen Sakramenten vorbereiten, polnische Predigten halten usw. Und wenn sie es tun, dann nur deshalb, weil die gegenwärtigen Verhältnisse ein anderes Vorgehen nicht gestatten, denn entweder bilden die Polen in der Parochie die Mehrzahl, oder es liegen andere Gründe vor. Am liebsten möchten sie die polnische Sprache gänzlich aus der Kirche herauswerfen.

Das polnische Volk klagt bei jeder Gelegenheit bitter darüber, es klagt über den Mangel an Gleichberechtigung, doch mit Rücksicht auf die Person des Geistlichen verschließt es den Schmerz im Herzen und schweigt. Auch uns ist es sehr unangenehm, ähnliche Sachen in der Zeitung zur Sprache zu bringen. Wir verwahren uns aber dagegen, als wenn wir die Absicht hätten, die Priesterwürde anzugreifen und zu beleidigen, denn das, was wir hier schreiben, erfährt man nicht nur aus den Spalten der Gazeta Olsztynska, sondern das kann man tagtäglich aus dem Munde des polnisch-ermländischen Volkes erfahren.

Zur Niederschrift der obigen Betrachtungen hat uns namentlich eine Mitteilung unseres Korrespondenten aus der Szonbrucker Parochie bewogen. Jener Korrespondent macht uns Mitteilung von einem neuen Germanisierungsmittel, von der Fabrizierung von Statistiken. In der gegenwärtigen Osterzeit fragt nämlich angeblich der dortige Propst bei der Verteilung der Beichtzettel jeden, ob er Pole oder Deutscher ist. Sobald jemand erklärt, daß er Pole sei, dann fragt ihn der Propst, ob er gar nicht deutsch könne; darauf erwidern natürlich die meisten Leute, daß sie etwas deutsch können oder verstehen. Auf Grund dieser Erklärung stellt nun der Herr Propst fest, daß jener Parochiane ein Deutscher ist und trägt ihn in das Verzeichnis als Deutschen ein. Die Kinder werden angeblich alle als Deutsche eingetragen, denn da sie zur Schule gehen, verstehen sie deutsch, obwohl sie Polen sind, obwohl sie polnische Eltern haben und zu Hause polnisch sprechen. Jenes Ausfragen und Eintragen hat angeblich den Zweck, daß der Herr Propst eine „Statistik“ aufstellen will, die beweisen soll, daß es in der Szonbrucker Parochie viel mehr Deutsche als Polen gibt, und daß deshalb in Zukunft in der Kirche zu Szonbruck weniger polnische Gesänge, Andachten und Predigten statt-

finden müssen, aber desto mehr deutsche. Die auf diese Weise fabrizierte „Statistik" soll dann der Herr Bischof erhalten, der auf Grund dieser Statistik mehr deutsche Andachten anordnen wird.

So wie der Propst in Szonbruck gehen jedenfalls auch andere ermländische Geistliche vor, obwohl wir bisher keine Kenntnis davon erhalten haben. Deshalb ist es auch kein Wunder, daß nach der auf diese Weise fabrizierten „Statistik" die Zahl der Polen in den polnischen Parochien immer geringer wird, obwohl sich in Wirklichkeit die Sache anders verhält. Dann kann man sich über die vorgesetzte kirchliche Behörde nicht wundern, wenn sie eine Anordnung zum Schaden der polnischen Parochianen erläßt, denn die Statistiken der Ortsgeistlichen werden maßgebend sein.

Darum müssen auch die Parochianen gegen eine derartige Fabrizierung von Statistiken ganz entschieden protestieren. Ist es denn berechtigt und gerechtfertigt, jeden als Deutschen einzutragen, der deutsch versteht oder etwas deutsch spricht? Darnach müßte es heute überhaupt keine Polen mehr geben, denn da wir in einem deutschen Staate leben, versteht und spricht fast jeder Pole etwas deutsch, aber deshalb ist er noch lange kein Deutscher.

Das Vorgehen des Propstes in Szombruck gibt also wieder einen Anlaß zu einer ununterbrochenen Germanisierung der ermländischen Polen durch die Zentrumsmänner. Darum müssen wir um so mehr auf uns achten. Bei jeder Gelegenheit müssen wir bekennen, daß wir Polen sind. Sorget dafür, liebe Landsleute! Wenn euch daran liegt, daß ihr auch in Zukunft in der Kirche eure polnische Muttersprache frei gebrauchen sowie polnische Andachten und Gesänge hören könnt, dann gestattet es nicht, daß man euch in die „Statistik" als Deutsche einträgt, denn wenn ihr stillschweigend alle Verfolgungen und Bedrückungen ertragen werdet, dann könnte es wirklich dahin kommen, daß die Geistlichen und der Bischof anerkennen werden, daß es in Ermland keine Polen mehr gibt, dann werden also die polnischen Andachten und Predigten überflüssig sein. Das Ziel der Zentrumsmänner würde erreicht sein, und alle Klagen und Bitten würden dann ohne Erfolg bleiben!

Wachen wir und verteidigen wir uns, solange es noch Zeit ist.

## Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 54 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 8. März 1910:

### Die Generalversammlung der Volksbank in Beuthen

fand Donnerstag nachmittag im Banklokal, Tarnowitzer Straße Nr. 4 statt. Auf Wunsch der Mitglieder führte Herr Dr. Hanke den Vorsitz und Herr Eckart das Protokoll. Die Konten und die Bilanz für das Jahr 1909 legte Herr Dr. Skowronski vor und erläuterte sie ausführlich und erschöpfend. Der Kassenbericht, die Rechnungen und die Bilanz für das Jahr 1909 waren, wie der Vorsitzende erklärte, im Banklokale seit der Bekanntmachung der Generalversammlung ausgelegt. Wie aus dem Bericht erhellt, entwickelt sich die Bank sehr günstig, weil ihr die Volksgesamtheit immer größeres Vertrauen schenkt. Der Umsatz erreichte im verflossenen Jahre schon beinahe 16 Millionen Mark, und die Konten schließen für das Jahr 1909 mit einem Saldo in Höhe von über 9 Millionen Mark ab. Das sind sehr ansehnliche Summen, die von einer Entwickelung zeugen, über die sich die Volksgesamtheit freuen muß. An den Wechseln hatte die Bank einen Zinsengewinn von 401 568 ℳ 75 Pfg., wobei hervorzuheben ist, daß die Bank 3 Millionen Mark zu 5 % auf Hypotheken verliehen hat, so billig, wie keine fremde Bank. Man sieht, daß die Volksbank ihren Mitdliedern aufrichtig helfen will. Natürlich kann sie niemandem etwas schenken, denn sie arbeitet mit dem Gelde, mit den Ersparnissen von Leuten, die ihr Vertrauen schenken. Das muß jeder verstehen, und er darf keine unerfüllbaren Wünsche äußern, noch jemhls gegen die Bank Groll hegen. Der Gewinn, über welchen die Generalversammlung verfügt hat, betrug 72 236,85 ℳ. Die Generalversammlung bestimmte von dieser Summe 32 534,90 ℳ als Abschreibung für diesjährige Zinsen, die jedoch schon im verflossenen Jahre beza'lt worden sind. Die Dividende soll 7 % betragen; so beschloß die Mehrheit der Anwesenden, 29 gegen 21 Stimmen; die Minderheit forderte 8 %. Auf die Dividende entfallen 16 390,50 ℳ. Dem früheren (gegenwärtig kranken) Direktor Szaflik wurden 2400 ℳ Jahres-Invalidenrente zuerkannt.

Weiter wurden der Wertpapier-Reserve 1500 ℳ, dem Pensionsfonds (Invalidenrente für Beamte) 10 400,90 ℳ, der gesetzlich vorgeschriebenen Reserve 5010,55 ℳ und der Spezialreserve 4000 ℳ überwiesen. Für das Jahr 1909 betrugen: die Zahl der Mitglieder 1345, die von diesen eingezahlten Geschäftsanteile 278 411,05 ℳ, der Reservefonds 173 511,75 ℳ, die Spezialreserve 187 377,60 ℳ, die Immobilien-Reserve 11 404,60 ℳ, der Pensionsfonds 25 599 ℳ. Dem Vorstand und dem Aufsichtsrat erteilte die Generalversammlung Entlastung. Ferner beschloß die Generalversammlung, daß ein Mitglied höchstens 100 000 ℳ leihen darf, daß die Bank Spareinlagen bis zu 12 Millionen Mark annehmen und in anderen Banken Darlehen bis zu 1 Million Mark aufnehmen darf. Herr Rechtsanwalt Czapla erstattete Bericht über die von dem Gerichtsrevisor vom 13. bis 15. Oktober v. J. vorgenommene Revision. Der Gerichtsrevisor fand in den Büchern und Konten alles in Ordnung vor. In den Aufsichtsrat wurden durch Akklamation wiedergewählt: die drei Gründer der Bank Napieralski, Stenslicki und Lukas Pogorzalek auf 3 Jahre, Josef Gallus aus Roßberg auf ein Jahr an Stelle des Jakob Kolodziej, der das Amt niedergelegt hat, weil er aus Beuthen verzogen ist. Nach Besprechung einiger geringfügiger Angelegenheiten wurde die Generalversammlung geschlossen. Glück auf der Volksbank!

Aus Nr. 26 der Nowiny Raciborski (Ratibor) vom 1. März 1910:

### Polnische Volksbank in Ratibor.

Die Generalversammlung der Volksbank in Ratibor fand Samstag abend unter Beteiligung von 27 Mitgliedern statt. Aus dem vorgelegten Bericht erfahren wir folgendes: Durch Tod, Austritt oder Ausschließung kamen 140 Mitglieder in Abgang, 185 kamen hinzu so daß die Bank am Ende des Jahres 1332 Mitglieder zählte. Die Spareinlagen betrugen 2 893 574,30 ℳ oder 490 000 ℳ mehr als im Vorjahre. Der der Generalversammlung zur Verfügung gestellte Reingewinn betrug 21 899,05 ℳ, wovon etwa 1900 ℳ dem Reservefonds zugeschrieben wurden. Dieser wird einschließlich der Spezialreserve ungefähr 94 000 ℳ betragen.

An Darlehen wurden im verflossenen Jahre 2 600 582,40 ℳ gewährt. Die Generalversammlung nahm die Bilanz und den Bericht zur Kenntnis und beschloß eine Dividende von 6 %. Weiter beschloß die Generalversammlung die Änderung einiger Para-

graphen in den Satzungen, unter anderem die Vermehrung des Aufsichtsrates um 2 Mitglieder. Mit Stimmenmehrheit wurden gewählt die Herren Affa aus Ratibor und Kolebacz aus Loslau. Wir bemerken, daß die Volksbank in Ratibor vom 1. April d. J. ab eine Filiale in Loslau zu errichten gewillt ist.

---

Aus Nr. 55 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 9. März 1910:

**Polnische Volksbank in Königshütte.**

Die Generalversammlung der Volksbank fand Sonntag, den 6. März, im Banklokal statt. Erschienen waren 30 Mitglieder. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats Dr. Urbanowicz führte den Vorsitz, Herr Szukal führte das Protokoll. Über die Revision des gerichtlichen Revisors Herrn Bömer aus Berlin erstatteten Herr Mateja, der Vorsitzende und Herr Dr. Krzyzankiewicz Bericht. Der Revisor hatte alles in Ordnung vorgefunden. Die Konten und die Bilanz für das Jahr 1909 erläuterte Herr Szukalski im Namen des Vorstands. Die im Jahre 1901 gegründete Bank hatte anfangs viele Sorgen. Im Jahre 1904 trat eine Wendung zum Besseren ein, denn damals wies sie den ersten Reingewinn auf. Der Umsatz im Jahre 1909 überstieg schon 2 Millionen. Die Spareinlagen betrugen Ende 1909 nahezu 800 000 Mark, von denen 770 000 Mark auf Wechsel verliehen waren. Herausgewirtschaftet wurde ein Reingewinn von 10 418,83 Mark zur Verfügung und Verteilung durch die Generalversammlung, welche die Bilanz angenommen und dem Vorstand sowie dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt hat. Alsdann beschloß die Generalversammlung eine Dividende von 6 %, was 1510,80 Mark ausmacht; der übrige Gewinn von 8908,03 Mark wurde dem Reservefonds überwiesen. In den Aufsichtsrat wurden durch Akklamation gewählt die Herren Dr. Urbanowicz und Dr. Krzyzankiewicz, mittels Stimmzetteln die Herren Bäckermeister Josef Oles, die Kaufleute Paczynski Theophil und Karl Okonski und Töpfermeister Franz Przybyla. Glück auf der Volksbank!

---

Aus Nr. 54 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 8. März 1910:

**Polnische Volksbank in Siemianowitz-Laurahütte.**

In der Generalversammlung der Volksbank in Laurahütte legte der Vorstand die Bilanz, die Konten, die Verteilung des Gewinns und der Verluste vor. Die Bank entwickelt sich langsam. Die Spareinlagen betrugen 825 613,45 Mark, der Reservefonds 15 194,75 Mark. Auf Wechsel wurden 683 068,50 Mark verliehen. In den Aufsichtsrat wurden auf drei Jahre gewählt: Redakteur Dombek aus Beuthen und Dr. Mielencki aus Kattowitz.

---

Aus Nr. 30 des Katolik (Beuthen O.-S.) vom 10. März 1910:

**Bilanz**
**pro 1909 per 31. Dezember 1909.**

| Aktiva | | | Passiva | |
|---|---|---|---|---|
| M | Pf | | M | Pf |
| 500 | — | Geschäftsanteil als Mitglied einer anderen Genossenschaft | | |
| | | Geschäftsanteile | 36 985 | — |
| 96 | 20 | Verauslagte Prozeßkosten | | |
| 770 119 | 57 | Wechselbestand | | |
| 115 132 | 85 | Banken | 55 000 | — |
| 1 380 | 70 | Mobilien | | |
| 10 000 | — | Aktien | | |
| 7 956 | 35 | Kassenbestand | | |
| | | Spareinlagen | 788 350 | 28 |
| | | Reservefonds | 5 538 | 54 |
| | | Spezialreservefonds | 8 893 | 02 |
| | | Gewinn zur Disposition der Generalversammlung | 10 418 | 83 |
| 905 185 | 67 | | 905 185 | 67 |

Mitgliederzahl:

| | |
|---|---|
| Ende 1908 betrug die Mitgliederzahl | 364 |
| Zugang pro 1909 | 92 |
| Summe | 456 |
| Abgang pro 1906 | 31 |
| Mithin Mitgliederzahl 1909 | 425 |

Königshütte (O.-S.), den 1. Januar 1910.

**Bank Ludowy — Volksbank.**
Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.
Szukalski. Maciejewski. Ligoń.

---

Aus Nr. 28 des Katolik (Beuthen O.-S.)
vom 5. März 1910:

**Bilanz**
**für das Jahr 1909.**

| Aktiva M | | | Passiva M |
|---|---|---|---|
| | Geschäftsanteile | | 27 504,25 |
| 575,— | Für Mitglieder ausgelegte Gerichtskosten | | |
| 30 000,— | Aktien | | 7 500,— |
| 683 068,50 | Wechsel | | |
| | Depositen | 801 660,65 | |
| | Zugeschr. Zinsen | 23 952,80 | 825 613,45 |
| | Reservefonds | 14 615,05 | |
| | 4 % hinzu | 579,70 | 15 194,75 |
| 25 191,95 | Banken | | 30 000,— |
| 10 402,85 | Kassenbestand | | |
| 144 400,— | Immobilien | | |
| 500,— | Geschäftsanteile in Banken | | |
| | Hypotheken | | 65 000,— |
| 76 674,15 | Verluste | | |
| 970 812,45 | | | 970 812,45 |

Mitgliederzahl.

| | | |
|---|---|---|
| Vom Jahre 1908 sind auf das Jahr 1909 übergegangen | 234 | Mitglieder |
| Im Jahre 1909 sind hinzugekommen | 40 | „ |
| zusammen | 274 | Mitglieder |
| Im Jahre 1909 sind ausgeschieden | 37 | „ |
| Aufs Jahr 1910 treten über | 237 | Mitglieder |

Siemianowitz, den 28. Februar 1910.

**Bank Ludowy — Volksbank**
Eingetr. Genossenschaft m. u. H.
Josef Dreyza. Fr. Dembinski.

---

Aus Nr. 56 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 10. März 1910:

## Landsleute, hier handelt es sich um euren Geldbeutel!

Noch niemals war das Interesse für die Gemeindewahlen in Oberschlesien so groß wie gegenwärtig. Dies ist ein äußerst erfreuliches Zeichen, welches beweist, daß die vor einigen Jahren ins Werk gesetzte lebhafte nationale Bewegung, nachdem sie sich von dem Zentrumsjoch befreit, viele Freunde gewonnen hat. Unter der glücklichen Herrschaft des dahingeschiedenen Zentrums hatte die polnische Bevölkerung in Schlesien weder im Parlament noch in den Kreis- und Gemeindevertretungen ihre Vertreter, welche die Sache des Volks und der Arbeiter verteidigt hätten. Das Zentrum, die liberalen und hakatistischen Fabrikanten beherrschten die Gemeinde- und Kreisbehörden. Sie schalteten und walteten dann so, daß sie alles genommen hätten, um ihre Taschen vollzustopfen. In den Gemeindevertretungen saßen oft Leute, die weder das Wohl der Allgemeinheit vertraten, noch eine Vorstellung hatten, was für die Gemeinde gut oder schädlich sei, statt dessen willfahrten sie allen Wünschen der Reichen und Hakatisten.

Wir sind entrüstet, daß der Landtag polenfeindliche Gesetze schmiedet, und hier verfahren unsere kurzsichtigen oder selbstsüchtigen Vertreter ganz ähnlich wenn auch vielleicht in mehr unauffälliger und versteckter Weise. Es geschah oft, daß solche Leute das verborgene antipolnische Gift sahen, aber aus verschiedenen persönlichen Rücksichten sich zu Zugeständnissen zu Gunsten des Hakatismus bewegen ließen oder den Drohungen des Landrats nachgaben.

Solche Materialisten und Feiglinge bereiteten unseren Gemeinden, Kreisen und unserer Volksgesamtheit schon verschiedene erhebliche Verluste. Die Ursachen dieser Verluste sind aber nicht nur diese unwürdigen Vertreter, sondern nicht minder auch diejenigen, von denen jene gewählt wurden, und diejenigen, die sich für solche „Kleinigkeiten" nicht interessierten und abhängige, charakterschwache, unfähige Leute oder oft sogar deutsche Lutheraner den Reigen anführen ließen.

Nein, diese Wahlen zu den Gemeinde- und Stadtvertretungen, zu den Kreistagen sind keineswegs solche Kleinigkeiten, wie es manchem scheint. Diese angeblichen Kleinigkeiten sind die Arbeit an den Grundlagen; nur auf diesen Grundlagen kann sich ein gesundes Volksleben entwickeln. Die Gemeindevertretung ist ein kleiner Landtag, der Kreistag ein kleiner Reichstag. Nur wer sich mit Gemeindeangelegenheiten befaßt, kann das staatliche Kollektivleben verstehen.

Aus dem Übergewicht in den Gemeindevertretungen usw. entspringen jedoch auch andere Vorteile, die unserem Geldbeutel zugute kommen können. Die Gemeinden, Städte, Kreise vergeben verschiedene gut bezahlte Arbeiten. Wenn wir nicht mit allen Mitteln dafür sorgen werden, daß wir die Mehrheit erhalten, so werden deutsche Kaufleute, Handwerker, Unternehmer, Arbeiter diese Arbeiten bekommen, wird

polnisches Geld fremde Eindringlinge mästen, während die Polen Brosamen essen oder in die Welt gehen werden, um sich dort durchs Leben zu schlagen und elend zugrunde zu gehen. Sehen wir nicht nur so weit als unsere Nasenspitze reicht, sondern seien wir auf das Wohl unserer Nächsten und auf das Wohl der kommenden Geschlechter bedacht.

Faulenzen wir also nicht, sondern gehen wir, wenn irgend eine Wahl ausgeschrieben ist, zusammen mit den andern und legen wir Zeugnis ab, daß wir auf unsere Rechte bedacht sind und sie gleich den Deutschen zu verteidigen verstehen. Wer von seinen Rechten nicht Gebrauch machen will und kann, ist ihrer überhaupt nicht würdig.

In diesen Tagen werden die Gemeindewahlen in verschiedenen Ortschaften Schlesiens stattfinden. Seid dessen eingedenk, Landsleute, daß ihr nur eure Leute, nicht aber Speichellecker und Feiglinge zu Gemeindevertretern und Schöffen wählen dürft. Hier geht es um euer Fell, um euer Geld, welches ihr für die Gemeinde zahlt. Ihr könnt nicht dulden, daß mit eurem Gelde Geldhascher oder gar Hakatisten wirtschaften.

---

Aus Nr. 52 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 5. März 1910:

## Die Gemeindevertreterwahlen

auf dem Lande finden im März d. J. statt. Den polnischen Wählern raten wir, in jedem Dorfe, namentlich dort, wo sie mit der Gemeindevertretung unzufrieden sind, aus ihrer Mitte ein Wahlkomitee zu wählen. Dies muß dem Kreiswahlkomitee mitgeteilt werden, bei dem man sich auch Rat holen möge. Wir bitten, daran zu denken, daß es sich in den Dörfern des Industriebezirks oft um einen politischen Kampf mit dem Gutsbezirk handeln wird, in welchem der Großindustrielle (Fabrikant) seinen Wohnsitz hat, der die Lasten, z. B. die Ausgaben für Schulen, Arme usw., auf die Gemeinde abwälzen will. Die Steuern müssen gezahlt werden. Sie sind unentbehrlich. Es kommt aber darauf an, daß Steuern diejenigen zahlen, die das meiste haben, daß die Lasten, Steuern usw. gerecht verteilt würden. In vielen Gemeinden werden die polnischen Wähler durch eigene Kraft den Sieg davontragen. Wo dies möglich ist, muß dies geschehen. Das lokale Wahlkomitee entscheidet. Wo wir mit eigener Kraft nicht siegen können, dort muß eine Verständigung mit einer uns wohlwollenden katholischen Partei gesucht werden. Es genügt, in das Komitee 3, 5, 7 Mitglieder — je nach der Größe der Gemeinde — zu wählen. Das Komitee stelle gute, verständige, allgemein geachtete, nüchterne, unerschrockene Kandidaten auf. Vor allem mache man unserem Blatte Mitteilung.

---

Aus Nr. 54 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 8. März 1910:

## Aus Radoschau.

Vor einigen Tagen erließen wir einen Aufruf in Sachen der Gemeindevertreterwahlen und hofften, daß Kochlowitz diejenigen Kandidaten berücksichtigen wird, die wir in unserem Aufruf vorschlugen. Wir täuschten uns indes, denn die beteiligten Bürger aus Kochlowitz lehnten, anstatt sich mit uns zu verbinden und mit uns Hand in Hand zu gehen, unsere Kandidaten ab. Wir Radoschauer taten alles, um eine Verständigung oder ein Kompromiß herbeizuführen. Dazu kam es jedoch nicht, denn Herr Mainka berief alle ihm wohlwollenden Wähler, die fast alle dem Berliner Verband angehören, dessen Mitglieder sogar an Kaisers Geburtstage zum Festessen bei Herrn Kryszj eingeladen waren, wo sie mit den „Herren" viele Schoppen umsonst leerten. Solche Leute können wir in die Gemeindevertretung nicht wählen, denn wir haben kein Vertrauen zu ihnen und keine Gewähr dafür, daß sie unsere Sache nicht verschachern werden. Wir verbleiben bei den Kandidaten der dritten Abteilung, die wir in dem ersten Aufruf aufgestellt haben, und wir bitten alle Wähler, diesen Kandidaten ihre Stimmen zu geben. Was die zweite Abteilung anlangt, so werden wir uns in dieser Angelegenheit noch mit den Kochlowitzern verständigen, und wir bitten die Wähler, sich nach dem Aufruf zu richten, den wir bald verbreiten werden.

Die Wähler aus Radoschau.

---

Aus Nr. 54 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 8. März 1910.

## Aus Knurow im Kreise Rybnik.

Ich muß auch berichten, wie es bei uns zugeht. Die Hakatisten sagen gewöhnlich: „Wir armen Deutschen! Die Polen bedrücken uns, sogar ihre Kinder machen uns so viel zu schaffen, und was soll man erst von den großpolnischen Agitatoren sagen? So pflegen die Hakatisten zu klagen, aber wir alle wissen, was man davon denken soll. Nicht das polnische Volk peinigt die Deutschen, sondern umgekehrt. Wir haben hier einen sehr braven Pfarrer; er ist ein Hirt aus ganzer Seele. So bringt ihm denn auch das Volk Vertrauen und Liebe entgegen, und wir wenden uns, handle es sich um einen Rat oder um irgend eine Bedrängnis, an ihn, auf daß er uns einen Rat erteile, und er erteilt uns auch stets gesunde und wohlwollende Ratschläge. Schon unsere Kinder haben in ihm einen Beschützer und Lehrer. Darum senden wir Gebete zu Gott empor, daß er ihm Kräfte, Gesundheit und Segen verleihen möge. — Indes hat er auch einige Gegner, aber nicht unter unserer Bevölkerung. So haben wir hier einen Lehrer, der sich bei den Kindern erkundigt, welches von ihnen ein polnisches Buch besitze, welches Kind außerhalb der Schule polnisch spreche usw. So klagen sich denn die Kinder gegenseitig an, und daraus lernen sie nichts gutes. — Am Mittwoch gingen hier die Kinder vom Katechismusunterricht nach Hause. Jener Lehrer aber hatte erfahren, daß unser hochwürdiger Herr Pfarrer die Kinder manche Glaubenssätze polnisch abschreiben läßt, damit sie sich die Glaubenswahrheiten besser merken. Dies ist eine sehr gute Lehrmethode, denn nach den Grundsätzen des Unterrichts heißt es, daß einmal etwas abschreiben so viel bedeute, als sieben mal dasselbe durchlesen. — Die Redaktion.) Der Herr Lehrer begab sich nun auf die Straße, hielt die Kinder an und nahm den Furchtsameren die Zettel weg, und manche Kinder sagen, er habe die Zettel mit den Abschriften zerrissen. Wir wundern uns, mit welchem Recht der Lehrer unseren Kindern ihr privates Eigentum auf offener Straße wegnehmen darf. — Am folgenden Freitag ärgerte sich dieser Lehrer wieder sehr darüber, daß die Leute vom hochwürdigen Herrn Pfarrer Obstbäumchen kaufen. (Unser Herr Pfarrer hat eine Baumschule, in welcher vorzügliche Obstbäumchen herangezogen werden.) Er sagte den Kindern, sie sollten zu Hause sagen, wo die Eltern kaufen sollten. Aber möge sich dieser Lehrer keine so große Mühe geben, denn sie ist vergeblich; wir, die Gesamtheit des Volks, brauchen seine Ratschläge gar nicht. Unserem Herrn Pfarrer aber werden wir stets das

größte Vertrauen und die tiefste Hochachtung entgegenbringen, denn er ist ein wahrer Priester Gottes, ein wahrer Freund des Volks und der Gerechtigkeit.

K. N.

---

Aus Nr. 55 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 9. März 1910:

### Der Hakatismus eines Lehrers.

Bielschowitz.

Als Sonnabend nachmittag die Kinder aus dem Kommunionunterricht nach Hause gingen, hielt sie der Lehrer auf offener Straße in der Weise an, daß er ihre Katechismen kontrollierte. Gerade in dem Augenblick, als ich bei ihm vorbeiging, nahm er einem Mädchen den Katechismus weg, er gab ihn aber dem Mädchen schleunigst wieder zurück, weil der Katechismus polnisch war, und überschüttete das Kind mit verschiedenen Schmähungen, weil es den polnischen Katechismusunterricht besucht, obgleich es auf deutscher Erde lebt. Eine solche Handlungsweise eines Lehrers ist aufs schärfste zu verurteilen, denn sie gibt der Jugend ein schlechtes Beispiel und erregt unter den Leuten Ärgernis. Es wäre gut, wenn die Eltern dieses Mädchens gegen den Lehrer bei der vorgesetzten Behörde Beschwerde führen würden, damit ihn diese belehre, daß Kinder auf der Straße nicht angehalten und geschmäht werden dürfen.

---

Aus Nr. 50 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 3. März 1910:

### Aus Schomberg.

Liebe Brüder Arbeiter! Wir haben hier eine Filiale der „Polnischen Berufsvereinigung" gegründet, aber das mißfällt sehr dem hiesigen Herrn Amtsvorsteher und dem Gendarmen. Dieser Gendarm geht im Dorfe umher und fragt die Leute aus, wer Mitglied der Polnischen Berufsvereinigung sei, wobei er sie damit zu schrecken sucht, der Amtsvorsteher und der Herr Pfarrer würden die Mitglieder der Berufsvereinigung bei der hiesigen Grubenverwaltung anzeigen, damit sie die schlechtesten Nummern erhalten und ihnen die Möglichkeit genommen werde, etwas besser zu verdienen. Am meisten schmerzt uns die Haltung unseres Herrn Pfarrers unserer polnischen Arbeiterorganisation gegenüber, und die Parochianen sind darob auch mit Recht entrüstet. (Die Worte unseres Korrespondenten betreffend unseren Herrn Pfarrer geben wir unter Vorbehalt wieder, denn wir können kaum glauben, daß der Herr Pfarrer in dieser Weise eine polnische und katholische Organisation bekämpft, obgleich es möglich ist, daß der Herr Pfarrer dieser Organisation abhold ist. — Die Red.) An euch, Brüder Arbeiter, richte ich die Warnung: Laßt euch durch keine Drohungen einschüchtern, denn die Arbeitersache wird nie auf bessere Bahnen gelangen, wenn sich die Arbeiter aus Furcht vor den Arbeitgebern oder vor der Polizei nicht organisieren und ihre ihnen zukommenden Rechte nicht geltend machen werden. Tretet unserer „Polnischen Berufsvereinigung" desto zahlreicher bei, das wird die beste Antwort für unsere Verfolger sein.

---

Aus Nr. 56 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 10. März 1910:

### Aus Schomberg.

Die geehrte Redaktion hat in der im Kurjer Slonski vom 3. März veröffentlichten Zuschrift mit Recht Zweifel ausgedrückt, daß sich unser hochwürdiger Herr Pfarrer der Polnischen Berufsvereinigung gegenüber feindlich verhalten haben soll, denn unser Herr Pfarrer ist uns wohlgesinnt und genießt unter uns in der ganzen Parochie unsere Wertschätzung. Dies zeigte sich am besten damals, als der Gendarm bei dem Herrn Pfarrer war, um ihn gegen uns zu beeinflussen. Damals erhielt er vom Herrn Pfarrer die Antwort, daß wir gute Katholiken seien. Darin aber, daß der Gendarm von Haus zu Haus gegangen und ausgefragt haben soll, wer Mitglied der Polnischen Berufsvereinigung sei, übertreibt der Korrespondent ein wenig, denn wahr ist nur, daß der Gendarm bei einem unserer Mitglieder gewesen ist und von ihm das Vereinssiegel gefordert hat. Das Mitglied aber gab ihm das Siegel ohne Widerstand heraus, sodaß sich der Gendarm sofort entfernen mußte. — Ich fordere euch, geehrte Kameraden der P. B. V. noch auf, euer schwer verdientes Geld nicht zu den Gastwirten zu tragen, denn ihr seht selbst, ein wie kleines Lokal wir für unsere Sitzungen haben, weil sich die Gastwirte weigern, uns ihre Säle zur Verfügung zu stellen. Wenn wir alle so handeln werden, werden wir es bald erleben, daß sich die Gastwirte, wenn sie ihre Schankstätten leer sehen werden, selbst demütig an uns wenden und uns ihre Säle zu Versammlungszwecken überlassen werden. Agitieren wir auch kräftig für unsere P. B. V., welche unsere einzige gute Organisation ist, die eine Verbesserung des Daseins der Arbeiter anstrebt.

---

Aus Nr. 26 des Nowiny Raciborskie (Ratibor) vom 1. März 1910:

### Preußische Freiheit.

Der hiesige Frauenverein wollte gestern eine Lichtbildervorstellung des Leidens des Herrn veranstalten. Man wäre geneigt zu glauben, daß Christus im preußischen Staate als Revolutionär gelte, weil kein Lokal zu der Vorstellung zu erlangen war, obgleich der Wirt vorher seine Zustimmung dazu gegeben hatte. Die Polizei soll ihm erklärt haben, daß er, wenn er polnische Vereine bei sich aufnehmen werde, die Genehmigung zum Ausschank nur bis um 12 und nicht bis 2 Uhr erhalten werde. So sieht die Bürgerfreiheit in dem preußischen Verfassungsstaate aus.

---

Aus Nr. 29 der Gazeta Opolska (Oppeln) vom 10. März 1910:

### Aus Oppeln.

In der gegenwärtigen Zeit kommen wieder, wie in anderen Jahren, große Scharen junger Leute vom Lande nach Oppeln zur Gestellung. Und wieder konnte man viele betrunkene und lärmende junge Leute auf den Straßen sehen. Freilich gibt es auch solche, die sich ruhig und anständig betragen und nach Hause gehen, wie es gut erzogenen und sich achtenden Jünglingen geziemt. Ein großer Teil der Vaterlandsverteidiger-Kandidaten aber macht einen schlimmeren Eindruck als wilde Tiere, denn sie betrinken sich wie nicht von Gott erschaffene Geschöpfe, was die Tiere nicht tun, und rufen Raufereien und Lärmszenen der schlimmsten Art

hervor. Als einen dieser betrunkenen „Helden" ein Bürger ermahnte, doch zu bedenken, daß die Deutschen und Juden über die so unwürdig sich betragenden Söhne des polnischen Volkes nur lachen, erwiderte dieser unerfahrene Dummkopf: „Ach was, heute sind wir frei vom Kaiser und Reich." Was sich dieser „Gelehrte" der neumodischen Schule dabei denken mochte, würde auch ein Philosoph nicht zu erklären imstande sein. Nur soviel ist sicher, daß diese Jünglinge, die heute schreien, daß sie „frei vom Kaiser und Reich" sind, in wenigen Monaten aus einem anderen Loche pfeifen werden, wenn sie der erste beste Unteroffizier in seine Finger bekommen und sie auf nicht allzu sanfte Art belehren wird, was im preußischen Heere Subordination bedeutet. Man kann sagen, daß sich die in diesen Tagen auf den Straßen herumschlagenden polnischen Jünglinge wie ein Nackter zwischen Brennnesseln der kurzen Freiheit erfreuen, angesichts deren die für die Vaterlandsverteidiger nachsichtige Polizei ausnahmsweise die Augen zudrückt und die Ohren verstopft. In Wirklichkeit liegt nämlich gar kein Grund vor, sich über etwas zu freuen, sich zu betrinken und Straßenlärm und Raufereien zu verursachen. Die aufgeklärten polnischen jungen Leute wissen und verstehen dies gut, den Unaufgeklärten und Dummen werden die Augen erst später aufgehen! Es sei noch hinzugefügt, daß man an dem Betragen dieser Jünglinge in der Stadt erkennen kann, was für Eltern sie haben, wie sie von diesen erzogen worden sind, ob sie von ihnen vernachlässigt worden sind oder in sittlicher und anderer Beziehung eine sorgfältige Erziehung genossen haben. Schade, sehr schade ist es um diese polnische Jugend, die weder in der Schule noch im Elternhause etwas Gutes lernt.

## Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 50 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 3. März 1910.

### Der Wahlverein Berlin SO

hielt gestern abends eine Versammlung ab, an der sich Mitglieder sowohl als auch Gäste ziemlich zahlreich beteiligten. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Konatkowski, der die Versammlung eröffnete, sprach über die Bedeutung der Wahlvereine. Sodann verlas Herr Gołębski den Jahresbericht, aus dem u. a. hervorgeht, daß sich der Verein, der gegenwärtig 186 Mitglieder zählt, gut entwickelt. Den Kassenbericht, der überaus kurz war, verlas Herr Paterek. Die Einnahmen betrugen 59,60 Mark; nach Abzug der Ausgaben für Drucksachen usw. verblieben in der Kasse 37,15 Mark. Es wurden auch neue Vertrauensmänner gewählt, wozu sich 17 freiwillig meldeten. In den Vorstand wurden gewählt: Herr Konatkowski, Vorsitzender, Herr Gołębski, Schriftführer und Herr Cieżki, Schatzmeister. Währenddessen betritt den Saal der Abgeordnete Korfanty, der von den Anwesenden mit stürmischem Beifall begrüßt wird. Der Vorsitzende begrüßte den Abgeordneten in einer längeren Ansprache, wonach letzterer das Wort ergriff.

Der geehrte Redner sprach über die Entstehungsgeschichte des Wahlgesetzes in Preußen; er erwähnte die Versprechungen Friedrich Wilhelms III. während der Napoleonischen Kriege und das Erwachen des Bewußtseins unter dem deutschen Volke; es sei dann das Jahr 1848 angebrochen, wo das deutsche Volk in den Straßen von Berlin, Breslau usw. sich die Konstitution und durch diese die Existenzberechtigung für den Reichstag bzw. Landtag erkämpfte.

Sodann sprach der Redner über das von der Regierung ausgearbeitete Projekt zum neuen Wahlgesetz. Er kritisierte die Stellung der verschiedenen Parteien in dieser Frage und stellte fest, die Polen seien für das die bekannten vier Eigenschaften aufweisende Wahlgesetz, ebenso die Freisinnigen und die Sozialdemokraten; die Konservativen wollten indessen davon nichts hören. Eine sonderbare Stellung nahm in dieser Frage das Zentrum ein, welches nach außen hin, gegenüber dem Arbeitervolke, für das gleiche Wahlrecht kämpfe wie die Polen, Sozialdemokraten und Freisinnigen; im Landtag aber sei es dem Zentrum gleich, was daraus werde, weil es durch eine Änderung, gleich welcher Art, nichts gewinne und nichts verliere.

In der Diskussion ergriffen das Wort: die Herren Wittig, Ziętowski, Cieżki, Pawłowski und andere.

Resolution.

Schließlich verliest Herr Ziętowski nachstehende Resolution, welche die Anwesenden einstimmig annehmen:

Die am 1. März d. Js. versammelten ungefähr 300 Mitglieder des Wahlvereins Berlin SO verlangen, die polnische Fraktion soll entschieden und kräftig das die bekannten vier Eigenschaften aufweisende Wahlrecht fordern, welches einzig und allein uns eine entsprechende Vertretung im Landtag sichern kann.

Für die wirksame und eifrige Verteidigung in der Kommission drückten die Versammelten dem geehrten Abgeordneten Herrn W. Korfanty herzlichen Dank und Anerkennung aus.

Indem wir ihm noch für seinen Besuch danken, bitten wir, daß auch andere Mitglieder der polnischen Fraktion des Landtags sowohl als auch des Reichstags sich bemühen, mit den breiten Volksschichten in nähere Berührung zu treten. Nur auf diese Weise können wir Mißverständnisse zwischen den polnischen Fraktionen und ihren Wählern vermeiden.

---

Aus Nr. 53 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 6. März 1910:

### Resolution

des politischen Komitees in Berlin in Sachen des preußischen Landtagswahlrechts.

In der gestrigen Sitzung des politischen Komitees ist nach eingehender Diskussion folgende Resolution angenommen worden:

Das politische Komitee in Berlin, welches infolge des antipolnischen Maulkorbparagraphen in Sachen der gegenwärtig das Abgeordnetenhaus beschäftigenden Reform des preußischen Landtagswahlrechts keine Versammlungen veranstalten kann, erklärt als politischer Vertreter der Polen in der Fremde rechts der Elbe, also im Namen der Polen, die gegenwärtig keine Versammlungen abhalten können, daß es voll und ganz den Standpunkt teilt, den der Vertreter der polnischen Fraktion in der Wahlreformkommission eingenommen hat. Es erklärt sich als Anhänger eines allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts, gegen das die breiten Wählermassen schädigende konservativ-zentrumsparteiliche Kompromiß, und spricht die feste Überzeugung aus, daß auch die ganze polnische Fraktion im preußischen Landtage bei den Plenarberatungen und bei der endgültigen Abstimmung für das geforderte Wahlrecht energisch eintreten und die rückständigen Beschlüsse der ersten sowie zweiten Lesung der Kommission ablehnen wird.

Das politische Komitee bittet auch die polnischen Mitglieder des Herrenhauses, daß sie sich,

wenn das Wahlprojekt diesem Hause vorgelegt werden wird, streng auf den Boden der Beschlüsse der polnischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses stellen, eingedenk des Unrechts, welches das bisherige System des preußischen Landtagswahlrechts der polnischen Bevölkerung zugefügt hat, indem es die Stärke ihrer Stimmen nach einer offenen Erklärung des Regierungsvertreters v. Falkenhayn um 52% beschränkt. Dieses Unrecht wird durch den konservativ-zentrumsparteilichen Kompromißbeschluß nicht im geringsten beseitigt, und deshalb dürfen nach Ansicht des politischen Komitees alle Vertreter der polnischen Bevölkerung sowohl im Abgeordneten- wie im Herrenhause entsprechend dem von unserer Bevölkerung ständig eingenommenen Standpunkt und mit Rücksicht auf die elementaren Interessen dieser Bevölkerung, nur für ein allgemeines, unmittelbares, gleiches und geheimes Wahlrecht zum preußischen Landtage stimmen.

Berlin, den 4. März 1910.

**Das politische Komitee der Polen in der Fremde rechts der Elbe mit dem Sitz in Berlin.**

Fr. Sal. Krysiak, Vorsitzender. Fr. Zalachowski, Schriftführer.

Julius Sokolowski, Kassierer.

---

Aus Nr. 47 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 27. Februar 1910:

Im Anschluß an den Artikel des Kurjer Warszawski über die

**Einweihung des deutschen Theaters in Posen**

(s. Nr. 9 des Ges.-Überbl., S. 275) schreibt der Dziennik Berlinski:

Soviel der Korrespondent des Kurjer Warszawski. Die öffentliche Meinung der schwer geschädigten polnischen Volksgesamtheit hat, namentlich nach dem Enteignungsgesetz, dem Maulkorbparagraphen und den neuen Drohungen des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und des Ministers des Innern von Moltke das Recht zu fordern, daß kein Pole, sei er Kammerherr oder Reserveoffizier, an diesen preußischen Festlichkeiten in Posen teilnimmt, denn was für eine elende Rolle würden sie dort spielen. Sogar die rechtschaffenen Deutschen müßten sie verachten.

---

Aus Nr. 28 des Narodowiec (Herne) vom 5. März 1910:

**Die polnischen Sozialdemokraten im hiesigen Industriebezirk.**

Deutsche Blätter berichten, daß im verflossenen Jahre im rheinisch-westfälischen Industriebezirk fünf neue sozialdemokratische Vereine gegründet worden seien. In Schlesien gebe es 26 polnische sozialdemokratische Vereine. Die polnische sozialdemokratische Bewegung sei besonders in Posen, Hamburg, Wilhelmsburg und Bremen im Wachsen begriffen.

Insoweit es sich um die polnische sozialdemokratische Bewegung im Rheinland und in Westfalen handelt, so zählen die dortigen sozialdemokratischen Vereine nur einige Mitglieder. Die Anhänger nehmen immer mehr ab, wovon am besten die in den Händen der „Polnischen Berufsvereinigung" sich häufenden Quittungsbücher des sozialdemokratischen Verbandes zeugen, die von denjenigen abgegeben werden, welche sich der polnischen Organisation angeschlossen haben.

## Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 29. der Gazeta Robotnicza (Kattowitz) vom 10. März 1910:

**Auf der Jagd nach dem Verdienst.**

Der „Bruder" Kulerski wirft wieder seine Netze aus, um die Zahl seiner „geliebten Brüder" zu vermehren. Im Ruhrtale verbreitet man unter der polnischen Bevölkerung einen Aufruf des „Bruders Kulerski," der gegen den „Wiarus" gerichtet ist, dem, wie es in dem Aufrufe heißt, Gott nur deshalb seinen Segen versagt, weil er mit der Polenfraktion nicht zufrieden ist, die dem armen Volke so große Steuern auferlegt hat. Der „Bruder Kulerski" irrt sich, wenn er behauptet, daß der „Wiarus" die Fraktion wegen der Belastung des Volkes mit Steuern verdammt. Der „Wiarus" hat anfänglich sogar die Steuerpolitik der Fraktion verteidigt und sein Besitzer hat nicht gegen die Steuer gestimmt, sondern er hat sich heimlich aus dem Reichstagssaale gedrückt. Der „Wiarus" würde vielleicht heute noch die Fraktion für die Bewilligung der Steuer loben, wie dies die „Gazeta Grudziondzka" tut, aber die nationalen Arbeiter begannen zu opponieren und der „Wiarus" verlor Anhänger. Er mußte also sein Fähnlein wechseln. Nur diese Gründe bewogen den „Wiarus", gegen die polnische Fraktion aufzutreten, weshalb ihm jetzt „Gott seinen Segen versagt".

Um einige Dumme zu fangen, schreibt der „Bruder Kulerski" in seinem Aufrufe, daß er aus dem Grunde arbeiten und sein Blättchen verbreiten will, um das Volk vor der Germanisierung zu bewahren. Er will Aufklärung verbreiten, um auf diese Weise das Volk vor dem Deutschtum zu behüten. Muß man über einen derartigen Scherz nicht lachen? Grade die „Gazeta Grudziondzka" ist die Pflanzstätte der Dummheit und des Fanatismus. Die Art der Verbreitung der Aufklärung seitens der „Gazeta Grudziondzka" ist ähnlich einem Zauberkreise, aus dem man sich überhaupt nicht mehr herausfinden kann. Grade die „Gazeta Grudziondzka" vernagelt das Gehirn der polnischen Arbeiter.

Und jetzt sehen wir einmal zu, welche Liebe der „Bruder Kulerski" den polnischen Arbeitern entgegenbringt:

„Die Grundlage der Arbeit unseres Herausgebers (Kulerski) — sagt der Aufruf — bildet die innige Liebe zum polnischen Volke, innige Liebe zu seinen Kindern, innige Liebe zur Verteidigung alles dessen, was polnisch ist, innige Liebe für unsere Aufklärungsarbeit (?!), um durch sie das polnische Volk vor dem Untergange, vor der Germanisierung zu bewahren."

Ganz ungeheuer liebt also das Volk der „Bruder Kulerski," der noch vor wenigen Monaten diesem von ihm so geliebten polnischen Volke eine Millionenlast mittelbarer Steuern aufgebürdet hat, das in der Versammlung in Mühlheim erfahren hat, daß er zu der Überzeugung gekommen ist, daß man der germanisatorischen Regierung alles bewilligen muß, was sie will und was sie gebraucht. Und einen solchen politischen Jongleur wird, nach der Ansicht des „Bruders Kulerski", Gott segnen. Wir wissen, was das von Liebe erfüllte Herz des „Bruders Kulerski" erstrebt. Es strebt nur nach eigenem Gewinn. Deshalb auch diese Liebe für die „geliebten Brüder" Arbeiter.

Der „Bruder Kulerski" schreibt noch in seinem Aufrufe, daß sich die „Gazeta Grudziondzka" in jedem Falle den Namen einer anständigen Zeitung verdienen will. Das Revolverblättchen möchte sich zu den anständigen Zeitungen zählen! Sogar die eigenen Partei-

gänger machen sich hierüber lustig. Sämtliche nationalen Zeitungen haben einstimmig erklärt, daß die „Gazeta Grudziondzka" dann, wenn es sich um Drehereien handelt, schon längst ein Patent verdient hat.

## Aus dem Auslande.

Aus Nr. 91 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 24. Februar 1910:

### Den Delegationen zu Nutz und Frommen.

Es ist bekannt, mit welcher Rücksichtslosigkeit sich die preußischen Behörden den polnischen Untertanen Österreichs gegenüber verhalten, die auf Grund von Handelsverträgen auf preußischem Gebiet Beschäftigung suchen. Die dieserhalb in den Delegationen und auch in dem zisleithanischen Staatsrate erhobenen Beschwerden blieben bisher ohne Erfolg. Die Berliner Regierung beruft sich nämlich stets auf ihr Recht der Ausweisung aller Ausländer, deren Aufenthalt in der Monarchie aus irgend welchen Gründen unerwünscht geworden ist, das österreich-ungarische Ministerium des Äußern aber enthält sich jedes energischen Auftretens zum Schutze der geschädigten Untertanen, indem es diese Entschuldigung für genügend erachtet, trotzdem es nicht an zahlreichen Beweisen dafür mangelt, daß sich die preußische Strenge ausschließlich gegen Polen und Tschechen wendet, während sie die Deutschen in Ruhe läßt. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß wir es hier nicht mit dem begründeten Bestreben zu tun haben, Elemente loszuwerden, die in irgend einer Weise gegen die Gesetze verstießen oder aus anderen Gründen lästig wurden, sondern mit dem bösen Willen gegen die Polen aus Österreich. Die Preußen weisen die Polen nicht deshalb aus, weil sie sich in irgend einer Weise vergangen haben, sondern lediglich aus dem Grunde, weil sie Polen sind. Mit anderen Worten, der polnische Untertan Österreichs hat auf dem deutschen Gebiete nicht die gleichen Rechte, was aber noch schlimmer ist, er kann nicht in gleichem Maße auf den Schutz seiner Rechte durch die hierzu berufene Wiener Regierung, wie z. B. die deutschen österreichischen Untertanen, rechnen.

Daß die preußischen Behörden die Polen aus Galizien nicht wegen wirklicher Vergehen, sondern aus bösem Willen und grundsätzlich verfolgen und ausweisen, dafür haben wir den Beweis in Händen.

Dem Friseur W. Pawlowski aus Krotoschin (Großherzogtum Posen) wurde der Vorschlag gemacht, in seinem Geschäfte einen polnischen Knaben aus Lemberg als Lehrling anzunehmen. Da er die Gepflogenheiten der preußischen Behörden kannte, wendete er sich an den Landrat mit der Anfrage, ob die Annahme eines Lehrlings aus dem Auslande gestattet sei, um sich von vornherein zu vergewissern, daß er infolge der Beschäftigung eines Lehrlings aus Lemberg keinen Unannehmlichkeiten ausgesetzt werden würde. Weder ein preußisches noch ein deutsches Gesetz widerspricht der Aufnahme von Lehrlingen aus dem Auslande. Im Gegenteil, aus den Handelsverträgen geht hervor, daß jeder österreichische Untertan zu Erwerbs- oder wissenschaftlichen Zwecken sich frei auf preußischem Gebiete aufhalten kann. Trotzdem antwortete der Krotoschiner Landrat kurz und bündig, daß er die „Annahme eines polnischen Lehrlings aus dem Auslande" nicht gestatten könne.

Die Sache ist geringfügig, aber grundsätzlich. An der Originaleingabe des Pawlowski und der Antwort des Landrats Hahn in Krotoschin haben wir den Beweis dafür, daß in diesem Falle nicht die Rücksichten auf Gesetz und Ordnung oder das Lebensinteresse des Staates, sondern der böse Wille für das Verhalten der preußischen Behörde einem Polen gegenüber, der österreichischer Untertan ist, maßgebend waren. Das Verbot ist typisch und vollständig gesetzwidrig; keinesfalls aber kann es damit begründet werden, daß man sich darauf beruft, der Lehrling sei lästig gewesen, denn da er sich bis jetzt auf deutschem Gebiete nicht hat blicken lassen, hatte er gar nicht die Möglichkeit, in irgend einer Weise mit den Behörden in Konflikt zu geraten. Es ist klar, daß man ihn nur aus dem Grunde nicht nach Preußen hineinließ, weil er ein Pole ist.

---

Aus Nr. 95 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 26. Februar 1910:

### Graf von Aehrenthal in Berlin.

Wien, den 25. Februar.

Der von dem Berliner Wolffschen Bureau veröffentlichte Bericht stellt die Ergebnisse der Beratungen zwischen dem Grafen von Aehrenthal und dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg während des Aufenthalts des ersteren in Berlin zusammen. Er enthält zwei politische, bemerkenswerte Merkmale: zunächst die Feststellung, daß Österreich-Ungarn und Deutschland die Erhaltung des status quo auf dem Balkan anstreben; zweitens, daß sich das Verhältnis Österreich-Ungarns und Deutschlands zu den anderen Staaten günstig entwickelt. Wenn dies der Fall sei — heißt es in dem Bericht — so seien irgendwelche weiteren Verhandlungen mit Petersburg, irgend eine feierliche Vermittelung und eine noch feierlichere Besiegelung durch einen solennen Vertrag nicht nötig. Möge es so bleiben, wie es sei, mögen die Dinge ihren natürlichen Entwickelungsweg gehen, möge sich Rußland damit begnügen, was ihm die Wirklichkeit bringe.

Der Bericht des Wolffschen Bureaus macht den Eindruck, daß Graf von Aehrenthal es verstanden habe, in Berlin, wie man zu sagen pflegt, seinen Mann zu stellen. Schon seit vielen Wochen verbreitete sich das Gerücht, der Berliner Hof betrachte ihn als einen Schädling, der im Interesse Deutschlands beseitigt werden müßte. Die wahren Befürchtungen wurden in Berlin mit dem Argument unterdrückt, daß Graf von Aehrenthal, indem er fortwährend Rußland reize, auch Deutschland das Verhältnis zu dem letzteren erschwere. Hieran ist das persönliche schlechte Verhältnis des Grafen von Aehrenthal zu Iswolski schuld. Ehemals die besten Freunde, die in Rom ohne einander nicht leben konnten, verwandelten sie sich in unversöhnliche Feinde. Vor einigen Wochen brachte „Die Zeit" die Nachricht, daß noch im November v. J. Kaiser Wilhelm II., angeblich im Interesse Österreich-Ungarns, die gleichzeitige Beseitigung des Grafen v. Aehrenthal und des Herrn v. Iswolsky vorgeschlagen habe. Tatsächlich hat seit dem Monat November bis in die letzte Zeit hinein ein Teil der preußischen Presse den Wiener Minister des Äußeren scharf angegriffen. Aus diesen Angriffen konnte man den Ärger herausfühlen, daß sich Graf v. Aehrenthal nicht mit der Rolle eines Sekundanten Deutschlands begnüge, sondern es wage, selbständige Pläne zu schmieden, die darauf hinausgingen, die Habsburgische Monarchie, ohne Rücksicht darauf, ob das den Hohenzollern gefallen werde, zu stärken.

Die deutsch-preußische Presse wiederholte emsig alle russischen Lügen, die darauf berechnet waren, das Ansehen und die Stellung des Grafen v. Aehrenthal zu schädigen. Letzterer hat offenbar alle preußischen

Intrigen besiegt, ist allen Gruben aus dem Wege gegangen und hat alle Minen durch Gegenminen beseitigt. In Berlin hat man sich überzeugt, daß in dem Enkel des großen Getreidespekulanten noch viel von dem Charakter des Großvaters stecke und zwar Starrsinn, Ausdauer, Vorsicht, alles Eigenschaften eines guten Kaufmanns, der weder den Kampf, noch die Feinde fürchtet. Man söhnte sich mit der Tatsache, daß er im Amte verbleibt, aus, man bereitete ihm einen glänzenden Empfang und beendigte die Zwistigkeiten durch ein Kompromiß.

Graf Aehrenthal erklärte sich mit der Veröffentlichung der Garantie für die Erhaltung des „status quo" auf dem Balkan einverstanden. Es ist dies eigentlich kein Zugeständnis. Denn gleichzeitig mit der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina erklärten Kaiser Franz Josef I. in dem Annexionsmanifeste und Graf v. Aehrenthal in den Delegationen mit Nachdruck, daß Österreich-Ungarn an Errungenschaften auf dem Balkan nicht denke, d. h. daß es ein Anhänger des „status quo" sei. Gleichzeitig mußte sich das Berliner Kabinett damit einverstanden erklären, daß die Nachricht stilistisch in äußerst zurückhaltender Weise an den Stellen redigiert werde, die ohne die Nennung Rußlands die russisch-österreichischen Verhältnisse behandeln würden. Es wurde eine Stilform gewählt, dank derer die ganze politische Welt wissen konnte, daß Österreich-Ungarn es weder wolle, noch nötig habe, sich bei Rußland einzuschmeicheln.

Wenn Rußland Österreich-Ungarn fürchte, so sei es seine Pflicht, dem Nachbar Zugeständnisse zu machen und sich zurückhaltend zu verhalten, ohne Prahlerei, die schließlich doch herausfordernd wirkt.

Graf v. Aehrenthal täuscht sich natürlich auch nicht einen Augenblick darüber, daß der Berliner Hof den Gedanken aufgegeben hat, ihm ein Bein zu stellen. Zweifellos wird er vorsichtig sein. Vorläufig hat er in einem für ihn wichtigen Augenblicke den Kampf gewonnen. Er hat die deutsche Diplomatie gezwungen, sich, obwohl recht widerwillig, auf die Seite Österreich-Ungarns zu stellen. Infolgedessen zeigte er dem Petersburger Kabinett, daß der Weg nach Wien nicht über Berlin führe. Dieser Fingerzeig wird die russische Diplomatie ernüchtern und sie von der Täuschung kurieren, daß Rußland im Falle eines Konfliktes mit Österreich-Ungarn erneut auf eine Einmischung Berlins in Wien rechnen könnte. Dies ist, zum großen Nachteil Österreich-Ungarns, einmal im März 1909 geschehen. Jetzt weiß Rußland, daß das Kunststück zum zweiten Male nicht mehr gelingen würde.

Die Reise des Grafen v. Aehrenthal nach Berlin bildet deshalb einen wichtigen Zug auf dem politischen Schachbrett in der Partie, die das Wiener Kabinett seit dem Herbst 1908 spielt. Politische Spiele dauern lange, bis eine der Parteien sagen kann: „Schach dem Könige" und „matt".

---

Aus Nr. 102 der Nowa Reforma (Krakau) vom 4. März 1910:

## Warnungen des Grafen von Posadowsky.

Der frühere Staatssekretär des Innern Graf von Posadowsky brachte in dem neuesten Hefte der Zweiwochenzeitschrift „März" einen längeren Artikel, aus dem hervorgeht, daß ihn die gegenwärtigen Reaktionsorgien in Preußen geradezu beunruhigt haben. Er empfindet es recht gut, daß diese Orgien Deutschlands Einheit bedrohen und es sogar inneren Katastrophen aussetzen.

Der Inhalt des vorerwähnten Artikels sei aus den telegraphischen Nachrichten bekannt, deshalb will die Nowa Reforma hier nur noch folgende Bemerkungen anknüpfen:

„Alle diese Ausführungen des ehemaligen Staatssekretärs des Innern sind trotz ihrer ernsten, gemäßigten Form eine geradezu zerschmetternde Kritik der gegenwärtigen, so übermütigen Junkerreaktion in Preußen. Es ist bemerkenswert, daß dieser hervorragende deutsche Staatsmann, dieser weitschauende Konservative es für angebracht hielt, sowohl seinen Heimatsstaat, als auch seine Parteigenossen vor weiteren Reaktionsgelüsten, vor weiterer Willkühr zu warnen. Er liefert den Beweis dafür, daß die inneren Verhältnisse in Deutschland schon sehr gespannt seien, daß sie einen unangenehmen Nachgeschmack bei allen vernünftigeren Elementen hervorrufen müssen.

Und sie rufen tatsächlich nicht nur eine Mißstimmung, sondern sogar auch eine allgemeine Unzufriedenheit hervor. Dem Beispiele der Sozialdemokratie schloß sich jetzt auch die Stadtdemokratie an und protestiert in Massenversammlungen entschieden gegen das weitere Umsichgreifen der preußischen Junker in der preußischen und deutschen Regierung. Am vergangenen Sonntage ertönten vor den Fenstern des Arbeitszimmers Kaiser Wilhelms im Berliner Schlosse aus der Brust vieler Tausender die Rufe: „Fort mit Bethmann! Es lebe das neue Wahlgesetz."

Die Tragweite dieser Kundgebungen darf nicht überschätzt werden. Es ist jedoch möglich, daß sie die ersten Lichtstrahlen der inneren Wiedergeburt, des guten Willens, sich loszumachen von dem Sumpfe des selbstsüchtigen Chauvinismus, des grenzenlosen Hochmuts, des widerwärtigen Byzantinismus und der antikulturellen Reaktion bilden, in den bereits der zwar geniale, trotz der Genialität aber erbitterte preußische Junker Bismarck das „Volk der Philosophen" hineingestoßen hatte und in dem unter der Regierung seiner nicht genialen Nachfolger, mit Wilhelm II. an der Spitze, Deutschland stecken blieb. Wenn sogar Graf von Posadowsky schon seine Warnungsstimme erhebt, so muß es wahrlich viel Fäulnis in dem Deutschen Reiche geben."

---

Aus Nr. 105 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 4. März 1910:

## Die Arbeiterverhältnisse in Preußen.

Gelegentlich der Verbandsversammlung der katholischen Vereine polnischer Arbeiter, an der sich 64 Geistliche als Patrone und 306 weltliche Delegierte, die 32000 organisierte Arbeiter vertraten, beteiligten, wurde der Vorschlag gemacht, eine besondere Abteilung für Landarbeiter zu gründen und die Satzungen einer Sterbeunterstützungskasse zu entwerfen.

Aufgabe der Landarbeiter-Abteilung wird sein: Zwistigkeiten unter den Arbeitern und Arbeitgebern zu schlichten und für die allgemeine Verbesserung der Arbeiterlage zu sorgen. Ein Koalitionsrecht der Landarbeiter besteht in Deutschland nicht und weder die Regierung, noch die im preußischen Landtage herrschenden konservativen Parteien werden sich sobald mit der Bewilligung dieses Rechtes an die Arbeiter einverstanden erklären.

Angesichts dessen bemüht sich der Vorstand polnischer, unter dem Protektorate der Geistlichkeit stehender Arbeitervereine, die Verhältnisse zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern zu regeln und zwar durch die Gründung einer Anstalt, die, mit dem Landwirtschaftlichen Zentralverein direkt in Verbindung stehend, zur Ausgleichung der Gegensätze beitragen und in Sachen, betreffend das gegenseitige Interesse, vermitteln könnte. Es haben denn auch schon Verhand-

lungen zwischen den Vertretern des Arbeitervereins-Verbandes und denen des Landwirtschaftlichen Zentralvereins mit dem Ergebnis stattgefunden, daß es hinsichtlich der Arbeiterwohnungen zu einer Verständigung gekommen ist. Die Delegiertenversammlung der Arbeitervereine nahm die Erfolge dieses ersten Regelungsversuches der Verhältnisse mit Zufriedenheit zur Kenntnis und nahm einmütig folgende Resolution an:

„Den bisherigen Verhandlungen des Hauptvorstandes mit den ländlichen Arbeitgebern sprechen wir unsere dankbare Anerkennung aus. In der Überzeugung, daß eine weitere Verständigung beiden Seiten zum Vorteil gereichen werde, empfehlen wir dem Vorstande, mangels einer Berufsorganisation ländlicher Arbeiter, die berechtigten Interessen der Arbeiter nach wie vor weiter zu vertreten und zwar nach dem Grundsatze, daß dort, wo es Rechte gibt, es auch Pflichten gibt."

In der letzten Versammlungssitzung wurde beschlossen, für die dem Verbande angehörigen Vereinsmitglieder eine Sterbekasse zu gründen, die an Witwen und Waisen der Arbeiter, im Falle deren Ablebens, eine bescheidene, aber in den Arbeiterverhältnissen sehr erwünschte Unterstützung zahlen wird. Diese Unterstützung wird nach einem Jahre der Zugehörigkeit eines Vereinsmitgliedes zur Kasse 20 Mark betragen und die Höhe von 100 Mark erreichen, wenn das verstorbene Mitglied 40 Jahre lang dem Verein angehörte. Der Monatsbeitrag eines Vereinsmitgliedes beträgt 20 Pf. Die Sterbekasse wird von dem Hauptverbandsvorstande verwaltet.

---

Aus Nr. 31 des Dziennik Związkowy-Zgoda (Chicago) vom 7. Februar 1910:

## Von einem Leser

des Dziennik Zwionzkowy, dem Bürger J. Wieczorek aus Boston, Mass., haben wir einen Brief erhalten, den ihm seine Verwandten aus dem Großherzogtum Posen gesandt haben. In diesem Briefe danken sie ihm für die fortlaufende Übersendung des Dziennik Zwionzkowy. Mit Erlaubnis des Adressaten bringen wir diesen Brief im Wortlaut:

Pianowko, den 12. Dezember 1909.

Geliebter Onkel, teure Tante!

Die Paketchen mit der Zeitung Dziennik Zwionzkowy erhalten wir regelmäßig an jedem Donnerstage. Wir erwarten sie jedesmal mit großer Spannung. Denn wenn wir auch hier unsere Zeitungen halten, so sind sie doch nicht so umfangreich und so belehrend wie die amerikanischen und insbesondere der Dziennik Zwionzkowy, denn wir sind hier nicht so reich, daß wir so große und teure Zeitungen halten könnten.

Ich teile Dir, lieber Onkel, ferner mit, daß nicht wir allein den Dziennik Zwionzkowy lesen, sondern daß ihn auch unsere Landsleute in Pianowko, Gora mit Dembe, Kruszewo, ja sogar in Czarnikau lesen, denn jeden interessiert es, viel über ein so entferntes und reiches Land zu erfahren und etwas zu lernen.

Lieber Onkel und teure Tante! Wir wissen nicht, wie wir Euch für die Übersendung der Zeitungen danken sollen, vergelte es Euch Gott. Vergesset uns aber auch nicht im neuen Jahre und sendet uns auch weiterhin den Dziennik Zwionzkowy.

Euer Euch aufrichtig liebender
M. Szypa."

* * *

Also bringt der Dziennik Zwionzkowy goldene Körner des Wissens, der Freude und der Ermunterung nicht nur den polnischen Auswanderern in Amerika, sondern auch unseren Brüdern und Schwestern im Heimatlande. Es lesen ihn dort nicht Hunderte, sondern Tausende in den drei Anteilen und wir erhalten aus allen Richtungen viele Dankschreiben ähnlichen Inhalts, was für uns Mitarbeiter des Dziennik Zwionzkowy die schönste Belohnung für alle Mühen und Unannehmlichkeiten ist, die wir erdulden müssen. Den vorstehenden Brief haben wir deshalb gebracht, weil der Bürger Wieczorek, der ihn uns übersandt hat, darauf aufmerksam macht, daß unsere Auswanderer diese Zeitung ihren Verwandten und Freunden in Europa zusenden müßten. Hierdurch würden sie ihnen ein großes Vergnügen bereiten, sie würden zur Aufklärung unseres Volkes beitragen und unseren Brüdern im Heimatlande die Möglichkeit gewähren, das Auswanderertum, seine Arbeit und seine kulturellen Errungenschaften näher kennen zu lernen. Und unsere Zeitung, die den nationalen Angelegenheiten ehrlich ergeben ist, die ihrer Volksgesamtheit ehrlich und unparteiisch dient, wird die Angelegenheiten unseres Auswanderertums unseren Landsleuten in Polen am besten darstellen.

---

Aus Nr. 31 des Dziennik Związkowy-Zgoda (Chicago, Ill.) vom 7. Februar 1910:

## Von den Sokols.

An anderer Stelle bringen wir einen begeisterten Aufruf des Bundes der polnischen Turnvereine in Galizien, in welchem die Sokolscharen aufgefordert werden, sich an den Grunwaldfeiern, die in der uralten Hauptstadt Polens, in Krakau, stattfinden werden, zu beteiligen. Der Gautag der geflügelten Schar soll am 16. und 17. Juli d. J. stattfinden und sicher werden sich an den Stufen des Wawel, in welchem die Gebeine so vieler Helden und Ritter ruhen, zahlreiche Scharen des Rittertums der Neuzeit versammeln, auf welches unsere Nation so viele Hoffnungen setzt. Dieser Aufruf an das Sokoltum klingt mächtig wie die Kriegsdrommeten auf den Gefilden von Grunwald vor 500 Jahren, er begeistert und reißt die Seelen mit sich fort, er weist auf die Pflichten hin und . . . befiehlt, unerschütterlich an eine helle Zukunft zu glauben.

Ein Punkt dieses Aufrufes besagt: „Und unsere Armee ist eine andere als vor Jahrhunderten. Ihr Name ist „Nation".

Es sind dies einige einfache Worte, aber wie viel besagen sie und wie viele tiefen Gedanken enthalten sie. Nach diesen wenigen Worten soll die ganze Nation die Armee sein, die für ihre heiligsten Rechte kämpft, nicht die privilegierten Kasten oder einzelne Personen. Die Nation soll zu einem gewaltigen Körper zusammenfließen, belebt von einem Geiste, einem Gedanken, und sie soll vorwärts gehen, dem Siege entgegen.

Unsere Volksgesamtheit, die seit mehr als hundert Jahren durch die deutsche und moskowitische Schule rechtlos gemacht ist, die in den Tagen der Niederlagen und des Mißerfolges in grenzenlose Verzweiflung geraten ist, beginnt zu erwachen, Kraft zu schöpfen, beginnt im Geiste wieder aufzuleben. Solche Aufrufe, solche mächtig erklingenden Signale zum Erwachen kann nur eine Nation erschallen lassen, die noch nicht an sich zweifelt, die an die eigene Kraft glaubt, weil sie sie in sich fühlt und früher oder später des Sieges gewiß ist.

Es kommt die Grunwaldzeit und nach ihr die völlige Wiedergeburt der Nation, die mächtiger als vor hundert Jahren vor der Welt dastehen und mit mächtiger Stimme rufen wird:

„Ich lebe! Ich bin da und werde nicht aufhören, mein Recht zu verlangen, so lange noch eins meiner Glieder leben wird."

Verbündete haben wir nicht, denn eine arme und bedrückte Nation hat niemals solche gehabt und wird auch niemals solche besitzen. Aber wir gebrauchen übrigens auch keine Verbündeten, weil wir selbst eine mächtige Macht bilden. Arbeiten wir nur an uns selbst, organisieren wir uns, fallen wir nicht im Geiste und . . . glauben wir.

---

Aus Nr. 31 des Dziennik Związkowy-Zgoda vom 7. Februar 1910:

## An das polnische Sokoltum.

Aufruf der polnischen Sokolvereine in Galizien anläßlich des Sokoltages in Krakau im Grunwaldjahre am 16. und 17. Juli 1910.

Kameraden!

Es naht die Grunwaldzeit!

Weder eine Stunde, noch ein Tag, noch ein Jahr, sondern eine lange Zeit, vielleicht die Zeit eines Jahrhunderte währenden Kampfes.

Es schmettern nicht die Schlachtdrommeten, es führen nicht Könige, es glänzen nicht siegreiche Feldbanner. Es sind gefallen und es werden in diesem Kampfe fallen nicht Hunderte, nicht Tausende, es werden vielleicht Millionen sich finden. Und es werden nicht nur Männer fallen, gerüstet mit Mut und Kraft, sondern auch schwache Frauen und unschuldige Kinder, denn ein Feind wie Herodes zieht nicht in die Schlacht, sondern er zieht zum Schlachten und zum Morden aus.

Manche Seele wird brechen, manches Herz wird bebend zerspringen und die Helden wird man nicht auf den Schild heben, Siegeskränze werden sie nicht bedecken, die Geschichte wird sie nicht erwähnen. Denn es ist ein stiller, opfermutiger Kampf, ein langer Kampf ohne Ende, ohne Verbündete.

Es naht die Grunwaldzeit.

Ist es nur die Erscheinung der erloschenen königlichen Herrlichkeit?

Ist es nur der Widerhall des vor Jahrhunderten geführten Kampfes, der dem Herzen so teuer ist, der die Seele so stärkt?

Ist es nur die geschichtliche Erinnerung an den vergebens errungenen Sieg?

„Nein! Bei Gott, nein!" schreit ein heftiger Schmerz aus der Brust von Millionen.

Es erscheinen nicht ritterliche Erscheinungen, sondern zwei lebende Heere, die größer sind als vor Jahrhunderten; es ist nicht der Widerhall des vor Jahrhunderten erstrittenen Sieges, sondern es naht die Zeit des großen, schrecklichen und geheimnisvollen Krieges!

Der gleiche Feind steht vor uns, er hat nur andere Waffen und andere Zeichen.

Das Wahrzeichen der Maria hat er verächtlich fortgeworfen, er hat sich eine Krone aufs Haupt gesetzt und hat mit dem Hochmute des Siegers Antlitz und Seele enthüllt.

Gerüstet in Stahl und Waffen schreitet er mit sicherem Schritte voran, und Schritt für Schritt ein Wortbruch, jeder Schlag eine Unmenschlichkeit, jeder Sieg ein Verbrechen. Gewalt geht vor Recht, und hinter ihr kommt der große Haufe der Verbündeten, der Sklaven der Gewalt.

Und unsere Armee ist eine andere als vor Jahrhunderten. Sie heißt „Nation".

Der königlichen Gewänder und der gepanzerten Rüstungen entkleidet, hat sie die königlichen Abzeichen und die ritterlichen Panzer in den Schimmer und die Kraft eines unerschütterlichen Geistes umgearbeitet. Die Schwerter und die Waffen hat sie umgeschmiedet in die Kraft des unerschütterlichen Glaubens an den Sieg des Rechtes und der Gerechtigkeit. Sie marschiert gerüstet, wenn auch ohne Waffen; sie marschiert ritterlich, wenn auch ohne Panzer; sie marschiert königlich, wenn auch ohne Krone. Und Gott ist ihr Zeuge, daß sie herausgefordert marschiert, nicht der Rache, sondern der Verteidigung wegen.

Die alten Standarten hat sie treu und unverletzt aufbewahrt, und wie vor fünf Jahrhunderten wird sie rufen: Jesus Maria!

Wenn auch ohne Verbündete, wird sie ohne Furcht und vertrauensvoll marschieren, wie eine den Erben hinterbliebene Ritterschaft der Jungfrau Maria.

Es naht die Grunwaldzeit!

In dieser Zeit muß das polnische Sokoltum, das die Vorhut dieser Armee der Nation bilden will, den Blick der Falken haben. Von der Höhe muß es herabblicken auf den Staub des Augenblicks, es muß hell blicken und bei Zeiten warnen.

Wenn also an dem geschichtlichen Jahrestage des Sieges auf den Altären die Lichter erglänzen werden, wenn die Glocke des Sigismund ertönen wird, dann müssen wir, wenn auch die Herzen vor Freude hüpfen werden, wenn auch der wunderbare Anblick unsere Augen blenden wird, laut rufen: Achtung! Es ist nicht Zeit zu Triumphen. Die von unseren Vorfahren erbeuteten Fahnen hat der Feind mit Hinterlist davon getragen! Es ist keine Zeit zu Triumphen!

Zuerst der Kampf, zuerst die Arbeit, zuerst die Aufopferung. Also ihr grauen Vögel der Sokols, an die Arbeit, in die Vereine, auf die Übungsplätze!

Abhärtung und Disziplin, das sind deine Waffen und deine Macht, und dein Flug . . . . . zum Wawel!

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.